

Wahlkampf ohne Arbeitslose

31.08.2013 · Um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sorgen sich die Deutschen kaum. Aus guten Gründen: Immer mehr Vollzeitjobs entstehen und die Jugendarbeitslosigkeit verschwindet gerade. Was nun droht, ist Selbstgefälligkeit.

Von [Winand von Petersdorff](#)



© dpa

Der Arbeitsmarkt in Deutschland läuft rund

Kürzlich hat das [Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Leute gefragt](#), worüber sie sich in letzter Zeit häufiger unterhalten haben. Die Meinungsforscher wollten herausfinden, was die Menschen bewegt und wie wichtig sie die bevorstehende Bundestagswahl nehmen. Der Gesprächshit war das Wetter, gleich dahinter Urlaub, knapp vor Familie und Beziehungen.

Ganz unten auf der 16 Themen umfassenden Liste stand die Euro-Hawk-Drohne, die den Leuten dann doch ziemlich schnuppe zu sein scheint. Auf dem vorletzten Platz lag das Thema Sicherheit des Arbeitsplatzes. Und das ist Folge einer wunderbaren Entwicklung: Die Deutschen verlieren die Angst um ihre Stelle mit immer besseren Gründen.

Stück für Stück entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Deutschland hat so viele Erwerbstätige wie nie. [Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsplätze steigt stetig](#). Immer mehr Regionen in Deutschland nähern sich der Vollbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit - in den meisten europäischen Ländern eine der größten sozialen und ökonomischen Herausforderungen überhaupt - verschwindet hierzulande gerade. All diese Entwicklungen ereignen sich fünf Jahre nach der Lehman-Pleite, die eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst hat - und sie ereignen sich mitten in der Euro-Krise.

Schröders Reformen haben auch die Arbeitsmoral gestärkt

Es gibt einige Faktoren, die Deutschland volkswirtschaftlich zu einer großen Ausnahme in der Welt machen. Die diversifizierte Struktur der Volkswirtschaft mildert die Wirkung von Schocks, die von einzelnen Branchen ausgehen wie zuletzt vom Bankensektor. Die deutsche Industrie profitiert mit ihrem Sortiment besonders stark vom Megatrend der letzten Jahre, von dem Aufstieg der Schwellenländer.

Sehr langsam entspannt zudem die demographische Entwicklung des Landes den Arbeitsmarkt. Firmen und Verwaltungen bekommen zunehmend Probleme, für ausscheidende Arbeitnehmer Ersatz zu finden. Und schließlich hat die Politik ihren Beitrag geleistet. Der aktuellen schwarz-gelben Bundesregierung darf man zugutehalten, dass sie den Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht gebremst hat. Sie erntet allerdings die Früchte unternehmerischer Anstrengungen, globaler Trends, historischer Gunst und des [Muts eines Sozialdemokraten, der mit zeitlichem Abstand immer größer wird: Gerhard Schröder](#).

Seine Arbeitsmarktreformen haben nicht nur die nötige Flexibilisierung gebracht, sie haben auch die Arbeitsmoral selbst gestärkt. Zwar gibt es, seitdem die Reformen wirken, viel mehr Teilzeitjobs, doch gehen sie nicht zu Lasten der vollen Stellen, von denen es dieses Jahr so viele gibt wie seit zehn Jahren nicht mehr. Schröder hat damit einen fatal scheinenden Trend gebrochen: Bis 2006 gab es einen lang anhaltenden Rückgang von Vollzeitjobs, seitdem legen sie wieder zu.

Selbstgefälliges Deutschland

Hier beginnt nun aber ein Dilemma der Sozialdemokratie. Aus der Opposition heraus fällt es ihr schwer, sich als erfolgreicher Reformier des Arbeitsmarktes und Wahrer des Schröderschen Erbes darzubieten, weil die Agenda sie inhaltlich zerrissen hat. Und weil es für eine Oppositionspartei rein wahltaktisch immer günstiger ist, sich als Bewältiger sozialer Krisen dem Volk zu offerieren. Deshalb hilft es dem Wahlkämpfer Peer Steinbrück wenig, wenn die Arbeitslosigkeit schrumpft und mit ihr auch noch die sogenannte prekäre Beschäftigung.

Selbst das Thema Mindestlohn vermag nicht mehr so richtig zu zünden. Zum einen wollen den ja inzwischen alle Parteien (oder sie wollen ihn zumindest nicht verhindern), zum anderen bedarf es dafür der Politik immer weniger, je gefragter Arbeitnehmer werden, sprich: je besser sie ihre Vorstellungen gegenüber Arbeitgebern durchzusetzen vermögen.

Bleibt wenig für die Politik, möchte man meinen. Stimmt aber nicht. Deutschland entwickelt sich gerade zu einem selbstgefälligen, antimodernen, alten, feigen und innovationsfeindlichen Land. Wo ist der Politiker, der das in Angriff nimmt?

Studieren zu viele?

SPD-Politiker warnt vor „Akademisierungswahn“

31.08.2013 · Der Chef der SPD-Grundwertekommission, Julian Nida-Rümelin, kritisiert, dass immer mehr junge Leute studieren, statt eine Ausbildung zu machen. Widerspruch kommt prompt - von Bildungsministerin Wanka und auch aus den eigenen Reihen.

Von [Eckart Lohse](#) und [Markus Wehner](#)

82,2



© dpa Die Hörsäle sind voll: In Deutschland studieren mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs

Wird in Deutschland zu viel studiert? Der Philosoph und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Julian Nida-Rümelin, ist dieser Ansicht. Er kritisierte, dass immer mehr junge Menschen studieren, statt eine Ausbildung zu machen. „Bald laufen die Studenten den Azubis den Rang ab. Das finde ich falsch“, sagte er der F.A.S. „Wir sollten den Akademisierungswahn stoppen.“

Widerspruch erhielt Nida-Rümelin von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Sie sagte der F.A.S.: „Wenn jetzt mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs studieren, ist das ein unverzichtbarer Beitrag für unseren Anschluss im internationalen Vergleich.“

Allerdings müsse gleichzeitig die berufliche Bildung gestärkt und attraktiver gemacht werden. „Es müssen wieder mehr Betriebe ausbilden, mindestens 30 Prozent statt der heute 22 Prozent“, forderte Nahles. Ausbildung und Studium dürften nicht als zwei getrennte Säulen betrachtet werden. Vielmehr müssten sich die Hochschulen für Menschen, die eine Berufsausbildung, aber kein Abitur haben, öffnen und ihnen mehr angemessene Angebote machen.

Plädoyer für das duale System

Nida-Rümelin, der in den Jahren 2001 und 2002 Kulturstaatsminister unter Bundeskanzler Gerhard Schröder war, zeigte sich überzeugt, dass die „besondere Stärke“ des deutschen Bildungssystems darin bestehe, eine hochwertige Berufsausbildung weiter im dualen System zu machen: „Das kann aber nur funktionieren, wenn die Mehrzahl eines Jahrgangs weiter in die berufliche Lehre geht, nicht eine kleine Minderheit.“



© Müller, Andreas

Julian Nida-Rümelin war einst Kulturstaatsminister unter Kanzler Schröder und ist seit 2004 Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Er wies darauf hin, dass es in Deutschland bald 60 Prozent Studienberechtigte gebe; in einigen Städten seien es bereits 70 Prozent: „Meine These ist, dass sich daraus eine neue Qualität ergibt - eine negative.“ Der Philosoph bekräftigte, die soziale Herkunft dürfe nicht darüber bestimmen, wer Erfolg hat und wer nicht.

Wanka widerspricht

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) widersprach Nida-Rümelin. „Wir freuen uns über das große Interesse am Studium und investieren Milliarden für gute Bedingungen an den Hochschulen“, sagte sie der F.A.S. Zugleich wisse man um den Wert des dualen Ausbildungssystems. Wanka hob die Gleichwertigkeit von Studium und Ausbildung hervor. Die Ministerin sagte: „Es ist falsch, zwei anerkannte Stärken unseres Bildungssystems gegeneinander auszuspielen.“

Widerspruch bekam Nida-Rümelin auch vom bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ernst-Dieter Rossmann. „Nein, einen Akademisierungswahn sehe ich nicht“, sagte er der F.A.S. Vielmehr habe Deutschland immer noch zu geringe Akademikerquoten. Die zunehmend wissensbasierte Wirtschaft lasse gerade den Bedarf bei den Hochqualifizierten stark steigen. „Jeder Studierende wird gebraucht.“

Wie Nahles warb Rossmann für mehr Durchlässigkeit zwischen Ausbildungsberuf und Studium. „Damit wir das künstliche Entweder-oder zwischen beruflicher und akademischer Bildung überwinden, müssen wir mehr Brücken zwischen beiden Bildungswegen bauen, damit die jungen Menschen nicht zu früh Sackgassen befürchten müssen.“

In diese Richtung argumentiert auch der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt. „Gute Gesellen und Meister müssen ganz selbstverständlich studieren können“, sagte er der F.A.S. Kombi-Angebote von Ausbildung und Studium sollten noch attraktiver werden.

Vive le Terroir

By [STEVEN ERLANGER](#)

CASTELNAU DE MONTMIRAL, France — JÉRÔME GALAUP, a fourth-generation farmer here, and his wife, Nathalie, a teacher, share a dream: to combine their professions and create a teaching farm, where new generations can learn about the particularities of this hilly bit of French soil — this terroir.

Jérôme, 32, and Nathalie, 35, met at a local vendange, the wine harvest. They feel a deep connection to this earth east of Montauban, and a desire to preserve it for their children. “My father and grandmother have a long experience of this place,” he said. “He knows every inch, every stone, and which parcels are for what.”

When he and his father had difficulty getting fermentation in their sparkling wine using only the natural yeasts in the grape, it was his grandmother Lucette who told them not to bottle during a full moon or when the harsh local wind, the vent d’autan, is blowing.

Local knowledge is crucial, of course. But as Nathalie put it: “It’s the person who gives the work and the identity to terroir. There’s an emotional identity to a particular piece of the earth.”

The importance of terroir to the French psyche and self-image is difficult to overestimate, because it is a concept almost untranslatable, combining soil, weather, region and notions of authenticity, of genuineness and particularity — of roots, and home — in contrast to globalized products designed to taste the same everywhere.

Though related to the farm-to-table and locavore movements of a new generation, terroir is not about proximity, but about honesty and community, an idea even more important to a France that fears losing its identity in a larger Europe and a competitive world.

Terroir is most identified with wine, of course — the same pinot noir grape grown in different parcels of Burgundy will produce a different wine — but the idea extends far deeper into French culture and is even deployed as an advertising gimmick.

Nearly everything, even in the supermarket, must be seen to be sourced from somewhere. Peaches come from Roussillon. Chickens from Bresse. Meat from Limousin cows. The “Noir de Bigorre” is a special pig, with its own [Web site](#).

The label of Le Fierbois yogurt, produced proudly in Touraine, shows happy cows lazing about on the grass under two columns of trees. Yogurt in glass jars comes from La Ferme du Manège, “the farm of the riding school,” in Normandy. Olivier Mallard, the former bacteriologist who owns it, said, “I perpetuate the traditions as best I can,” using only the freshest milk of the day. “Today, to have ‘farm’ in your brand is a connotation of terroir,” he said, in contrast to industrial products like Danone or Yoplait.

After numerous scandals about horse meat in manufactured food, Mr. Mallard said, there is a value to “authenticity,” a market for “a return to the things of the terroir, which reassures people a little.”

The sandwich shop Cojean sells a sablé cookie — made with butter from Poitou-Charentes and salt from the Île de Ré. The best crottin cheese comes from Chavignol, in Sancerre, so is ruled to go best with Sancerre wine, that often superb transformation of the sauvignon blanc grape. Ordinary mushrooms are known as “champignons de Paris.” Even McDonald’s here features “onions from Brittany.”

Oysters, too, are thought to have a terroir — the same breed from the waters of Ireland will not taste the same as those from Normandy or Marennes-Oléron, the way the same breed of asparagus will taste differently, says

the chef [Yannick Alléno](#), if grown in Vallauris, near Cannes, or in California. “This is where terroir expresses itself,” he said.

The notion of terroir is essentially political, at heart a conservative, even right-wing idea, even though it has been picked up by a new generation that would consider itself on the left, opposing globalization and pesticides. It’s not just about organic farming or locavores, since authentic products of terroir can come from far away.

Alain Ducasse, the renowned chef-entrepreneur, said in an interview that “the terroirs, it’s our gastronomy” — the diverse heart of all French cuisine, which “must be preserved jealously.” Viewed from abroad, he said, “it can seem complicated, but it is this diversity that provides all our riches, our strength.”

The Galaups live in an ancient farmhouse, parts of which date from the 17th century, with their young children, Camille, Jérémie and Corentin; his father, Jacques; his grandmother Lucette and her sister, Tatie, who tend to wear matching plaid housecoats. They dine around a worn wooden table, with a bench for seating; they eat largely what they grow and drink their own wine, or that of neighbors here in the Gaillac, much of it made from the seven varieties of a local grape, Mauzac.

This is one of the oldest wine-growing areas of France, planted in grapes by the Romans, and the Galaups and their friend Laurent Cazottes, a third-generation farmer and distiller of eaux de vie, are trying to ensure that local varieties of grapes and fruits are resurrected here to produce something both rooted and new. Mr. Cazottes, for example, makes a rich eau de vie from local varieties of cherry, as well as one from an ancient variety of greengage plum; a superb poire Williams using only the ripe flesh; and a distillation of 72 kinds of tomatoes.

The Parisian chef Mr. Alléno, 48, left behind his three-star restaurant at Le Meurice, the Paris hotel, to start a new bistro in Paris called [Terroir Parisien](#). Born in the Paris suburbs to parents who ran small bistros, he decided to emphasize the products of the Île de France, the department surrounding Paris, which once was the incubating heart of French gastronomy.

The first restaurants began in Paris, Mr. Alléno noted, and he wanted — just like the Galaups and Mr. Cazottes — to revive the products of the past nearly made extinct by modernization and industrialization. So he uses the black poularde de Houdan, much favored by Louis XIV and a different breed from the one grown in Bresse, which “dethroned” it, he said. He’s made arrangements with farmers to grow the asparagus of Argenteuil, the purple cabbages of Pontoise, the peaches and white figs of Montreuil, and the watercress of Méréville. “Today one could say that there were 160 products of Parisian origin, from the Paris basin, that existed since the beginning of time,” he told me. “My dream is to rediscover these 160 products.”

There are similar concerns about the extinction of the many varieties of French cheese. As confusing and wondrous as they are, there is general moaning over the growing preference of price-conscious French consumers for pasteurized, industrial cheeses picked up in the supermarket. In 1979, France had 20,000 cheese shops. Now the figure is about 3,000, and only about 7 percent of French cheese is made from raw milk.

Jean-Claude Ribaut, a food critic for *Le Monde*, called terroir “a sort of lost paradise.” But it also stands for a reaction to modernity, he said: “One could say it’s a vision a bit backward-looking, but it’s also, I think, a battle of today, to try to safeguard what gives us pleasure and health.”

The preservation of terroir is finally a kind of unwritten conspiracy between the farmers and the wealthy, as well as the bourgeois bohemians of the big cities, who will pay more for quality, for freshness, for artisanal craft and for that undefinable authenticity that is the essence of terroir.

“If I come to the end of my career and see a significant diversity of Parisian agricultural lands, well, then at least I will have accomplished my thing,” says Mr. Alléno. “I don’t know if it is essential, but I will have done something, and I would be happy.”

Charlemagne

Back to school

The euro zone has much work to do, but not much time

Aug 31st 2013 | [From the print edition](#)

82,7



“LA RENTRÉE”, the start of the academic year, is a time of dread and hope for pupils. And so it is for the euro zone’s political class. Its performance last year was mediocre at best, but not as dire as in the previous two years. A chaotic breakdown has been averted. Greece, the worst kid in the class, avoided expulsion (and will get extra help). Latvia, the poster child for austerity, will join in January, while Ireland should graduate from its bailout programme. These days investors are fleeing emerging markets in other parts of the globe, not the old continent.

One reason for hope is that the economy is returning to growth or, better said, it may have stopped shrinking. The fear is threefold. First, any growth may be so anaemic that unemployment will for a long time only worsen. With that, European politics may be destabilised and polarised, with dejected voters turning to fringe parties. Third, without a fear of impending catastrophe, incentives lessen for debtor states to make needed changes and for creditor countries to reform the euro zone.

Much is still to do, but time is short. Banks need to be fixed and an emerging banking union must credibly spread financial-sector risk. Labour and product markets have to be liberalised; the European Union’s single market needs to be deepened, particularly in services; and a big trade deal struck with America.

Yet this will be an unusually short school year. For now, there is little haste in Brussels. The European Parliament, which must approve almost all new legislation, will cease working by April, ahead of its election in May. The headmistress will be late. Angela Merkel, the German chancellor, is busy with her re-election, and little of substance can be decided without her. The euro crisis has been a secondary issue in the German campaign until recent days, when the finance minister, Wolfgang Schäuble, broke an unspoken pact not to talk about Greece until after the September ballot. Greece needs more billions to keep going, and the IMF insists that the hole be filled this year. Yet more loans will do little to help a country that cannot repay them. In the coming months, therefore, Germany and other creditor states will have to write off part of the loans they made. The least obvious way will probably be by extending their maturities.

The other big issue is the creation of a European authority to wind up and restructure bust banks, using pooled European funds if necessary. Germany does not want to pay for other countries' banking failures. It says the commission's proposal, tabled before the summer break, breaches current treaties (not true, say Eurocrats). Whether this argument is just pre-election bluster may not be clear until the end of the year. In any case, one should not expect big change from Germany. Whoever becomes chancellor (almost certainly Mrs Merkel) will perform the same balancing act: minimise Germany's liabilities, but ensure that the euro does not break apart.

In a grouping of democracies, national politics is a necessary intrusion. This is true even of smaller countries. Austria and Luxembourg, for instance, will hold ballots in September and October respectively. The outcome will shape the debate on ending banking secrecy in the European Union and exchanging information on tax evasion. A bigger worry than the political calendar is unscheduled elections and "political accidents". The hard-pressed Greek government is down to a wafer-thin majority, while a row over austerity rattled the Portuguese coalition earlier this year. In Italy Silvio Berlusconi, the scandal-tainted tycoon and leader of the centre-right, had threatened to bring down the government after his conviction for tax fraud was upheld.

A near-certainty is that the next European Parliament will include a lot more Eurosceptics. Some, such as Nigel Farage of Britain's UK Independence Party, have used their seat in Strasbourg as a launch pad into national politics. Rattled mainstream parties of left and right can only hope that the sceptics will dislike each other as much as they detest the European project.

The political climate hampers reform. And governments will not take kindly to Brussels telling them what to do. The test is France, which is shy of change despite rising unemployment, an oversized state and a loss of export competitiveness. It has already told the European Commission not to "dictate" reforms. Yet new powers this year will give Brussels an even more intrusive role in monitoring budgets and economic policies. This is not the kind of "economic government" France wants.

In part to tame sceptics by setting out a positive vision of Europe, and in part to create a legacy after his two terms as president of the commission, José Manuel Barroso will unveil proposals early next year for the creation of a "federation of nation-states". What this means remains unclear. But for most governments, a new EU treaty is a dog best left sleeping. Any new treaty has to be ratified by 28 members, often through unpredictable referendums. Few want to make it easy for Britain to renegotiate the terms of its EU membership before calling a referendum by 2017.

Emergency exit

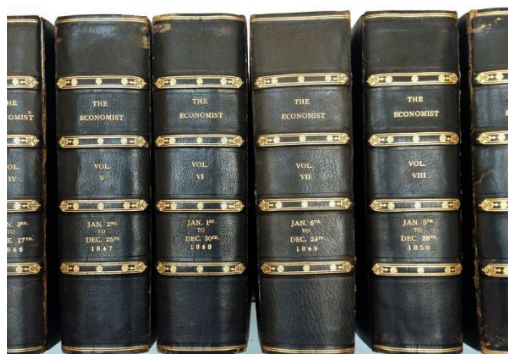
In case all these problems become too intractable, France and Germany have prepared an escape plan. Rather than change the EU treaty, they could instead modify the separate statute of the euro zone's bail-out fund, the European Stability Mechanism. To begin with, it could be merged with the proposed bank-resolution authority. The French would get more of an intergovernmental system in which they wield more influence on economic policy while excluding the pesky commission. The Germans would keep a veto on money matters. And the British, who are not members of the fund, would be hung out to dry. A clever scheme, perhaps, but not one that is likely to pass the test of the markets. So it's back to the Three Rs: Reform, reform, reform.

The Economist explains itself

Why does The Economist call itself a newspaper?

Sep 1st 2013, 23:50 by T.S.

82,9



Editor's note: This week, to mark the 170th anniversary of the appearance of the first issue of The Economist on September 2nd 1843, this blog will answer some of the more frequently asked questions about The Economist itself.

UNLIKE other weekly news magazines, *The Economist* refers to itself as a newspaper, and as “this newspaper” in its leaders (see, for example, the leaders on [Syria](#) and the [Federal Reserve](#) in the current issue). Why?

In August 1843 when James Wilson, a Scottish hatmaker, published the prospectus for *The Economist*, a new periodical he planned to launch, he described it as “a weekly paper, to be published every Saturday”. [The first issue, which appeared on September 2nd](#), described itself as a “political, commercial, agricultural, and free-trade journal” on its masthead (we used Oxford commas in those days). To modern eyes the 19th-century black-and-white incarnation of *The Economist* is clearly a newspaper, and it looked very similar until the middle of the 20th century. The red logo appeared for the first time in 1959, the first colour cover in 1971, and it was only in 2001 that full colour was introduced on all inside pages. By the time the transformation from newspaper to magazine format had been completed, the habit of referring to ourselves as “this newspaper” had stuck.

The Economist, moreover, still considers itself more of a newspaper than a magazine in spirit. Its aim is to be a comprehensive weekly newspaper for the world. If you are stranded on a desert island and can have only one periodical air-dropped to you to keep up with world news, our hope is that you would choose *The Economist*. That goal is arguably more in keeping with the approach of a newspaper than a magazine. The latter term derives from the French word for storehouse and implies a more specific publication devoted to a particular topic, rather than coverage of current affairs.

Just as people still talk of “dialling” phone numbers (even though phones no longer have dials) and CC (carbon copy) e-mails, some expressions outlive changes in technology. If the day ever comes when this newspaper is no longer published in paper form, but instead delivered digitally, it seems likely that it will still be calling itself “this newspaper”.

TV-Duell

Lieber eine schlechte Arbeit oder keine?

01.09.2013 · Es ist die Kernfrage auf dem Arbeitsmarkt - auch im TV-Duell. Soll die Politik dafür sorgen, dass Menschen Arbeit bekommen? Oder soll sie schlechte Stellen verhindern? Forscher haben die Frage schon beantwortet.

Von [Patrick Bernau](#)

82,10

Was ist besser: Eine schlechte Arbeit zu haben oder gar keine? Seit den Hartz-IV-Reformen ist das die Kernfrage auf dem Arbeitsmarkt, auch am Sonntagabend im TV-Duell. Soll die Politik lieber dafür sorgen, dass Menschen Arbeit bekommen, auch wenn die Löhne schlecht und die Verträge befristet sind - oder soll sie schlechte Stellen lieber verhindern, um das Risiko, dass viele davon nicht zu guten Stellen werden, sondern ganz verschwinden? Peer Steinbrück neigte eher zu letzterem.

Forscher haben diese Frage schon lange beantwortet. [Arbeitslosigkeit macht unglücklich und krank](#). Klar: Arbeitslose blasen nicht immer Trübsal, sondern haben auch schöne Stunden am Tag, in denen sie eben nicht arbeiten müssen. Aber die grundsätzliche Folgerung bleibt: Wem die Arbeit fehlt, dem fehlt oft auch die Perspektive. Und das drückt manchen in die Depression. Dabei geht es nicht um das Geld, sondern um die Struktur im Tag, um Kontakte zu anderen Menschen und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Viele Menschen treffen ihre Entscheidung selbst. Obwohl die Politik immer wieder versucht, unsichere Arbeitsverhältnisse zu verbieten, fallen den Arbeitgebern immer wieder Umgehungsstrukturen ein - und die verzweifelten Menschen nehmen sie an, weil sie die schlechten Stellen lieber haben als keine. [Die jüngste Diskussion dreht sich um Werkverträge](#).

Unter Forschern ist umstritten, ob schlechte Jobs ebenso gesundheitsschädlich sind wie die Arbeitslosigkeit. In Australien haben Forscher Menschen mit niedrigem Gehalt untersucht, die keine Belohnung bekommen und keinen Einfluss auf ihre Arbeit haben. Ihre Lage war mindestens so schlecht wie die der Arbeitslosen. Niemand kann sagen, wie viele der neuen Stellen wirklich so schlecht sind wie die in dieser Studie.

Doch in den vergangenen Tagen wurde deutlich, dass befristete Verträge und Leiharbeit tatsächlich den Weg zu besseren Stellen ebnen. Zwar funktioniert das nicht für jeden und nicht immer gleich im ersten Anlauf. Nicht mal jeder zweite Leiharbeits-Job landet in einer festen Stelle. Aber es gibt mehrere Versuche. Im Zweifel funktioniert das spätestens, wenn jeder schon mal eine schlechte Stelle hat - dann nehmen die Leute nur noch bessere an.

So geht es gerade. Insgesamt, so hat es das Statistische Bundesamt ausgerechnet, ist die Zahl der unbefristeten Normalarbeitsverhältnisse so hoch wie noch nie, [die Zahl der atypischen Stellen dagegen sinkt](#).

Arbeitslos und Spaß dabei

82,11

F.A.S. 08.01.2011 · Wer keinen Job hat, ist unglücklich. Aber wenigstens muss er dann nicht arbeiten

Hier kommt die gute Nachricht für alle, die arbeiten: Einen Job zu haben steigert die Lebenszufriedenheit. Und zwar beträchtlich und dauerhaft. Wenn man Menschen fragt: "Alles zusammengenommen, wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben als Ganzem zurzeit?", dann zeigen Arbeitslose eine deutlich geringere Zufriedenheit als Menschen mit Job. Dies gilt auch noch, wenn man den Effekt des Einkommens, das ja bei den Arbeitslosen in der Regel niedriger ist, herausrechnet. Arbeitslosigkeit führt zu einem Unglückseffekt, der lange anhält. Während Menschen sich etwa an die Nachteile einer leichten Behinderung oder die Vorteile der Ehe nach einiger Zeit gewöhnen, hinterlässt Arbeitslosigkeit offenbar ein dauerhaftes Gefühl, unzulänglich zu sein.

Doch jetzt kommt die schlechte Nachricht für alle, die arbeiten: Arbeit macht selten glücklich, während man sie verrichtet. Das haben die Ökonomen Andreas Knabe, Steffen Rätzel, Ronnie Schöb und Joachim Weimann von der Freien Universität Berlin und der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg herausgefunden. Sie befragten 348 Arbeitslose und 366 Vollzeitbeschäftigte. Und zwar nicht nur nach ihrer generellen Zufriedenheit mit dem Leben. Sie ließen außerdem eine Art Tagebuch des vergangenen Tages erstellen und jeweils die Gefühle während jeder der über den Tag verteilten Aktivitäten einschätzen. Dabei ging es etwa darum, wie "entspannt", "glücklich", "gestresst", "lethargisch" oder "genervt" sich die Personen im jeweiligen Augenblick fühlten.

Aus diesen Beschreibungen bildeten die Ökonomen Mittelwerte für die verschiedenen Aktivitäten. Und siehe da: Arbeiten gehörte zu den Dingen, die für das geringste Vergnügen sorgten. Je nach Berechnungsmethode war es entweder die Aktivität, die am wenigsten Glücksgefühle auslöste, oder sie wurde nur noch übertroffen vom Frust über Hausarbeit, Jobsuche sowie Einkaufen und Pendeln. Alle anderen Aktivitäten wie fernsehen, spazieren gehen, die Kinder betreuen, am Computer spielen, Essen oder Bildung sorgten für bessere Stimmung. Das ist insbesondere deshalb eine schlechte Nachricht, weil die Arbeit bei den befragten Menschen mit Job jene Aktivität war, die mit Abstand die meiste Zeit beanspruchte.

Es ist paradox: Eine Arbeit zu haben gehört zu den Dingen, die Menschen offenbar dauerhaft zufrieden mit ihrem Leben machen. Doch diese Arbeit auszuüben, macht sie unzufrieden. Das zeigt, wie kompliziert die Messung des Glücks ist - und dass es keinesfalls so einfach ist, das Glück der Menschen zum wichtigsten Ziel der Politik zu machen. Denn dann stellt sich die Frage: Wie soll man es messen? Zählt die Zufriedenheit im Moment oder die allgemeine Lebenszufriedenheit? Oder zählt womöglich sogar die Zufriedenheit im Rückblick auf Ereignisse, die schon lange vergangen sind? Studien haben schließlich bewiesen, dass es einen großen Unterschied gibt zwischen etwa der Freude, die man während einer Urlaubsreise empfindet, und der rückblickenden Antwort auf die Frage: Wie war der Urlaub? Die Erinnerung verzerrt das Glücksgefühl.

Doch zurück zu den Arbeitslosen. Ihre Unzufriedenheit zeigt sich sowohl, wenn man sie generell nach ihrem Leben befragt, als auch im Moment der Verrichtung bestimmter Tätigkeiten. So berichten sie bei beinahe allen Tätigkeiten des Tages von weniger positiven Gefühlen als die Menschen mit Arbeit bei den gleichen Aktivitäten. (Eine interessante Ausnahme ist die Kinderbetreuung, die Arbeitslosen offenbar mehr Spaß bereitet als Menschen mit Job.) Das ist der "Betäubungseffekt" der Arbeitslosigkeit.

Doch so traurig das für die Arbeitslosen ist, so haben sie doch einen Vorteil: Die Tätigkeit, die den Menschen mit Job mit am wenigsten Freude bereitet, nämlich ihr Job, fällt für Arbeitslose nicht an. Deshalb machen sie über den Tag verteilt häufiger Dinge, die den Menschen an sich mehr gefallen als die Arbeit: Sie schauen Fernsehen, sie gehen spazieren, sie kümmern sich um die Kinder, sie essen länger - und vor allem treffen sie sich häufiger und länger mit Freunden. Dieser "Zeitaufteilungseffekt" der Arbeitslosigkeit führt dazu, dass die Arbeitslosen - obwohl sie fast bei allen Dingen unglücklicher sind als Menschen mit Arbeit - trotzdem insgesamt über den Tag verteilt etwa genauso zufrieden sind.

Es gibt also einen Widerspruch zwischen der Lebenszufriedenheit, die sie als geringer angeben als Menschen mit Job, und der momentanen Zufriedenheit, die in etwa identisch ist. Die Forscher glauben, das liege daran,

dass sich die Menschen zwar an ihre Situation gewöhnen und das Beste daraus machen, ihre Ziele und Sehnsüchte aber nicht anpassen. Das heißt: Es geht den Arbeitslosen zwar im Moment etwa genauso gut wie mit Job, doch ihr Ziel bleibt, Arbeit zu finden.

Die Studie soll natürlich kein Plädoyer dafür sein, dass die Arbeitslosen sich mit ihrer Situation abfinden sollten. Sie lenkt vielmehr den Blick darauf, dass es äußerst schwierig ist zu messen, was Glück bedeutet. So ist ebenfalls bemerkenswert, dass die Menschen in der Untersuchung (wie auch schon in einigen anderen) die Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen, als erstaunlich wenig Freude bringend empfinden - weniger als essen, spazieren gehen und sogar fernsehen. Dennoch werden Kinder in Befragungen - im Rückblick - oft als Quelle von Lebensglück bezeichnet.

Der Princeton-Ökonom Daniel Kahnemann hat dem Unterschied zwischen momentaner Zufriedenheit und rückblickender Zufriedenheit gemeinsam mit Jason Riis einen ganzen Aufsatz gewidmet. Darin drängen sie darauf, dem "erlebenden Selbst" in Zukunft mehr Gewicht zu geben als bisher, wo das "erinnernde Selbst" im Mittelpunkt stand. Sonst verzerrt die Wissenschaft die Realitäten, etwa weil es kulturelle Unterschiede darin gebe, wie man Erlebnisse im Rückblick bewerte. So könnte es sein, dass Glücksunterschiede zwischen den Ländern sich relativieren, wenn man Glück nicht nur im Nachhinein erfragt, sondern auch im Moment. "Wenn die Messwerte zeigen, dass etwa die Franzosen mürrischer über ihr Leben denken, obwohl sie mehr Vergnügen und weniger Schmerz empfinden als die arbeitslosen Amerikaner, dann werden die meisten von uns wohl mehr Mitleid mit letzterer Gruppe haben."

Knabe, Andreas, Steffen Rätzel, Ronnie Schöb und Joachim Weimann: "Dissatisfied with life, but having a good day: time-use and well-being of the unemployed", *Economic Journal* 120 (547), Seiten 867-889, 2010.

Daniel Kahnemann und Jason Riis: "Living, and thinking about it: two perspectives on life", in: F.A. Huppert, N. Baylis & B. Keverne (Hrsg.): *The science of well-being*, Seiten 285-304, Oxford University Press, 2005.

Quelle: F.A.S.

September 2, 2013

82,13

The Fix for Europe: People Power

By DANIEL COHN-BENDIT and FELIX MARQUARDT

IN next year's European elections, we must unmask our national politicians' best-kept secret: that what they see as the be-all and end-all of modern governance, the nation-state, is fast becoming an obsolete political structure.

In Europe, a new generation is coming of age with lower living standards than their parents'. They are faced with a choice: accelerated integration or prolonged drift into irrelevance.

And yet the most ambitious plan to confront this perilous predicament is to make voting in European elections take place the same day throughout the [European Union](#), and for the president of the [European Commission](#) to be popularly elected. That's nothing like the Big Bang Europe needs.

The time is ripe for a transnational, transgenerational, transpartisan, grass-roots and crowd-funded movement to take European integration to the next level. And before forming a party, we should look to Europe's success stories to determine what our platform might be.

Let the Finns teach us about education; the French about health care; the Germans about flexible employment; the Swedes about gender equality.

At the moment, European countries continue to take comfort in their Old World status symbols. We boast rich histories and beautiful monuments and draw the world's tourists, who admire our culture, fashion and gastronomy.

But Old World status symbols and tourists won't save Europe. They might save Paris, Berlin, Rome and London, just as they will save the Loire Valley, Bavaria, Tuscany and Oxfordshire. However, outside the museum-filled capitals and historic countrysides, the rest of Europe is plagued by chronic unemployment, dismal growth and rapidly aging populations.

It is not that our elected leaders are malevolent or incapable of facing this challenge. They simply aren't wired to understand the central reality of politics today. It's naïve to expect traditional politicians elected for four- or five-year terms by citizens from within a sovereign territory to adequately address issues like resource scarcity, deforestation, chronic unemployment, global warming and fishery depletion that are intrinsically global, and whose resolution will take decades.

Today's solutions need to be transnational, or they won't be real solutions at all.

By all means let's continue rooting for our national soccer teams. But let's not continue to be fooled by our leaders' self-aggrandizing delusion that in terms of policy making, the nation-state is still the appropriate vehicle for our times.

Instead, we must fully embrace what many of us already sense — that we stand at the dawn of a new, postnational era in which Europeans can go from being laggards to leaders.

If we don't, Europe risks becoming its stereotype of America: a place with the best hospitals, and millions of people without proper health insurance; with some of the world's most advanced technology, and many with no access to it; with world-class universities, but generations held back by parochial worldviews.

We are, oddly, the last ones who still doubt our own political project. We complain that Europe is just an abstraction for its citizens, yet we haven't yet passed the laws to create a European passport worthy of that name, or the framework to enable every European to truly embrace the European Union project.

There is an old Jewish saying, “If you have only two alternatives, then choose the third.” The point is not to replace Europe’s gerontocracies with a dictatorship of the young. This movement must be carried by all those who, regardless of their age, agree that we must shift power more toward youth to successfully reduce the debt we are saddling future generations with.

Younger Europeans have been born into austerity and have grown up as budget cutters and digital natives. Unlike our leaders today, they are well adapted to an increasingly rapid pace of change, and their instinct is to use the most innovative and cost-effective methods to achieve their goals.

In Europe, politics has become too much about how each nation would like the world to be, and too little about what produces tangible results. Rather than bickering over whose policies are preferable, we need a Pan-European effort to determine Europe’s best practices in every field and adopt them across the Continent. What does each country do best? What successful models are scalable? How can we leverage the combined experience, resources and tested solutions of all the European nations?

Europe will not be changed by the elections of 2014. It will change only when European-minded politicians who are elected to national offices agree to transfer power to truly European institutions.

We need to let our politicians know that we no longer buy their nationalist bluff, that we don’t share their fear of sliding into irrelevance if we give the European Commission and the European Parliament the authority they deserve.

Either we harness the power and the rich resources of the entire European network or let the pace of globalization leave us behind.

And the first step is to start voting not as French, German or Greek citizens — but as European ones.

[Daniel Cohn-Bendit](#), a German Green Party member of the European Parliament, and [Felix Marquardt](#), who runs a public relations company, are co-founders of Europeans Now.

Europe's bail-out programmes

What Angela isn't saying

Euro-zone rescues have left sovereign debt too high to be sustainable

Aug 10th 2013 | [From the print edition](#)

82,15



AN ORCHESTRATED hush has descended over the euro area as Angela Merkel, the German chancellor who conducts its troubled band of 17 states, campaigns for a third term in the election on September 22nd. The calm also stems from signs that the euro-zone economy may gradually be emerging from recession. But discord will reappear after the poll as it becomes clear that Europe's bail-out programmes won't be unwound harmoniously and that more big bills are on their way.

Of the first three rescued euro-zone countries—Greece in the spring of 2010, Ireland at the end of that year and Portugal in mid-2011—only one should be able to leave its bail-out programme as planned. Helped by its resilient economy, Ireland, whose rescue amounted to €67.5 billion (\$90 billion), looks set to bow out at the end of this year. In practice, however, it will be only a partial departure.



Ireland will then rely on private markets to meet its financing needs rather than on official loans. It will no longer have to comply with harsh fiscal and economic conditions set and monitored by the European authorities and the IMF. But although Ireland has made some successful forays into the capital markets this year it is rightly nervous about standing alone again. This year's budget deficit remains high, at 7.5% of GDP. Government debt, swollen by a massive injection of public money into Ireland's banks, has reached 125% of GDP (see chart). The actual burden is higher because a big chunk of GDP comprises lightly-taxed profits made

by foreign multinationals; debt as a share of GNP, the part of GDP that goes to Irish residents and the main tax base, is over 150%.

Conscious of its vulnerability, Ireland wants its borrowing to be shielded from bond vigilantes by the European Central Bank (ECB) through its pledge to make potentially unlimited purchases of debt in secondary markets. But the country will be eligible only if it signs up for a precautionary programme with the euro zone's rescue fund, which will provide a credit line. Although the conditions for this will be lighter than those for a full bail-out, Ireland will still have to be monitored. Moreover, the ECB has said that the IMF should be involved. In short, Ireland will exit from one bail-out programme and enter another.

The Irish departure is supposed to pave the way for Portugal's exit in mid-2014, again three years after it received a rescue, in its case of €78 billion. But this prospect is now in doubt as a wrenching recession has undermined support for the government led by Pedro Passos Coelho. Although Portugal managed to raise some funds from the markets earlier this year, it has since suffered an acute political crisis, which has weakened its capacity to tackle a budget deficit of 5.5% of GDP this year.

Weighed down by debt, Portugal's medium-term growth prospects are poor. Public debt has reached 127% of GDP, and the potential burden is higher. The government has big contingent liabilities, arising from guarantees, public-private partnerships and publicly owned firms. These could turn into actual debt: the IMF estimates they could add a further 15% of GDP to the burden, taking the ratio above 140%. Whereas Irish ten-year bond yields are below 4%, Portuguese yields are above 6.5%—too high for so indebted a country. Markets are signalling disbelief that Portugal will avoid some form of second bail-out.

That was the fate of Greece last year, following its original rescue in May 2010. Altogether its two bail-outs have provided €246 billion of rescue financing, bigger than Greek GDP. And yet even more is now necessary: the IMF says that a hole of €4.4 billion will open up in late 2014. Since it can lend only if financing is secure a year ahead, the IMF wants reassurance from the Eurogroup of finance ministers that they will plug the gap. Beyond lies another hole in 2015, of €6.5 billion.

The fundamental problem is that Greek debt is still far too high. Public debt will peak at more than 175% of GDP at the end of this year. The hope is that economic recovery from 2014 together with continuing fiscal stringency will put it on a downward path. But Greece will need more debt relief if it is to hit a target of 124% by 2020. Since Greek debt is now overwhelmingly in official hands and the IMF insists on its loans being repaid, that relief will have to come from the rest of the euro zone. The IMF says that the Eurogroup must provide debt relief worth 4% of GDP (around €7 billion) in 2014-15. And it will have to come up with even more to reach another target, for debt to drop below 110% by 2022.

Beating targets for privatisation revenues would help, but Greece has a terrible record of undershooting them: the goal for this year will be missed by €1 billion. The main answer will have to be debt forgiveness. Europe has already eased debt burdens on bailed-out economies by lowering interest rates on its loans and extending maturities. Greece is getting even more help, receiving for example central-bank profits from buying its bonds. But it is still not enough. That awkward truth, already apparent before the German election, will become manifest after it.

Hit him hard

Present the proof, deliver an ultimatum and punish Bashar Assad for his use of chemical weapons

Aug 31st 2013 | [From the print edition](#)



THE grim spectacle of suffering in Syria—100,000 of whose people have died in its civil war—will haunt the world for a long time. Intervention has never looked easy, yet over the past two and a half years outsiders have missed many opportunities to affect the outcome for the better. Now America and its allies have been stirred into action by President Bashar Assad's apparent use of chemical weapons to murder around 1,000 civilians—the one thing that even Barack Obama has said he would never tolerate.

The American president and his allies have three choices: do nothing (or at least do as little as Mr Obama has done to date); launch a sustained assault with the clear aim of removing Mr Assad and his regime; or hit the Syrian dictator more briefly but grievously, as punishment for his use of weapons of mass destruction (WMD). Each carries the risk of making things worse, but the last is the best option.

No option is perfect

From the Pentagon to Britain's parliament, plenty of realpolitikers argue that doing nothing is the only prudent course. Look at Iraq, they say: whenever America clumsily breaks a country, it ends up "owning" the problem. A strike would inevitably inflict suffering: cruise missiles are remarkably accurate, but can all too easily kill civilians. Mr Assad may retaliate, perhaps assisted by his principal allies, Iran, Russia and Hizbullah, the Lebanese Shias' party-cum-militia, which is practised in the dark arts of international terror and which threatens Israel with 50,000 rockets and missiles. What happens if Britain's base in Cyprus is struck by Russian-made Scud missiles? Or if intervention leads to some of the chemical weapons ending up with militants close to al-Qaeda? And why further destabilise Syria's neighbours—Turkey, Lebanon, Jordan and Iraq?

Because doing nothing carries risks that are even bigger (see [article](#)). If the West tolerates such a blatant war crime, Mr Assad will feel even freer to use chemical weapons. He had after all stepped across Mr Obama's "red line" several times by using these weapons on a smaller scale—and found that Mr Obama and his allies blinked. An American threat, especially over WMD, must count for something: it is hard to see how Mr Obama can eat his words without the superpower losing credibility with the likes of Iran and North Korea.

And America's cautiousness has cost lives. A year ago, this newspaper argued for military intervention: not for Western boots on the ground, but for the vigorous arming of the rebels, the creation of humanitarian corridors, the imposition of no-fly zones and, if Mr Assad ignored them, an aerial attack on his air-defence system and heavy weaponry. At the time Mr Assad's regime was reeling, most of the rebels were relatively moderate, the death toll was less than half the current total and the conflict had yet to spill into other countries. Some of Mr Obama's advisers also urged him to arm the rebels; distracted by his election, he rebuffed them—and now faces, as he was repeatedly warned, a much harder choice.

So why not do now what Mr Obama should have done then, and use the pretext of the chemical strike to pursue the second option of regime change? Because, sadly, the facts have changed. Mr Assad's regime has become more solid, while the rebels, shorn of Western support and dependent mainly on the Saudis and Qataris, have become more Islamist, with the most extreme *jihadis* doing much of the fighting. An uprising against a brutal tyrant has kindled a sectarian civil war. The Sunnis who make up around three-quarters of the population generally favour the rebels, whereas many of those who adhere to minority religions, including Christians, have reluctantly sided with Mr Assad. The opportunity to push this war to a speedy conclusion has gone—and it is disingenuous to wrap that cause up with the chemical weapons.

So Mr Obama should focus on the third option: a more limited punishment of such severity that Mr Assad is deterred from ever using WMD again. Hitting the chemical stockpiles themselves runs the risk both of poisoning more civilians and of the chemicals falling into the wrong hands. Far better for a week of missiles to rain down on the dictator's "command-and-control" centres, including his palaces. By doing this, Mr Obama would certainly help the rebels, though probably not enough to overturn the regime. With luck, well-calibrated strikes might scare Mr Assad towards the negotiating table.

Do it well and follow through

But counting on luck would be a mistake, especially in this fortune-starved country. There is no tactical advantage in rushing in: Mr Assad and his friends will have been preparing for contingencies, including ways to hide his offending chemical weapons, for many months. Mr Obama must briskly go through all sorts of hoops before ordering an attack.

The first task is to lay out as precisely as anybody can the evidence, much of it inevitably circumstantial, that Mr Assad's forces were indeed responsible for the mass atrocity. America's secretary of state, John Kerry, was right that Syria's refusal to let the UN's team of inspectors visit the poison-gas sites for five days after the attack was tantamount to an admission of guilt. But, given the fiasco of Iraq's unfound weapons, it is not surprising that sceptics still abound. Mr Obama must also assemble the widest coalition of the willing, seeing that China and Russia, which is increasingly hostile to Western policies (see next leader), are sure to block a resolution in the UN Security Council to use force under Chapter 7. NATO—including, importantly, Germany and Turkey—already seems onside. The Arab League is likely to be squared, too.

And before the missiles are fired, Mr Obama must give Mr Assad one last chance: a clear ultimatum to hand over his chemical weapons entirely within a very short period. The time for inspections is over. If Mr Assad gives in, then both he and his opponents will be deprived of such poisons—a victory for Mr Obama. If Mr Assad refuses, he should be shown as little mercy as he has shown to the people he claims to govern. If an American missile then hits Mr Assad himself, so be it. He and his henchmen have only themselves to blame.

A Continent Mired in Crisis Coins a Language of Economic Pain

By [RAPHAEL MINDER](#)

MADRID — The Portuguese have a new word, “grandolar,” which grew out of the euro crisis and means “to subject a government minister to a singing protest using a revolutionary hymn.” But now, after three years of austerity, even Portuguese children “grandolate” their parents if they do not want to take a bath.

The Italians, who now track the spread between German and Italian bond yields with a passion once reserved for soccer, toss around words like “spreddite,” wryly defined by La Repubblica, a daily newspaper in Rome, as the “intensification of the suffering caused by the high spread.”

In Greece, crisis-born phrases pepper conversations in cafes and offices and on subway trains, particularly the ironic use of expressions or slogans uttered by political leaders, like a claim in 2009 by George A. Papandreou, then the prime minister, that there was money, when clearly there was not. “Don’t worry, I’ll get it,” a Greek man celebrating his birthday at an Athens taverna told his friends recently when they reached for their wallets. “Hey, there is money. Remember?”

The long economic crisis in Europe has ushered in record unemployment and boisterous protests, but there are also many subtler ways to gauge its effect. In country after country, the crisis has also spawned a language of its own, brought once exotic financial terms into popular use and generated a slang that reflects the dark humor used by many to cope with their enduring troubles.

Crisis slang has even been embraced by those at the top layers of government and society. Seeking to allay concerns that Spain, like Greece, would need an international bailout, Cristóbal Montoro, Spain’s budget minister, promised nervous Spaniards last year that “los hombres de negro” — or the men in black, as the European Union officials have become known — would not be arriving.

The changes in language are numerous enough that in June the Spanish Royal Academy, guardian of the Spanish language, put the finishing touches on an updated dictionary with 200 words that have been added or given new meanings. They include the worrying “prima de riesgo” (risk premium), with a common sentence to illustrate: “The risk premium of our sovereign debt rose several points.”

Spaniards, many of whom had never heard such terms before the start of the financial crisis in 2008, now use them with such regularity that they are just as likely to come up in conversation with a taxi driver as to be heard on the evening news. When it comes to language there is “poukou,” which the Greeks use to refer to the pre-crisis era, and there is now.

“The crisis is having a huge impact on society and its usage of the language, making people speak about the economy in a way that had no relevance to them just a few years ago,” said Darío Villanueva, the secretary general of the 46-member Spanish Royal Academy, which includes mostly writers but also scientists, historians, economists and lawyers.

To update the Spanish dictionary, the academy relied on a computerized data system to measure the frequency of millions of words used on television and radio and in newspapers as well as other writings. It also agreed to the changes with sister academies, mostly in Latin America, to harmonize linguistic developments across the Spanish-speaking world.

Among the words durable enough to make the cut was “bonus,” which had not been commonly used in Spanish until the spotlight shifted to Spain’s troubled bankers and the money they made. There was also “burbuja,” or

bubble, like the one that burst in the housing market, and “población activa,” or the population old enough to work, which came into use because a sizable share of it is not working.

Similarly, several terms rooted in the economic crisis were among the 5,000 words added to the updated version of the Duden, the definitive work of the German language, which came out in July. They include “schuldenbremse,” literally “debt brake,” and “eurobond,” a reference to proposals for the European Union to issue bonds to cover the debt of euro-using nations; Germans fear that such bonds would place onerous obligations on them. While the word may exist, Chancellor Angela Merkel’s government has done its best to make sure the bond does not.

Not to be left out, a French sociologist, Denis Muzet, recently published a book, “Les Mots de la Crise,” or “The Words of the Crisis,” analyzing the terms that have entered the language since the economic downturn. His list includes “perte du triple A,” or loss of the triple A (as in France’s bond rating); “suppressions d’emploi,” or job cuts; and “choc de compétitivité,” meaning competitiveness shock — all measures of the rude awakening the crisis has presented.

“The way we talk about the crisis contributes to the panic; it contributes to the national depressionnisme,” said Mr. Muzet, coining a word of his own.

The sense of austerity is so pervasive that the word itself is applied in some places to almost anything. If a Portuguese woman wears a short skirt, she might playfully be asked by an admirer if she is in “austerity,” and saving the rest of the cloth.

Europe’s crisis has gone on so long that it is defining a generation, which has been given names like the “Ni-Nis” in Spain for the legions of young people who are neither studying nor working. Or the “geração à rasca” (distressed generation), as they are called in Portugal.

“I’m sadly all too familiar with the Ni-Nis because I’ve had to cope with one at home,” said Carmen Blanco, 43 and unemployed, referring to her 20-year-old daughter, who dropped out of high school and has been living with her. The expression, Ms. Blanco said, “really makes clear this situation of nothingness and hopelessness.”

“Without any kind of school certificate, I’ve made it clear to her that she risks being a Ni-Ni for the rest of her life,” the mother said.

The nomenclature for the distressed does not end with the young. In Greece, where salary cuts and 27 percent unemployment have forced a broad new class to scale back to the very basics, people talk of the “neoptohi,” or the new poor — a play on the Greek word for nouveau riche.

Names for types of protests and protesters run the gamut. In Spain, the protesters refer to themselves as the “indignados,” or the indignant. Elderly protesters have become known as “yayoflautas,” or old flutes. “Marea blanca,” or white tide, describes the waves of doctors and nurses in uniform who have demonstrated against cuts to public health services.

The one word that nearly everyone across Europe shares is “troika,” referring to the three international creditors — the International Monetary Fund, the European Central Bank and the European Commission — that hard-pressed citizens from Lisbon to Athens blame for their troubles.

Reporting was contributed by Elisabetta Povoledo from Rome, Niki Kitsantonis from Athens, Marisa Moura from Lisbon, and Maïa de la Baume from Paris.

Schuldenkrise

Es geht nicht nur um Griechenland

04.09.2013 · Im Wahlkampf verkürzt sich die Euro-Krise auf die neuen Hilfen für Griechenland. Dabei kommen im Herbst weitere Krisenherde auf die Tagesordnung - und damit weitere Kosten.

Von [Werner Mussler](#), Brüssel

82,21

Die Aufregung über die abermalige Hilfe für Griechenland währte nur kurz. Die Kontrahenten im Bundestagswahlkampf, Angela Merkel und Peer Steinbrück, liegen offensichtlich inhaltlich viel zu nahe beieinander, um ernsthaft über die richtige Strategie in der Euro-Krisenpolitik zu streiten. Vielleicht liegt es daran, dass im Wahlkampf der Eindruck vorherrscht, abgesehen von der griechischen Malaise sei im Euroraum alles in Ordnung. Doch das Gegenteil ist der Fall. **In Brüssel herrscht Einigkeit, dass spätestens nach der Bundestagswahl die Ruhe an etlichen Euro-Krisenherden vorbei sein und die Diskussion über neuen Hilfsbedarf hier und dort wieder beginnen dürfte.** Ein Überblick über mögliche Konfliktherde.

Portugal:

Das internationale Kreditprogramm für [Portugal](#) von 78 Milliarden Euro läuft Mitte 2014 aus. Gegen Jahresende müssen die Kreditgeber - also die Eurogruppe und der Internationale Währungsfonds (IWF) - entscheiden, wie es dort weitergehen soll. Seit der Regierungskrise im Juli ist ungewisser denn je, ob die Regierung die Reformauflagen des Programms erfüllt und der Abbau der Staatsverschuldung nach Plan verläuft. Die Troika aus IWF, EU-Kommission und EZB hat ihre zunächst für Juli geplante Prüfmission verschoben und kehrt erst jetzt nach Lissabon zurück. Zwar ist die portugiesische Wirtschaft im zweiten Quartal überraschend stark (um 1,1 Prozent) gestiegen. Die Staatsschuld ist aber im Verlauf des Programms ebenfalls gewachsen, sodass es **erhebliche Zweifel an der Schuldentragfähigkeit** gibt. **Dass sich der portugiesische Staat von Mitte 2014 an wieder komplett an den Kapitalmärkten finanzieren kann, gilt als ausgeschlossen.**

Die Zweifel weiter genährt hat das jüngste Urteil des **portugiesischen Verfassungsgerichts**. **Die Richter hatten in der vergangenen Woche schon zum zweiten Mal ein Sparprogramm gekippt. Wie die Sparvorgaben nun erfüllt werden können, weiß die Regierung offenbar noch nicht.** Der portugiesische Vertreter hatte auf dem Treffen der Euro-Finanzstaatssekretäre am Freitag auf entsprechende Fragen seiner Kollegen keine Antwort. **Die Andeutung von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho vom Wochenende, das Land brauche möglicherweise ein zweites Hilfsprogramm**, war zunächst als innenpolitische Drohung zu verstehen. Die Regierung will ihren Reformkurs fortsetzen und ein zweites Vollprogramm vermeiden. Allerdings wird das immer schwieriger. In Brüssel heißt es, nach Rückkehr der Troika werde sich wohl offenbaren, dass das Land 2014 zusätzliche Hilfe brauchen werde. Der Bedarf werde sich kaum allein dadurch decken lassen, dass die Kreditgeber noch einmal - wie schon im April - die Laufzeiten laufender Kredite verlängern und die Zinsen senken. Als wahrscheinliche Option gilt eine vorsorgliche Kreditlinie des ESM, also eine Art Vorsorgekredit.

Irland:

Das irische Programm endet zum Jahresende, sodass die Eurogruppe schon bald - wohl im Oktober - entscheiden muss, wie es weitergeht. **Anders als in Portugal gilt es als möglich, dass sich Irland von 2014 an wieder am Kapitalmarkt finanzieren kann.** Sicher ist das aber nicht, und deshalb ist auch für Irland eine vorsorgliche ESM-Kreditlinie im Gespräch. **Prinzipiell wäre es auch möglich, dass der ESM vom Herbst 2014 an irische Banken direkt rekapitalisiert, auch wenn der Bundesfinanzminister das derzeit noch ausschließt.**

Slowenien:

Im Mai haben die Ratingagenturen slowenische Staatsanleihen auf Ramschniveau herabgestuft, und die EU-Kommission hat ein Verfahren wegen eines „makroökonomischen Ungleichgewichts“ eingeleitet. Passiert ist seither wenig. Weder die kostspielige Bankensanierung noch die Konsolidierung des Staatshaushalts haben größere Fortschritte gemacht. In Brüssel heißt es, das Land werde in absehbarer Zeit ein Hilfsprogramm benötigen, um die Überschuldung abzuwenden, aber auch, weil die notwendigen Reformen offenbar nur so in Gang kämen. Zeitpunkt und Umfang sind aber noch offen.

Zypern:

Im Entwurf des ersten Troika-Berichts zum Reformfortschritt in [Zypern](#) heißt es, das Land habe die Auflagen des im März beschlossenen Hilfsprogramms im wesentlichen erfüllt. Der Auszahlung der nächsten Kredittranche von 1,5 Milliarden Euro dürfe insofern nichts im Wege stehen. In dem Bericht wird aber auch Unzufriedenheit mit dem Tempo angedeutet, mit dem die Bank of Cyprus bisher umstrukturiert wurde. Die Bank soll stark verkleinert werden und zugleich die werthaltigen Vermögensgegenstände der Laiki Bank übernehmen, die abgewickelt wurde. Erst nach Abschluss der Umstrukturierung können die immer noch bestehenden Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben werden. Ein erhebliches Risiko für das Hilfsprogramm bleibt die scharfe Rezession in Zypern.

Spanien:

Die neben Deutschland größten Euro-Staaten [Spanien](#), Frankreich und Italien sind nicht vergleichbar mit den klassischen „Programmländern“. Aus unterschiedlichen Gründen bleiben sie aber Risikostaaten, in denen das Bewusstsein für die nötigen Reformen unverändert unterentwickelt ist. Für Spanien, das vor einem Jahr Hilfskredite für seine Banken bekommen und nur zu einem Teil ausgeschöpft hat, bestehen derzeit zwar keine Finanzierungsprobleme, und die Eurogruppe ist auch halbwegs zufrieden mit dem dortigen Reformfortschritt. Freilich ist noch **längst nicht klar, ob spanische Banken wirklich keinen zusätzlichen Kapitalbedarf mehr haben**. Und größere Teile der spanischen Wirtschaft haben unverändert keine Perspektive.

Frankreich:

Das Land gilt auch in der EU-Kommission zunehmend als schwieriger bis hoffnungsloser Fall. „Das Land ist offenbar komplett reformunfähig, und niemand in Frankreich scheint fähig, das zu ändern“, heißt es in der Brüsseler Behörde. Die jüngst verkündete Rentenreform ist nicht nur hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sondern auch hinter den EU-Reformvorgaben, die die Kommission im Mai formuliert hatte. **Wenn die Regierung so weitermache, drohe die Kreditwürdigkeit des Landes weiter zu sinken, heißt es in Brüssel.**

Italien:

Noch stärkere Brüsseler Sorgen weckt [Italien](#), nicht zuletzt, weil der italienische Staat 2014 erheblichen Refinanzierungsbedarf hat. Das jüngste Manöver von Ministerpräsident Enrico Letta, der **mit der Abschaffung der Grundsteuer für die erste selbstbewohnte Immobilie den vorläufigen Bestand seiner Regierung gesichert hat, wird in der EU-Hauptstadt kritisch gesehen, weil die Refinanzierung der Maßnahme komplett offen geblieben ist**. Letta hatte kürzlich ein Ende des von ihm als „deutsch“ eingestuften Brüsseler „Spardiktats“ gefordert. Wenn die Regierung weiter laviere, drohe ein abermaliger Anstieg der Risikoprämien auf italienische Anleihen, wird in der Eurogruppe befürchtet.

Niemand in Brüssel weiß, welcher Konflikt wann und wie stark zu Buche schlagen wird. **Deshalb lässt sich auch nicht abschätzen, wofür und in welchem Umfang der Krisenfonds ESM wieder aktiv werden muss. Dass er aber in absehbarer Zeit wieder gebraucht wird, darf als sicher gelten**. Der Tenor unter EU-Diplomaten ist einhellig: Nach der Bundestagswahl wird es mit der derzeitigen Ruhe vorbei sein.

Compétitivité : la France, 23e mondiale, perd encore deux places

- Par [Fabrice Nodé-Langlois](#)
- Publié le 04/09/2013 à 07:00

82,23

Dans ce palmarès, établi à partir du croisement de 100 indicateurs pour les 148 pays étudiés, l'Hexagone, encore classé par le FMI comme cinquième puissance économique mondiale si l'on se réfère au PIB.

La France a perdu deux places en un an - et cinq en deux ans - dans le classement sur la compétitivité et l'innovation que publie ce mercredi le Forum économique mondial, l'organisateur de la réunion annuelle de [Davos](#). Dans ce palmarès, établi à partir du croisement de 100 indicateurs pour les 148 pays étudiés, l'Hexagone, encore classé par le FMI comme cinquième puissance économique mondiale si l'on se réfère au PIB, est relégué au 23e rang mondial pour la compétitivité.

Aux yeux des experts de Davos, la France figure parmi les cancrs planétaires pour les incitations fiscales à l'investissement (137e), les relations entre patrons et salariés (135e), les prélèvements obligatoires (134e), ou encore le poids des réglementations (130e). Des mauvaises notes qui contrastent avec les bons résultats en matière d'infrastructures (4e), ou d'enseignement supérieur (15e pour l'enseignement supérieur en mathématiques et en sciences, 5e pour les écoles de commerce et de gestion).

Commentant le classement général de son palmarès, Klaus Schwab, le président du Forum économique mondial, prédit qu'«à l'avenir, nous allons parler de pays riches ou pauvres en termes d'innovation» plutôt que de «pays développés et moins développés». À cette aune, le pays le plus innovant reste, comme l'an dernier, la Suisse, suivie par Singapour. Sur la troisième marche du podium, apparaît, comme en 2012, la Finlande, dont le symbole de la capacité à innover, [Nokia, fait justement la une de l'actualité à l'occasion de son rachat partiel par Microsoft](#). L'Allemagne et les États-Unis se classent respectivement 4e et 5e de cette édition 2013. Les grands pays émergents ont encore de lourds efforts à fournir pour améliorer leur compétitivité selon les critères du Forum économique mondial. La Chine (29e au classement général) est en tête des Brics, devant l'Afrique du Sud (53e), le Brésil (56e, en recul de huit places), l'Inde (60e) et la Russie (64e).

Lancement d'un think tank libéral à Science Po

- Par Assma Maad
- Publié le 03/09/2013 à 12:30

82,24



L'association a été créée par quatre étudiants de quatrième année. Knowtex, sous licence Creative Commons.

Une douzaine d'étudiants ont lancé « L », une association chargée de promouvoir les idées libérales au sein de l'IEP parisien qu'ils jugent trop à gauche.

«Nul besoin de rappeler à quel point la France a besoin de liberté. Et nul besoin de souligner qu'avec la gauche au pouvoir, le moment est favorable à la diffusion de nos idées», veulent croire les fondateurs d'un nouveau [think tank](#) de [Sciences Po](#), «L». L'association tout juste créée par une douzaine d'étudiants en quatrième année, souhaite promouvoir les idées libérales au sein de l'école de la rue Saint-Guillaume qu'ils jugent orientée à gauche.

«Avant nous, existait un *club Tocqueville* qui a duré près de deux ans mais, qui était très élitiste. L'année dernière, il y avait l'association *Students for liberty*, qui n'avait pas vraiment de présence physique à Science Po. Nous sommes entre les deux, en essayant d'être à la fois sur internet et sur le terrain, comme une véritable association étudiante», explique Vincent Delhomme, secrétaire général de «L».

L'idée de mettre en place un laboratoire d'idées libérales à Sciences Po a germé à l'automne 2012 alors qu'il effectuait une partie de sa scolarité à l'étranger. Les quatre fondateurs, alors étudiants en troisième année décident de s'organiser très vite. «L'arrivée de la gauche, la politique fiscale, la centralisation... ont ouvert un créneau de discussions et d'opposition», précise Vincent Delhomme. «De manière plus générale, nous assistons à un petit réveil des idées libérales chez les jeunes, que ce soit aux États-Unis avec la [campagne des libertariens](#) qui avait séduit les jeunes, et dans d'autres pays», continue-t-il. **Mais si le libéralisme séduit selon lui les jeunes, il reste banni de la rue Saint Guillaume. «On a constaté, au cours de nos propres années à l'école, une quasi-absence des discours libéraux chez les enseignants et les étudiants».**

Le think tank, en recul à Science Po

Mais rien n'est joué encore. Comme les 140 associations que comptent Sciences Po, «L» doit se soumettre aux votes des étudiants pour exister. L'enregistrement des associations s'effectue tous les ans au mois d'octobre. L'équipe doit présenter son projet à la direction afin de vérifier la conformité du projet avec le règlement de l'établissement. Cette première étape validée, les étudiants doivent déposer un dossier de candidature en ligne, rendue publique durant trois jours. Enfin les projets sont soumis au vote. Ceux qui remportent 120 voix, peuvent exercer pendant un an.

Si chaque année des dizaines de projets associatifs sont acceptés, la mode n'est pas aux think tank. «Il y a un net recul depuis des années. Ce type de projets reste sur le carreau car l'école organise déjà beaucoup de conférences et de débats», analyse Julien Palomo, responsable de la vie associative et syndicale. «Il existe une concurrence assez féroce au niveau du débat d'idées. **D'autant que les partis politiques ont sans doute mieux verrouillé l'opinion étudiante à Science Po».** Actuellement, les partis traditionnels sont beaucoup représentés (on en dénombre une quinzaine), mais seul un think tank existe véritablement, *Les Jeunes Européens*. «Depuis

4-5 ans, ce n'est pas la tendance privilégiée par les étudiants. Dans une période morose, un contexte de crise ils les jeunes ont tendance à se tourner vers les partis politiques pour militer».

«Sortir des sentiers battus»

Avant le vote d'octobre, l'équipe de «L» a décidé d'investir massivement Internet. D'abord avec la création d'[un site](#) entièrement dédié au think tank, ensuite sur les réseaux sociaux, [Twitter](#) et [Facebook](#) en particulier. Une demande de contribution financière a également été lancée.

Le groupe envisage d'organiser, entre autres, quatre grandes conférences, un débat ou encore une «journée du libéralisme». Pour le moment l'administration n'a nullement communiqué après la création de «L». Mais l'association se targue d'avoir eu le soutien de certains enseignants, dont [Dominique Reynié](#), professeur de sciences politiques rue Saint-Guillaume et candidat malheureux à la succession de [Richard Descoings](#).

Alors que les étudiants s'appêtent à effectuer leur rentrée mardi, (exceptés les étudiants de première année, déjà sur les bancs de l'école), l'association mise sur la pluralité. «Personne ne nous connaît encore, mais je crois qu'on nous verra d'un œil favorable, car nous sommes finalement un nouvel interlocuteur.» Le groupe espère également attirer les curieux en sortant des sentiers battus. «Nous prévoyons d'aborder des thèmes plus originaux, comme une réflexion libérale sur l'usage de la drogue, qui n'est pas le thème de prédilection des libéraux en France, mais qui nous tient à cœur», révèle le secrétaire général de «L». Qui entend promouvoir le débat et rien que le débat. Sans soutenir de parti politique.

September 3, 2013

No Bounce for Europe in Rebound by Germany

By [JACK EWING](#)

82,26

FRANKFURT — Whenever Germany thrived, so did the rest of Europe. But that long-held belief is being questioned by its neighbors, which see evidence that the country is taking off without them.

Despite Berlin's hefty financial support of the euro zone's more beleaguered members in the last few years, the economic crisis has corroded commercial ties between Germany and the rest of Europe. Countries like Italy and Spain no longer have the purchasing power they once did, and they trade less with Germany because of it.

Greece, the most distressed country in Europe, is now little more than a German rounding error. German exports to Greece plunged 40 percent from 2008, while Germany imported 9 percent less from Greece. Last year, Greece ranked 44th among German trading partners, just behind Vietnam.

No wonder German companies, cheered on by the government of Chancellor Angela Merkel, have turned their attention to faster-growing places like Asia or the United States.

"Right now it's a decoupling story rather than a helping-hand story," said Carsten Brzeski, a senior economist at the Dutch bank ING.

It is not simply an economic issue, but a geopolitical one.

Ms. Merkel is running for re-election this month in a campaign in which one of the few debating points is how many more financial handouts Germany will give to its weaker neighbors. She has made a conscious effort of building closer ties with bigger and faster-growing markets like China. If the Merkel government succeeds in making Germany a bigger global player through trade and investment policy, it not only insulates Germany from European structural woes but also ensures that it remains a global economic force in its own right.

For the rest of the euro zone and the larger European Union, however, unity depends on the sustained energy and commitment of Germany, the wealthiest and most powerful member. The more that Germany sees its long-term interests lying outside Europe, the less certain the future of the entire European project.

"Germany is less willing to play ball," said Stefano Micossi, director general of Assonime, an Italian business group and research organization. Rather than pulling together, he said, European leaders have been "falling back to mutual mistrust and national solutions."

On Tuesday, the Organization for Economic Cooperation and Development said that even as Germany resumed growth, the euro zone's most vulnerable countries were unlikely to follow until sometime next year. European banks remain weak, the group said, while lending — usually considered a prerequisite for economic growth — continues to decline.

The euro zone's economic future remains heavily dependent on Germany, the biggest market for products like shoes from Italy or Ford minivans made in Spain. German companies like Linde, a large supplier of gases for use in industry and health care, are major employers in Southern Europe.

But Linde's big growth this year was in the United States, where sales rose 58 percent in the third quarter, to \$2.6 billion, thanks to the purchase of Lincare, a company that supplies oxygen to patients in their homes.

The United States has also become a hot market for German companies like Voith, a maker of industrial equipment, which said last month that it expected to profit from a new law intended to encourage construction

of hydroelectric power plants. Voith issued a statement calling the new law “terrific news” — no surprise considering that the company is one of the world’s largest suppliers of hydropower equipment.

In addition, China has become the most important market for Volkswagen, which sold 1.5 million cars there in the first six months of this year, more than in Western Europe. Volkswagen is also putting renewed emphasis on North America. In 2011, it opened a factory in Chattanooga, Tenn., that contributed to a 10 percent increase in American sales through June from a year earlier.

“It’s kind of natural that Germany has to look for new trading partners,” said Wolfgang Lechthaler, a senior researcher at the Kiel Institute for the World Economy in Kiel, Germany. Even if trade with the rest of Europe recovers, “many business relations are also long-term relations,” he said. “It might not go back to the same level as before.”

German annualized growth of 2.9 percent in the second quarter of this year lifted the average for the euro zone as a whole and, at least on paper, ended a regional recession that began in 2011.

But a closer look at the numbers shows a big gulf between growing, northern-tier countries like Germany, Austria or Finland and southern countries like Spain, Italy and Greece, which continue to contract, albeit at a more moderate pace than before. The divide makes for tricky navigation by the European Central Bank, which will hold its monthly monetary policy meeting on Thursday, as it tries to promote growth in the ailing countries while heading off inflation in the healthier ones.

“Average data for the euro area disguises some divergence,” Jörg Asmussen, a member of the executive board of the European Central Bank, acknowledged in an interview in Berlin last week. “You have some countries with robust growth. On the other hand, you have countries that are deep in recession.”

The question now is whether German companies might rediscover some of their traditional markets in Europe, given the tentative signs of stabilization. Economic output in Spain, Italy and Greece shrank but at a much slower pace than in previous quarters. Unemployment fell slightly in Spain and Italy, though it continued to rise in Greece.

If the southern-tier European countries recover, they could once again become attractive places to do business or produce goods.

Despite the strains on European unity, the shared currency as well as a relatively homogeneous legal system could eventually work in favor of the most stricken countries. And even with the growth of trade with China and the United States, Germany’s largest trading partner is still France, with which it did 169 billion euros (\$223 billion) in import-export business last year.

“Europe plays a completely different role than China,” said Karl-Heinz Paqué, a professor of economics at the University of Magdeburg in Germany. “It’s not only trade links, it’s also deep integration.”

It will take more than help from Germany to reduce unemployment in Spain and Greece to tolerable levels. The General Confederation of Workers of Greece, a research institute tied to Greece’s largest labor union, concluded in a study leaked this week that Greek unemployment could require two decades to fall to 10 percent from nearly 28 percent today.

Mr. Asmussen of the European Central Bank said it would take years to fix the imbalances that led to the euro zone crisis, which include excess debt and loss of competitiveness by the stricken countries. “The probability of catastrophic events has been drastically decreased,” he said, but Europe still faces “an adjustment decade.”

Wettbewerbsfähigkeit

Es geht voran

04.09.2013 · In der Rangliste des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit rückt Deutschland vom sechsten auf den vierten Platz vor. Achillesferse bleibt allerdings der Arbeitsmarkt.

Von [Jürgen Dunsch](#), Zürich

82,28

Mit der Konjunkturbelebung geht in Deutschland eine deutliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einher. Im jährlichen Wettbewerbsbericht des Weltwirtschaftsforums (WEF) rückte die Bundesrepublik um zwei Ränge nach vorn auf den vierten Platz. Sie tauschte damit den Platz mit Schweden. Das Spitzentrio besteht unverändert aus der Schweiz, Singapur und Finnland. Die Eidgenossenschaft erringt damit zum fünften Mal den Spitzenplatz. Die Vereinigten Staaten verbesserten sich von Rang 7 auf Rang 5. Insgesamt umfasst die Liste, ermittelt aus zwölf Teilindizes, in diesem Jahr 148 Länder.

Deutschland überzeugt die Experten insbesondere durch die Verkehrsinfrastruktur, den starken Wettbewerb sowie die Innovationskraft der Unternehmen. „Deutsche Unternehmen gehören zu den innovativsten in der Welt“, heißt es wörtlich in dem Bericht. „Sie geben viel Geld für Forschung und Entwicklung aus und zeigen eine hohe Innovationskapazität - Eigenschaften, die durch die breiten Möglichkeiten ergänzt werden, die modernsten Technologien in die Firmen zu bringen“, schreiben die Autoren geradezu überschwänglich. Darüber hinaus habe die Qualität in der Forschung zugenommen ebenso wie das Angebot an Forschern und Ingenieuren.

Spanien bestes Euro-Krisenland

Das größte Manko besteht weiterhin in dem [stark regulierten Arbeitsmarkt, so dass Deutschland in diesem Index nur Rang 41 erreicht](#). Ausgesprochen schlecht auf Rang 113 schneidet die Bundesrepublik beim Teilindex „Flexibilität des Arbeitsmarktes“ ab. In der Nachwuchsförderung kommt sie immerhin auf Platz 11. Vergleichsweise schwach ist auch das Vertrauen in die Stabilität der Banken. Margareta Drzeniek, eine der Autorinnen der Studie, verweist allerdings darauf, dass sich die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren hier verbessert habe. Ein großes Plus in der deutschen Wettbewerbsfähigkeit stelle auch das Ausbildungssystem dar.

In Europa landeten die südlichen Staaten nicht unter den ersten 30. Spanien schlägt sich noch am besten mit Platz 35, gefolgt von Italien (49), Portugal (51) und Griechenland (91). Nach den Worten von Drzeniek haben diese Länder in der Innovationskraft in den vergangenen Jahren keine großen Fortschritte gemacht. Notwendig seien in erster Linie bessere Institutionen, welche die überfälligen Erneuerungen effektiv unterstützen könnten.

Land	2012	2013
Schweiz	1	1
Singapur	2	2
Finnland	3	3
Deutschland	6	4
Vereinigte Staaten	7	5
Schweden	4	6
Hongkong (China)	9	7
Niederlande	5	8
Japan	10	9
Großbritannien	8	10

Quelle: World Economic Forum, Genf

Deutschland kommt voran

Die Verbesserung der Vereinigten Staaten gründet nach den Erkenntnissen des „Global Competitiveness Report“ in erster Linie in einem sichtbar besseren Eindruck der Effizienz und Stabilität der Finanzmärkte. Daneben haben die staatlichen Einrichtungen Vertrauen zurückgewonnen. In der makroökonomischen Stabilität liegt Amerika aber nur auf dem schwachen Rang 117.

Die [Schwellenländer](#) haben viel von ihrem Glanz eingebüßt. Russland macht drei Ränge gut auf Rang 64. Hingegen fällt Brasilien um nicht weniger als acht Plätze zurück auf Rang 56. Für den Abstieg macht Autorin Margareta Drzeniek in erster Linie Importerschwernisse, höhere Investitionshürden und Effizienzverschlechterungen am Arbeitsmarkt verantwortlich. China bleibt mit Rang 29 das beste Land unter den sogenannten BRICS-Schwellenmächten. Südafrika (Rang 53) sowie Indien (Rang 60) folgen wie Brasilien und Russland mit deutlichem Abstand.

September 3, 2013

On Syria, a U.N. Vote Isn't Optional

By OONA A. HATHAWAY and SCOTT J. SHAPIRO

82,30

NEW HAVEN — THE world is in a bind. Syria has violated basic norms of international law and humanity by using chemical weapons on its own people. The United Nations, which is supposed to secure international peace, is paralyzed by the intransigence of Russia and China, which hold vetoes on the Security Council.

It is no surprise that both liberal interventionists and neoconservative realists are advocating American military intervention, even if it is illegal. As President Obama [said](#) on Saturday, “If we won’t enforce accountability in the face of this heinous act, what does it say about our resolve to stand up to others who flout fundamental international rules?”

But this question ignores the obvious: If the United States begins an attack without Security Council authorization, it will flout the most fundamental international rule of all — the prohibition on the use of military force, for anything but self-defense, in the absence of Security Council approval. This rule may be even more important to the world’s security — and America’s — than the ban on the use of chemical weapons.

Mr. Obama cannot justify an attack on Syria based on any direct threat to the United States. Nor does there appear to be a direct threat to Turkey, a member of NATO, which might justify an assault based on collective self-defense. The sad fact is that [Syria](#)’s president, Bashar al-Assad, is visiting horrors, for now, mainly on his own citizens, though the conflict has caused [two million refugees](#) to flee to other countries.

Some argue that international law provides for a “responsibility to protect” that allows states to intervene during humanitarian disasters, without Security Council authorization. They point to [NATO](#)’s 1999 intervention in Kosovo. But in 2009 the United Nations secretary general, Ban Ki-moon, [rejected](#) this view, finding that “the responsibility to protect does not alter, indeed it reinforces, the legal obligations of Member States to refrain from the use of force except in conformity with the Charter,” a position he [affirmed](#) on Tuesday. (The Independent International [Commission](#) on Kosovo found that the intervention was “illegal but legitimate.”)

Others say it is legalistic, even naïve, to rely on the United Nations Charter, which has been breached countless times. What is one more, especially when the alternative is the slaughter of innocents? But all of these breaches add up — and each one makes it harder to hold others to the rules. If we follow Kosovo and Iraq with Syria, it will be difficult, if not impossible, to stop others from a similar use of force down the line.

Consider the world that preceded the [United Nations](#). The basic rule of that system, one that lasted for centuries, was that states had just cause to go to war when legal rights had been violated. Spain tried to justify its conquest of the Americas by saying it was protecting indigenous civilians from atrocities committed by other indigenous peoples. The [War of the Austrian Succession](#) was fought over whether a woman had a right to inherit the throne. The United States largely justified the Mexican-American War, including the conquest of California and much of what is now the Southwest, by pointing to Mexico’s failure to pay old tort claims and outstanding debts.

The problem with the old system was not that no one could enforce the law, but that too many who wished to do so could. The result was almost constant war.

In the [Kellogg-Briand Pact of 1928](#) and in the [United Nations Charter of 1945](#), the world rejected this system. States were forbidden to enforce the law on their own and had to work through a system of collective security.

For all its obvious failings, the United Nations system has made for a more peaceful world than the one that preceded it. No leader may claim the right to collect debts or gain thrones by going to war. States may fracture into smaller pieces, but they don’t get conquered. Gunboat diplomacy is also out of the question.

The desire to respond to the atrocities in Syria with force is natural. The slaughter of civilians is impossible to watch without feeling morally impelled to act. The dysfunctional Security Council's refusal to act leaves us feeling helpless in the face of evil.

But the choice between military force or nothing is a false one. Most of international law relies not on force for its enforcement, but on the collective power of nations to deprive states of the benefits of membership in a system of states. Mr. Obama can cut off any remaining government contracts with foreign companies that do business with Mr. Assad's regime. He can work with Congress to do much more for Syrian rebels and refugees — including [providing antidotes](#) to nerve agents, which are in short supply. He can use his rhetorical power to shame and pressure Russia and China.

For all their wisdom, the United Nations' founders showed incredible lack of foresight in freezing in place a system in which five nations hold permanent veto power in the Security Council. Unfortunately, that's unlikely to change, despite almost uniform consensus that the configuration makes little sense. The question is whether we can manage to live with these shortcomings. If not, we have to think very hard about what the alternative might be — and recognize that it could be far, far worse.

The question Congress and Mr. Obama must ask now is whether employing force to punish Mr. Assad's use of chemical weapons is worth endangering the fragile international order that is [World War II](#)'s most significant legacy.

[Oona A. Hathaway](#) and [Scott J. Shapiro](#) are professors at Yale Law School.

Die Schwächen der EU-Bankenunion

03.09.2013 · Die EU-Kommission schlägt vor, ihr die Aufgabe zu übertragen, angeschlagene Banken in Europa aufzufangen und zu restrukturieren. Nach Einschätzung des ZEW-Präsidenten Clemens Fuest ignoriert der Vorschlag allerdings das größte Problem.



© dpa Clemens Fuest ist Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim

Binnenmarktkommissar Michel Barnier hat vorgeschlagen, der Europäischen Kommission die Aufgabe zu übertragen, angeschlagene Banken in Europa aufzufangen und zu restrukturieren. Damit soll die Europäische Bankenunion vorangetrieben werden. Der Vorschlag enthält gute Ideen, hat aber den Mangel, dass er das größte Problem ignoriert - die in den Bankbilanzen vor allem der Krisenstaaten verborgenen Risiken aus der Verschuldungskrise.

Bislang sind die nationalen Regierungen dafür zuständig, marode Banken aufzufangen, ihnen also neues Kapital zu verschaffen oder sie abzuwickeln. Das verursacht nach Einschätzung der Kommission drei Probleme. Erstens: Wenn Eigentümer und Gläubiger der Bank für die Verluste nicht herangezogen werden, müssen die Regierungen das notwendige Kapital beschaffen. Das läuft oft darauf hinaus, dass die Bankschulden zu Staatsschulden werden. Diese Bankenrettung kann die Bonität ganzer Staaten in Frage stellen. Umgekehrt untergräbt die Schwächung der Staatsfinanzen das Vertrauen in das nationale Bankensystem. So entsteht ein Teufelskreis aus immer schwächeren Banken und sinkender Bonität der nationalen Regierungen.

Eigentümer und Gläubiger sollen für Verluste haften

Zweitens haben Entscheidungen über die Restrukturierung von Banken oft grenzüberschreitende Auswirkungen. Bei Entscheidungen, die auf nationaler Ebene gefällt werden, besteht die Gefahr, dass Wirkungen auf andere Länder nicht angemessen berücksichtigt werden.

Drittens können unterschiedliche nationale Politiken bei der Bankenrestrukturierung den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren. Finanzkräftigere Länder können ihre Banken leichter auffangen als Mitgliedstaaten mit finanziellen Problemen. Da Investoren das wissen, werden sie etwa deutschen Banken zu besseren Konditionen Kapital geben als südeuropäischen. Deutschen Banken verschafft das einen erheblichen Wettbewerbsvorteil.

Um diese Probleme zu lösen, schlägt die Kommission Folgendes vor: Künftig sollen nicht nationale Regierungen, sondern die EU-Kommission entscheiden, ob und wie eine Bank restrukturiert wird. Für Verluste sollen in erster Linie die Eigentümer und die Gläubiger der Bank haften. Außerdem soll ein zentraler Restrukturierungsfonds geschaffen werden, in den alle Banken in Europa einzahlen. Die Mittel dürfen erst verwendet werden, wenn private Kapitalgeber Verluste in Höhe von mindestens 8 Prozent der Bilanzsumme absorbiert haben. Ausnahmen sind möglich, wenn die Stabilität des Finanzsystems bedroht ist. Rechtsgrundlage dieser europäischen Restrukturierungsinstitution soll Artikel 114 des EU-Vertrags sein. Er regelt, dass die EU Maßnahmen treffen kann, die zur Errichtung des Binnenmarktes notwendig sind.

Die wirtschaftliche Asymmetrie innerhalb Europas

Das Anliegen der Kommission, für Haftung privater Gläubiger bei Banken Krisen zu sorgen und die Steuerzahler zu schützen, ist im Prinzip richtig. Der Vorschlag, der nun auf dem Tisch liegt, hat aber erhebliche Schwächen.

Zum einen ist die Zuständigkeit für den Binnenmarkt als Rechtsgrundlage fragwürdig. Die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen als Hauptgrund für die Schaffung einer europäischen Restrukturierungsbehörde darzustellen wird der Sache nicht gerecht. Im Kern geht es um die Errichtung der Bankenunion zur Stabilisierung der Währungsunion. Zum anderen reicht es nicht aus zu fordern, dass private Kapitalgeber bei Bankenrestrukturierungen haften sollen. Es muss sichergestellt sein, dass diese Haftung im Ernstfall auch greift, ohne das Finanzsystem zu destabilisieren. Notwendig sind Regulierungen, die jede Bank zwingen, hinreichend für eine Haftung vorgesehenes Kapital von Gläubigern aufzunehmen, die keine Banken sind und Verluste absorbieren können. Erforderlich sind ferner Regulierungen, die das Engagement von Banken in Staatsanleihen und die Kreditvergabe an Staaten deutlich einschränken. Sonst können Staaten die Bankenunion nutzen, um sich auf Kosten anderer übermäßig zu verschulden.

Das wichtigste Defizit des Kommissionsvorschlags liegt allerdings woanders. Er gibt keine Antwort auf die Frage, wie mit der wirtschaftlichen Asymmetrie innerhalb Europas umzugehen ist. Den Banken in den Krisenstaaten drohen erhebliche Verluste durch faule Kredite. Diese Verluste sind wirtschaftlich schon vorhanden, aber oft noch nicht verbucht. Die Banken und Kapitalanleger in Nordeuropa weigern sich verständlicherweise, durch einen gemeinsamen Restrukturierungsfonds für absehbare Verluste von Banken in Krisenstaaten zu haften.

Nicht durch die Hintertür

Was ist zu tun? Die Aktiva aller Banken in den beteiligten Ländern müssen geprüft, absehbare Verluste offengelegt werden. Die EZB plant ohnehin eine solche Prüfung. Entscheidend ist, dass diese Prüfung realistisch ist und Risiken bei Staatsanleihen einbezieht. Verluste sollten von den Eigentümern und Gläubigern der Banken getragen werden, wie es auch in der Bankenunion geplant ist. Dieser Prozess ist aufwendig und konfliktträchtig, weil es bei der Bewertung von Aktiva erhebliche Spielräume gibt. Unvermeidlich ist, dass die Restrukturierung an den Kapitalmärkten für Unruhe sorgen wird. Sofern öffentliche Mittel benötigt werden, sollten die einzelnen Mitgliedstaaten das Kapital aufbringen, notfalls mit Hilfe des ESM. Das darf aber erst nach einer Mindestbeteiligung der privaten Kapitalgeber erfolgen.

Bei überschuldeten und von Rettungsschirmen abhängigen Mitgliedstaaten würde jeglicher Einsatz öffentlicher Mittel eine Umverteilung von Altlasten unter den Mitgliedstaaten der Eurozone bedeuten. Daran sollten Fortschritte bei der Sanierung der Banken in Europa nicht scheitern. Aber eine solche Umverteilung darf nicht durch die Hintertür erfolgen, sie muss das Ergebnis offener Verhandlungen sein. Solange dieses Problem ungelöst ist, sind Fortschritte in Richtung europäische Bankenunion versperrt.

Germans oppose more bailouts, want smaller euro zone: poll

BERLIN | Tue Sep 3, 2013 7:58am EDT

82,34

(Reuters) - A majority of Germans say their next government after the September 22 election will have no mandate to provide more funds for the [euro zone](#) and that any further aid should be subject to a referendum, a poll showed on Tuesday.

More than half of Germans also want their country to remain in the common currency but would prefer a slimmed down euro zone with membership "restricted to a select group of more similar countries", the YouGov Deutschland survey showed.

"German voters' support for 'more Europe' seems to be mostly limited to strict control over other countries' spending," said Nina Schick, an analyst at the Open Europe think-tank which published the survey.

Chancellor Angela Merkel, whose conservatives are tipped to win a third term, has called in the past for "more Europe", including closer fiscal ties and a banking union, to defuse the euro zone crisis. But she has struck a more cautious tone on European integration as the election approaches.

Germans are unhappy about having to fund bailout packages for heavily indebted members of the euro zone, though the survey showed only 32 percent want to return to the deutsche mark.

Merkel has tried to prevent the euro zone crisis becoming a major campaign issue, though she conceded in a TV debate on Sunday that [Greece](#) - the weakest link in the 17-nation currency bloc - may require a third aid package.

The YouGov poll showed 52 percent of Germans do not want their next government to commit to further loans for crisis-hit countries such as Greece and [Portugal](#) and 57 percent say it should not have the mandate to forgive any euro zone debt.

Almost two thirds said the next chancellor would have a mandate only to agree more aid for other euro zone nations if a referendum were held. A majority of those surveyed also opposed a pooling of euro zone debt, a step Merkel has vowed to oppose.

"The question is if the next German chancellor is prepared to press ahead with more euro zone integration anyway, risking the gap between voters and politicians widening further," said Open Europe's Schick.

(Reporting by Gareth Jones; Editing by Mark Heinrich)

Euro-Krise

Deutschland in Europa - übermächtig und isoliert

Bundeskanzler Helmut Kohl führte den Euro ein, um die Europäisierung voranzutreiben. Das Gegenteil trat ein. Was wir nun erleben, ist die Isolierung Deutschlands und eine Gereiztheit gegen unser Land. Von Dominik Geppert, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Bonn

Bei allem Enthusiasmus für die europäische Einigung war Bundeskanzler Kohl sich bewusst, dass sein Entgegenkommen in der Währungsfrage gegen traditionelle deutsche Positionen verstieß. Er habe seine Entscheidung "gegen deutsche Interessen" getroffen, sagte er dem amerikanischen Außenminister James Baker drei Tage nach dem entscheidenden EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989. Aber der Schritt sei politisch wichtig gewesen, weil Deutschland Freunde brauche.

Die gegenwärtige Krise hat diese Überlegung als Trugschluss entlarvt. **Statt durch die Aufgabe der D-Mark Freunde zu gewinnen, sieht sich Deutschland in Europa Feindseligkeit und Misstrauen gegenüber, wie zu keinem Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.** Die Politik der Einbindung und Selbsteinbindung Deutschlands stößt an ihre Grenzen - nicht durch bösen Willen, sondern weil dem Dilemma der deutschen Größe durch diese Form der Europäisierung nicht beizukommen ist.

Angela Merkels Politik der kleinen Schritte potenziert das Problem weiter. Sie setzt die idealistische Überhöhung der Währungsunion fort, indem sie Europa mit dem Euro identifiziert: "Scheitert der Euro, dann scheitert Europa." Zugleich bekennt sie sich jedoch zu der Maxime, keine deutschen Finanzhilfen zu gewähren, ohne damit die Forderung nach Strukturreformen in den Schuldnerländern zu verbinden.

Diktat der Bundesbank

Auf diese Weise ist sie in einen klassischen Zielkonflikt geraten: Auf der einen Seite erklärt die Kanzlerin den Euro zur Existenzfrage Europas. Dadurch hat sie das Schicksal des Kontinents an den Zusammenhalt der Währungsunion gekoppelt. Diese Sichtweise ist kontraproduktiv, da sie die deutsche Politik um jeden Preis an den Erhalt der Einheitswährung in ihrer jetzigen Zusammensetzung kettet. Damit kann Deutschland die Schuld am "Ende Europas" zugeschoben werden, wenn die Bundesregierung irgendwann einmal nicht mehr zu weiteren Garantien, Krediten und Hilfszahlungen bereit sein sollte.

Auf der anderen Seite knüpft Angela Merkel den deutschen Beistand für die [Schuldnerstaaten an konkrete Konditionen](http://www.welt.de/115633791) (Link: <http://www.welt.de/115633791>), mit denen sie ihre Vorstellungen von der Krisenlösung durchsetzen möchte. Vor diesem Hintergrund fürchten die anderen Europäer heute nicht mehr wie früher das Diktat der Bundesbank bei der Festlegung der Zinssätze.

Sie fühlen sich um politische Kernkompetenzen betrogen und der demokratischen Selbstbestimmung in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik beraubt. Deutschland habe sich zur Hegemonialmacht des Kontinents aufgeschwungen, heißt es deswegen in anderen Ländern immer öfter, zumindest sei es im Begriff, dies zu tun.

Zurück zu Bismarck

In Wirklichkeit ist Deutschland nicht zur Hegemonialmacht Europas geworden, auch nicht zu einem **"Hegemon wider Willen"**, wie der Konstanzer Staatsrechtler Christoph Schönberger annimmt. Eine deutsche Vormacht würde nicht nur an den europäischen Verträgen scheitern, sondern mehr noch am Widerstand der anderen europäischen Staaten, zumal Frankreichs und Großbritanniens.

Deutschland hat vielmehr im Euro-Raum wieder jene halbhegemoniale Stellung inne, die schon die Lage des Bismarckreiches in Europa kennzeichnete. Einerseits ist es zu stark, um sich in die Institutionen der Währungsunion einzufügen, und zu mächtig, um dort als Gleicher unter Gleichen zu agieren. **Andererseits aber, das wird zunehmend deutlich, ist das Land auch zu schwach, um im Rest der Euro-Zone die deutsche Politik durchzusetzen.**

Vor allem wird es nicht gelingen, anderen Ländern dauerhaft eine nachhaltige Haushaltspolitik aufzuzwingen, die deren politischen und ökonomischen Traditionen und Mentalitäten widerspricht. Es droht vielmehr die Isolierung Deutschlands. Nicht nur der [Bundesbankpräsident](http://www.welt.de/themen/euro-krise/) (Link: <http://www.welt.de/themen/euro-krise/>) ist im Rat der EZB isoliert. Auch die Kanzlerin wirkt im Europäischen Rat inzwischen oft genug recht einsam. Die Bundesregierung steht mit ihrer Strategie der Krisenbewältigung durch Schuldenbegrenzung innerhalb der Euro-Zone mittlerweile allein auf weiter Flur.

Die drohende Isolierung

Finanzielle Solidität und europäische Einigung befinden sich erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte miteinander in Widerspruch. Statt eine stabile Währung zu exportieren, hat die Bundesrepublik die Folgewirkungen geldpolitischer Schwäche von ihren europäischen Nachbarn importiert. **Statt mit der Aufgabe der D-Mark die europäische Einigung unumkehrbar zu machen, ist mit dem Euro der Fortgang des Integrationsprozesses so ernsthaft wie nie zuvor in Frage gestellt.**

Statt mit der [Währungsunion](http://www.welt.de/119122299) (Link: <http://www.welt.de/119122299>) ein für alle Mal aus den Zwängen der halben Hegemonie und der drohenden Isolierung zu entkommen, stellen sich die Fragen von Vormacht und Ausgrenzung Deutschlands in Europa heute in verschärfter Form.

Keine der bislang diskutierten Strategien zur Rettung der Währungsunion wird Deutschland aus dieser Zwangslage befreien. Setzt sich die Bundesregierung, was unwahrscheinlich genug ist, mit ihren im Fiskalpakt formulierten Forderungen nach strikter Haushaltsdisziplin und schmerzhaften Strukturereformen zumal in den südeuropäischen Ländern durch, werden von dort dauerhaft Proteste gegen ein deutsches Diktat und eine neo-imperiale Politik Berlins zu hören sein.

Übermächtiges, schwaches Deutschland

Obsiegen umgekehrt, wonach es immer mehr aussieht, jene Kräfte, die ein noch stärkeres finanzielles Engagement der Bundesrepublik fordern, dann werden die Transfers innerhalb der Währungsunion Ausmaße annehmen, die keine Bundesregierung dem deutschen Steuerzahler mehr begreiflich machen kann.

Größe und Wirtschaftskraft unseres Landes wären in einem weiteren und lockereren Verbund, der auch Großbritannien, Schweden, Dänemark, Polen und die anderen ostmitteleuropäischen Staaten gleichberechtigt einschließt, leichter auszutariieren und für alle Beteiligten erträglicher zu gestalten als in einem wirtschaftlich und fiskalisch festgezurrten, engeren Euroraum mit süd- und westeuropäischer Schlagseite, in dem Deutschland einerseits übermächtig erscheint, sich aber andererseits in einer ständigen Minderheitenposition und Isolationsgefahr befindet.



"Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro" (Europa Verlag, Berlin. 192 S., 16,99 €).

Violence : les territoires perdus de la fonction publique

Après les flics, le ras-le-bol des profs et des hospitaliers

Posté par Lydie Marion le 3 Septembre 2013 à 9:00 Dans Société

82,37



[1]

En France, cet été, les menaces et les agressions n'ont pas seulement touché les buralistes et les joailliers. On constate une hausse générale des violences contre les fonctionnaires, tous services confondus. Il y a fonctionnaire et fonctionnaire, ceux qui sont en première ligne et les autres. L'augmentation la plus significative concerne les services hospitaliers qui enregistrent un accroissement de 80% du nombre d'agressions sur les cinq dernières années. Pis, sur deux ans, les violences physiques se sont accélérées. La brutalité essaime. Désormais, les infirmiers et les médecins ne sont pas seulement agressés dans les Urgences des zones sensibles. Les hôpitaux de Province sont aussi atteints par cette envolée. La ville de Valence a depuis peu engagé des vigiles qui surveillent les entrées et les sorties du centre hospitalier. Ils interviennent fréquemment pour maîtriser certains patients et les membres hystériques de leur famille. Comment réagir quand soigner un accidenté de la route en état de mort clinique, admis en réanimation, ressemble à un parcours du combattant parce que la famille remet en cause la compétence de l'équipe soignante ? Eux, ils savent mieux, eux ils ont vu ça sur internet. Alors, comme ces citoyens modèles menacent de revenir plus nombreux la prochaine fois et de démolir du matériel, on cède, et on finit par faire de nouveaux examens inutiles aux frais du contribuable. C'est que pour certains citoyens la parole du fonctionnaire n'a plus de valeur. Partout, la violence devient une norme. Elle est légitimée même par ceux qui la perpètrent.

Pour occulter ce malaise grandissant, on alimente les idées reçues. Cela rassure le citoyen lambda affalé dans son canapé que l'on conforte dans ses opinions. Le fonctionnaire râleur par essence n'a plus le droit de se plaindre, il a des vacances, un CDI, la sécurité de l'emploi, un salaire assuré à chaque fin de mois. Tout va bien, il est sorti d'affaire, il n'a plus qu'à vivre heureux. Malheureusement, les jeunes qui entrent dans la fonction publique s'aperçoivent très vite que le job a changé. A présent, il s'agit de maintenir la paix civile en faisant d'eux des « ambianceurs ». Il s'agit d'atténuer la ruine par l'animation. Les profs ne délivrent plus des savoirs, les jeunes policiers arrêtent le moins possible les malfrats, les jeunes juges ne sanctionnent plus, tous dialoguent, tous négocient avec des citoyens effrontément sans complexe qui éructent ou les tabassent parce qu'ils n'obéissent pas à leurs desiderata. Si 75% des 18-25 ans rêvent de devenir fonctionnaire pour éviter la précarité, ils déchantent vite une fois en poste. L'enthousiasme des jeunes étudiants bercés par une idéologie soixante-huitarde s'essouffle au bout de la première année de plein exercice. Pourtant, sur le papier celle-ci était magnifique, elle leur promettait qu'ils contribueraient à offrir la même chance à tous de réussir et de trouver sa place dans la société. Cette promesse républicaine, absolument centrale et à laquelle tous les Français sont

profondément attachés, ils ne peuvent la tenir. Non par manque de compétence ou d'expérience – même les plus expérimentés prennent la fuite- mais parce qu'ils se rendent compte qu'ils se retrouvent dans la cale du navire France alors que par, leurs efforts, ils pensaient prétendre au moins à la seconde classe. En cela, la dévalorisation du métier d'enseignant et plus généralement de la fonction publique justifie un double désamour, à la fois celui des élites pour qui travailler dans la petite fonction publique, c'est déchoir, et en même temps de certains citoyens issus de l'immigration pour qui ils représentent un ordre et des valeurs républicaines qu'ils refusent de respecter. Le choc est immense, le marasme également.

Ce n'est pas un hasard si les violences envers les fonctionnaires ne font qu'augmenter, elles marquent l'impuissance des classes dirigeantes à traiter le problème. Le lien se délite peu à peu et la fracture entre les territoires s'amplifie. Comment veut-on qu'un jeune policier s'épanouisse dans son métier, qu'un jeune enseignant se fasse respecter de sa classe, quand on a pu voir cet été à quel point l'autorité de l'Etat n'existait plus ? La crainte de troubler la paix civile prime sur tout le reste. **Aujourd'hui, être fonctionnaire, c'est jouer les tampons entre la population des quartiers et le reste de la population française. C'est faire face à une sécession qui ne dit pas son nom**, c'est prendre les coups tout en faisant du social, encore et toujours, alors que cela ne fonctionne pas. Pourtant, on continue de commander des sondages, on fait mine de s'étonner, on cherche une explication. Ainsi, selon la récente enquête du *Parisien-Aujourd'hui en France*, 58% des profs estiment manquer de considération, ils sont 80% chez les plus jeunes. Cela est révélateur de la déchéance sociale globale qui mine les fonctionnaires. Cela n'empêche pas ce journal de titrer plaisamment la publication de ce sondage « Les Profs ont besoin d'amour », allusion railleuse au titre de Lorie et clin d'œil appuyé en direction des lecteurs : « Toujours en train de se plaindre, ceux-là ! ». De fait, ricaner s'avère bien utile pour occulter non seulement des souffrances individuelles mais aussi et surtout celles de la République. Sous l'impulsion d'une hiérarchie qui distille des discours en décalage total avec la réalité du terrain, les fonctionnaires, représentants de l'ordre républicain, n'ont plus aucune autorité parce qu'on les a en dépossédé. Dès lors, les abus se multiplient. Face à cette sape quotidienne, ils sont totalement désarmés. Et, ils ont le sentiment d'un grand abandon qui provient à la fois d'un manque criant de soutien de leur hiérarchie qui les pressure pour avoir des résultats rapidement, quitte à enjoliver la réalité, et du manque de reconnaissance des citoyens lambda qui les considèrent comme des privilégiés qui n'ont pas à se plaindre parce que c'est pire dans le privé. Parmi eux, certains esprit chagrins se félicitent même qu'ils en bavent. Alors, ces jeunes fonctionnaires finissent par s'apercevoir qu'ils sont devenus de la chair à canon que l'on a envoyé sous le feu et qu'il n'y aura pas de renfort.

Headwind for Merkel

Euro Zone Head Says Greece Needs More Aid

Chancellor Angela Merkel has said Greek finances will not be addressed until the end of next year. But Euro Group chief Jeroen Dijsselbloem on Thursday joined the chorus of voices saying Athens needs more help.

It has become something of a campaign issue in the German election. Finance Minister Wolfgang Schäuble not long ago suggested that Greece will soon need a third aid package to make up for a looming liquidity shortfall, prompting accusations from the opposition Social Democrats that Chancellor Angela Merkel has not been honest with voters about the looming costs of the euro crisis.

And Merkel? She has merely responded that the question of additional Greek funding won't be addressed until late 2014, insisting more recently that her government had always noted that Athens might need more assistance before it can stand on its own two feet.

Now, though, the head of the Euro Group has jumped into the debate, and indicated that a third aid package for Greece will likely become necessary. "It's clear that despite recent progress, Greece's trouble will not have been completely resolved by 2014," Jeroen Dijsselbloem, who chairs meetings of euro-zone finance ministers, told the European Parliament on Thursday. He added that it was "realistic to assume that additional support will be needed."

Merkel had been [hoping to keep the issue of Greece off the agenda](#) until [after the German election](#) on Sept. 22. But at a campaign event in August, [Schäuble spilled the beans](#), saying that a third aid package would be necessary. In response, Merkel declined to be as clear, saying in a newspaper interview that "we in the euro zone have always said that we will have to re-evaluate the situation in Greece at the end of 2014 or the beginning of 2015."

Debt Load Issues

Greece's current aid package runs out at the end of next year. The hope was that the country would then be able to return to financial markets for financing.

The precise amount that Greece might need has not been determined, but the International Monetary Fund in July estimated the sum to be around €11 billion. Greek Finance Minister Yannis Stournaras told Greek broadcaster Skai on Wednesday that the country would need "between €10 and €10.5 billion."

Dijsselbloem also indicated that the euro zone may assist Athens by reducing interest rates on the bailout loans it has already received. Many analysts, however, have said that the country's debt load will still be way too high at the end of 2014, with many suggesting that further debt forgiveness is necessary.

Such a debt cut, however, would likely have to include public holders of Greek debt, making it politically unpalatable. Both Merkel and Schäuble have ruled out such a debt cut. And the European Central Bank too has said it was unwilling to take losses on its Greek bond holdings. ECB President Mario Draghi reiterated that stance on Thursday, saying simply "no" when asked if his bank would participate in Greek debt relief.

Merkel's challenger in the upcoming general election, Peer Steinbrück of the center-left Social Democrats, has [accused the chancellor](#) of not being honest with the German electorate about the true costs of her efforts to save the euro.

Dijsselbloem on Thursday also addressed Ireland, which will be exiting its bailout program at the end of this year. He said that "Ireland has performed very well in its program and will exit the program, but there will be measures to support its gradual exit." He did not specify what those measures would be.

cgh -- with wire reports

Germany's Conspicuous Silence

By [ROGER COHEN](#)

BERLIN — Germany is the world's most popular country, according to a BBC World Service survey this year, not bad for a nation that has probably fretted more over its self-image than any other. It is also an enigma, a powerful state wary of power, a lusterless leader. Angst is a German word but not a German condition.

As world leaders debate the Syrian crisis, Europe's dominant power is conspicuous for its silence. It murmurs that the regime must be punished if use of chemical weapons is proved, and it contributes intelligence, but it wants no part of any riposte. Britain's rejection of military involvement gives comfort to Berlin's reticence. Gassing in Syria, shamefully, is scarcely a German concern. Germany is the ghost of international relations.

Federal elections are to be held this month. The fate of the European Union is in Germany's hands. Yet when I ask people what the major electoral theme is, I am met with a blank stare.

Success sedates. Unemployment, at 5.3 percent, is a fraction of the European average. Growth is robust by European standards. The budget is balanced. Consensus binds and inequality, while increasing, is less conspicuous than elsewhere in the West.

No wonder the opposition Social Democrats, whose candidate is Peer Steinbrück, have been unable to provoke substantive policy debate. "Germany is strong — and must remain so," screams a slogan of Chancellor [Angela Merkel](#), leader of the Christian Democrats, whose victory on Sept. 22 is almost assured.

But remain strong for what? The United States wants Germany to assume a global role commensurate with its power. Nobody sees a resolution of the euro crisis without a decisive German role. Even Poland, which paid the highest price for German might, has called Germany Europe's "indispensable nation."

Time then for a reality check: Germany will not lead. The very word for leadership — "führung" — is problematic through historical association. The nation's institutional architecture — a sprawl of counterbalancing federal bodies — is insurance against assertive leadership. Conventional symbols of national power, like flags or the military, leave modern Germans cold.

The postwar giants — Adenauer, Brandt, Schmidt and Kohl — were fine when Germany was weak, but [Germany's](#) current strength needs offsetting rather than underscoring. If it flexes its newfound muscle, as in giving austerity lessons to shipwrecked Southern European economies, it finds Hitler images resurfacing. Contemporary German psychology is in sync with the steady Merkel style (a frequent criticism of Steinbrück is that he is a "loose cannon").

"The scars of history are really very, very serious, and so we made the decision to bid farewell to the concept of a state based on power and become a merchant state," Joschka Fischer, the former foreign minister, told me.

In the age of the borderless online world where the nation-state feels like a curious hangover, and at a time when the post-9/11 wars have tired Europeans and Americans of militarism, this rejection of what Fischer called the "machtstaat" (the power state) explains much of Germany's global popularity. No European nation is less hung-up about sovereignty.

The economy also stirs admiration. German husbandry, suspicion of debt and social consciousness were learned from bitter inflationary history. Germany resisted the profligacy and contempt for risk that produced the meltdown of 2008.

The danger of German success combined with reticence is inward-looking complacency. But it would be illusory to expect major change after the election. People clamor for a German “vision” for Europe. Been there, done that — and lost about one-third of German territory in the catastrophic, brutal process. No, what Germany can offer Europe is nothing more nor less than its own example.

In Germany, solidarity counts. Rich regions support the poor regions at great expense — on condition that the poorer regions do not cheat and budgetary discipline is respected. In an age of rampant distrust of the powerful, Germans still trust the government (the former president, who had to quit, is being charged with accepting less than \$950 toward payment of a Munich hotel bill).

Merkel says that Europe has 7 percent of the world’s population, 25 percent of its output and 50 percent of its social spending. Without fiscal discipline the euro will fail; and without the surrender of some sovereignty to European institutions, fiscal cohesion won’t be achieved.

I do not know if Europeans are ready to follow German examples. I am sure Germany will not change. Outside the Wittenbergplatz subway, 80 years after Hitler’s assumption of power, I stumbled on a large sign naming a dozen places that “must never be forgotten.” Among them were Auschwitz and Buchenwald.

This is the history that precludes leadership. Germany is popular. It is admired. But it is doubtful any other nation can emulate it because the price of its immense achievements was purgatory.

David Brooks is on book leave.

The Tragedy of Mohamed El Beltagi

By [URSULA LINDSEY](#)

CAIRO — In the leaked footage that shows his arrest, a balding middle-aged man with a prayer bruise on his forehead is surrounded by police officers and balaclava-clad special forces. There is a sickly grin on his face. He raises four fingers — a symbol of solidarity with Islamist protesters [killed](#) in Rabaa al-Adawiya Square (rabaa means four). A soldier swats down his hand.

Mohamed El Beltagi, a senior member of the Muslim Brotherhood, had been on the run for several weeks before he was captured last week and charged, like most of the organization's leaders, with inciting violence. His is the story of a moderate Islamist option that never quite materialized, thanks to the intransigence of both the Brotherhood and its enemies.

In 2010, Beltagi was running for a second term in Parliament to represent Shubra el-Kheima, a poor, dense neighborhood on the edge of Cairo. A doctor, Beltagi had a clinic where he often provided care to patients free of charge.

This was back when the Muslim Brotherhood was, as every news story seemed to say, “banned but tolerated.” The regime of President Hosni Mubarak let it run professional syndicates and provide social services but periodically jailed its leaders. It allowed the Brothers to contest elections so long as they didn't win too many seats.

I joined a group of Beltagi's supporters as they marched in formation along the narrow, unpaved roads of Shubra el-Kheima chanting, “Islam is the solution!” Beltagi gave a stump speech about his efforts to bring public services to the district.

At the time, the Mubarak regime was countering calls for democratization by invoking the threat of an Islamist takeover, while some analysts were arguing that political participation would make the Brotherhood more moderate. Beltagi was one of the group's younger, less conservative members; he was open and cordial, more likely to talk about social inequality than religion.

But the 2010 parliamentary elections were brazenly rigged and Beltagi was not re-elected. By early 2011 and the 18-day uprising against Mubarak, he had become the Brotherhood's enthusiastic representative among revolutionary groups; he was a ubiquitous presence on the stage during protests in Their Square.

But he wasn't one of the top decision makers. The organization's supreme guide, Mohammed Bade, and his deputy, Khairat El Shatter — both of whom are now also in jail — focused on rallying their base around religion and reaching a deal with the army in order to gain power.

When in the months following Mubarak's ouster young protesters clashed with the police and the army, the Brotherhood's leadership instructed the group's members not to participate and accused “thugs” on the streets of trying to derail the upcoming elections, which they expected (correctly) the organization to win big.

Activists accused the Brotherhood of betraying the revolution. Some young and more moderate Brothers quit, or were driven out. Even Beltagi almost left the Brotherhood in protest.

Instead, however, he became secretary general of its new political party. As the Brotherhood broke more promises and engaged in divisive rhetoric, its relationship with non-Islamist parties, the media and state institutions frayed. Its worst tendencies — secrecy, duplicity, arrogance, authoritarianism, religious incitement — hardened, and its tone become more strident.

So did Beltagi's. When large protests against President Mohammed Morsi took place in December, Beltagi argued that the crowds comprised mostly Christians (who make up at most 10 percent of the population). After Morsi's ouster, he was a prominent speaker at the Islamist sit-in in Raba. "Say goodbye to your mother, father and wife, because you will sacrifice your soul to defend Mohamed Morsi's legitimacy," he [told protesters there](#). When the police and the army cleared away the sit-in on Aug. 14, hundreds of people died and Beltagi's 17-year-old daughter, Asmaa, was shot in the chest.

To me, Beltagi represents the failed hope of the Brotherhood's would-be moderates. That hope was first thwarted by the Brotherhood itself, whose understanding of democracy was shallow and self-serving, and whose culture of secrecy and obedience quashed internal debate. Then it was crushed by state repression so fierce that it seems bound to radicalize more people.

The aggrieved Brotherhood is now headed underground to once again be the main opposition group. This leaves Egypt with the same stale, false choice between religious extremism and a police state.

Wann ist Arbeit noch „normal“?

06.09.2013 · Deutschland hat heute mit fast 42 Millionen Erwerbstätigen so viele wie nie zuvor. Doch die Dauerdebatte über die angebliche Bedrohung durch „prekäre Beschäftigung“ schadet dem Ruf des Standorts.

Von [Sven Astheimer](#)



© dpa Die Arbeitslosenzahl sank in Deutschland unter 3 Millionen

Viele Meldungen gehen im Trubel des Alltags unter, einige davon zu Unrecht. Kürzlich hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass der jüngste Aufschwung in Deutschland vor allem „Normalarbeitsverhältnisse“ geschaffen hat - also Vollzeit und unbefristet. „Atypische Beschäftigung“, also alles, was davon abweicht, ging dagegen erstmals seit Jahren zurück. Eigentlich eine erfreuliche Nachricht, von der die Öffentlichkeit aber kaum Notiz genommen hat.

Im Gegenteil: Weil der Wahlkampf gerade in seiner mehr oder weniger heißen Phase tobt und andere Themen mit einem ähnlich hohen emotionalen Potential rar sind, setzen die Oppositionsparteien von SPD bis Linkspartei, unterstützt von den Gewerkschaften, ihre Kampagnen gegen die angebliche „Prekarisierung“ der deutschen Arbeitnehmerschaft unbeirrt fort. Vom allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn über weitere Einschränkungen für die Zeitarbeit bis hin zum völligen Aus für Befristungen reicht der Regulierungskatalog für den angestrebten Politikwechsel.

Arbeitsmarkt auf Platz 113

Wie groß die Unterschiede zwischen Innen- und Außenwahrnehmung mittlerweile sind, hat gerade der Bericht des Schweizer Weltwirtschaftsforums über die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten deutlich gemacht. Er sieht Deutschland um zwei Plätze auf Rang vier aufsteigen, mit Spitzenwerten in vielen Kategorien - außer am Arbeitsmarkt. Seinen 113. Platz dort verdankt Europas wiedererstarke Lokomotive ausgerechnet mangelnder Flexibilität. Der rigide Kündigungsschutz entfalte gerade in Abschwungphasen seine beschäftigungsfeindliche Wirkung.

Nun gibt es gute Gründe dafür, nicht jedes Ergebnis internationaler Vergleiche auf die Goldwaage zu legen. Das beste Beispiel bietet die jahrelange Diskriminierung des deutschen dualen Ausbildungssystems gegenüber Studienabschlüssen durch die OECD. Die Industrieländerorganisation hat hier erst vor kurzem einen Kurswechsel vollzogen. Wer jedoch die Argumente des Weltwirtschaftsforums voreilig als neoliberale Propaganda abtut, verkennt schlicht die Tatsachen.

Unter 3 Millionen Arbeitslose

Um den Arbeitsmarkt in seiner heutigen Verfassung zu verstehen, hilft ein Blick rund zehn Jahre zurück. Damals galt Deutschland als kranker Mann Europas und als Rezept gegen die grassierende Massenarbeitslosigkeit eine Rosskur nach angelsächsischem Vorbild. In der Tat litt Deutschland vor allem unter dem wachsenden Sockel von Langzeitarbeitslosen, die auch in konjunkturellen Aufschwungphasen keine Arbeit fanden.

Sie scheiterten zunehmend an den hohen Eintrittshürden zum Arbeitsmarkt. Die erste Behandlungsmethode, eine Lockerung des hohen Kündigungsschutzes, lehnten Großteile der Politik auch unter dem Druck der Gewerkschaften ab. Am „Normalarbeitsverhältnis“ durfte nicht gerüttelt werden. Also entschied man sich dafür, das Feld der alternativen Beschäftigungsformen zu erweitern, um Arbeitgebern Neueinstellungen schmackhaft zu machen.

Die Therapie half. Deutschland hat heute mit fast 42 Millionen Erwerbstätigen so viele wie nie zuvor, die Arbeitslosenzahl sank unter 3 Millionen. Löhne und Gehälter steigen, Staatskasse und Sozialversicherungen profitieren von sprudelnden Lohnsteuereinnahmen und Abgabenzahlungen. Deutsche Unternehmen üben wieder eine große Anziehungskraft auf ausländische Arbeitskräfte aus, die in Zukunft dringend benötigt werden, um die erwarteten Fachkräfteengpässe abzumildern. Weil erste demographische Folgen schon heute - in Ostdeutschland und für bestimmte Qualifikationen - spürbar werden, horten Unternehmen die Talente von morgen, auch wenn sich das betriebswirtschaftlich nicht gleich rechnet. Viele Unternehmer sind sich ihrer Verantwortung für ihr Personal bewusst.

Deshalb geht von der Dauerdebatte über die angebliche Bedrohung durch „prekäre Beschäftigung“ eine Bedrohung für den Ruf des Standorts Deutschland aus. Auch die scheinbar technisch-neutrale Unterscheidung zwischen „normal“ und „atypisch“ der Statistiker wird der Lebenswirklichkeit der Menschen im 21. Jahrhundert nicht gerecht. Zwar wollen von fast 8 Millionen Teilzeitbeschäftigten rund 1,8 Millionen angeblich gerne mehr arbeiten - ein Potential, das die Wirtschaft nutzen sollte.

Aber was ist mit dem Rest? Sind diese Teilzeitkräfte, in der Mehrheit Frauen, deshalb nicht „normal“? Oder haben sich viele von ihnen bewusst gegen eine Vollzeitstelle entschieden, weil es sich so am besten in ihr Lebensmodell einfügt? Gibt es Menschen, denen Zeitarbeit eine, vielleicht sogar die einzige Einstiegsmöglichkeit in eine unbefristete Vollzeitstelle bietet? Wer entscheidet letztlich, was als normal, atypisch und prekär zu gelten hat?

Man muss kein glühender Anhänger eines „Hire and fire“-Systems amerikanischer Prägung sein, um die schwerwiegenden Folgen für ein Land zu erkennen, wenn großen Teilen der Gesellschaft der Zugang zu überregulierten Arbeitsmärkten verwehrt bleibt. Der Süden Europas liefert derzeit einige tragische Beispiele. Noch gilt dort der deutsche Arbeitsmarkt als Vorbild für gelungene Reformen. Dieser Erfolg darf von der neuen Bundesregierung nicht verspielt werden. Sie sollte stattdessen den Weg einer angemessenen Flexibilisierung weitergehen.

Antideutsch in Italien

Nachricht über Genozidistan

04.09.2013 · Venedigs Kulturstadträtin Angela Vettese wettet gegen Deutschland: Permanente Zerstörungswut und unverrückbare Mordlust stehen auf ihrer Liste. Mit dieser Meinung steht sie in Italien nicht alleine da.

Von [Dirk Schümer](#)

82,47

Was zeichnet uns Deutsche aus? „Sie haben alle fünfzig Jahre versucht, die europäischen Einheitsversuche zu zerstören. Sie haben ununterbrochen Völkermord begangen, von den Wiedertäufer-Rebellen in Münster über die Juden zu den Griechen. Die nächsten sind wir, die Italiener.“ Harte Worte, die nicht von einem nationalistischen Hassflugblatt stammen, sondern von Venedigs Kulturassessorin der Stadt Venedig.

Angela Vettese, eine der renommiertesten Kunstkritikerinnen Italiens, Ästhetikprofessorin einer Mailänder Eliteuniversität, hat nach einem milde kritischen, ins Italienische übersetzten Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ über Venedig ihrem Zorn via Facebook Luft gemacht: „Es ist gut, deutsche Autos zu kaufen, und es ist gut, sich dem neuen Kolonisator zu unterwerfen. So haben wir Italiener es immer gemacht - sich dem Sieger anzupassen, gehört zu unserem Nationalcharakter.“ Der Wutausbruch verschwand nicht schnell genug aus dem Netz, um unbemerkt zu bleiben.

Im Hass mit der Berlusconi-Presse vereint

Inzwischen hat auch das Deutsche Studienzentrum, in einem Palazzo am Canal Grande direkt vom Kanzleramt finanziert, irritiert angefragt, wie die Stipendiaten und Wissenschaftler mit dieser Frau weiter zusammenarbeiten können. In der Tat, mit ihren Geschichtskenntnissen wäre Vettese zwar nicht aufs Gymnasium gekommen; dafür aber stimmt sie mit voller Wucht in den anschwellenden antideutschen Bocksgesang am Mittelmeer ein und zeigt sich als Mitglied einer Mitte-links-Verwaltung einverstanden mit der Hasskampagne der Berlusconi-Presse gegen die vermeintliche Unterjochung durch Germania.

Signora Vettese hat sich für ihren Ausbruch entschuldigt und, um es irgendwie noch schlimmer zu machen, auf ihre besondere Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinde verwiesen - als ob dies die rassistische Charakterisierung der Deutschen als geborene Völkermörder hinterher rechtfertigte. Die vornehme „Comunità Ebraica“ Venedigs schwieg denn auch pikiert. Doch statt, wie inzwischen italienische Politiker, den Rücktritt der unkultivierten Kulturstadträtin zu fordern, sollte man ihr in Deutschland dankbar sein.

Denn Vettese spricht immerhin laut aus, was in Italien viele denken. Was der Euro, dominiert von einem italienischen Zentralbankpräsidenten, wirtschaftlich an weiteren Schäden anrichten wird, ist nicht abzusehen. Was er in den Köpfen der Menschen für den nationalistischen Hass in Europa getan hat, lässt sich längst nicht mehr leugnen.

Alternative für Deutschland

Forsch, frustriert, unberechenbar



Von [Annett Meiritz](#) und [Severin Weiland](#)

Die "Alternative für Deutschland" gilt als große Unbekannte im Wahlkampf. Das wahre Potential der Anti-Euro-Partei können Meinungsforscher kaum einschätzen. Schafft die Truppe den Sprung über die Fünfprozenthürde, gerät das Machtgefüge im Parlament durcheinander.

Berlin - Der [Wahlspot](#) der [Alternative für Deutschland](#) (AfD) kommt so harmlos daher wie eine Brillenwerbung. Empörte, aber sympathisch wirkende Menschen (Vater mit Tochter, Businessfrau mit Zeitung, Radfahrerin mit Einkaufstüte) stellen mit nachdenklichem Blick Fragen. "Warum geht unser ganzes Geld nach Griechenland und nicht in kaputte Straßen und Brücken?", zum Beispiel. Oder: "Warum bleibt Rentnern immer weniger Geld im Portemonnaie? Wer bezahlt die Schulden, die unsere Politiker anhäufen?"

Auch im Straßenwahlkampf bemüht die Partei sich um positive Außenwirkung. Bei einer Demo in Hamburg vor ein paar Wochen blinzelte eine junge Mutter in die Sonne und sagte in eine AfD-Kamera: "Das sind nicht irgendwelche Populisten, die hier mitmachen." Parteichef Bernd Lucke, leger im Polohemd, rief dazu auf, "friedlich zu demonstrieren".

Gut zwei Wochen vor der Bundestagswahl schöpft die Anti-Euro-Partei Hoffnung. In einer Umfrage rückte sie diese Woche [erstmals nah an die Fünfprozenthürde](#) heran. Dabei war es um die AfD zuletzt eher ruhig geworden. Doch dann brachte Bundesfinanzminister [Wolfgang Schäuble](#) (CDU) neue Hilfen für Griechenland ins Spiel. Seitdem steht das Thema wieder auf der Agenda.

Profiteur dieser Aufmerksamkeit könnte im Endspurt des Wahlkampfs die AfD werden. Meinungsforscher warnen davor, die Kleinpartei mit rund 10.000 Mitgliedern schon abzuschreiben. Zusätzliche 2 bis 2,5 Prozent Protestwähler und solche aus dem Unions- oder Linken-Lager seien möglich, meint Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner. "Das kann noch mal spannend werden", sagte er SPIEGEL ONLINE.

Republikaner an Bord

Sollte die AfD tatsächlich den Sprung in den Bundestag schaffen, geriete das Machtgefüge dort durcheinander. Schwarz-Gelb wäre dann wohl keine Koalitionsoption mehr, ein rot-rot-grünes Bündnis wäre ebenso unwahrscheinlich, alles liefe auf eine Große Koalition hinaus.

Bislang ignorieren die etablierten Parteien die AfD demonstrativ. Bloß nicht mit Aufmerksamkeit aufwerten, so die Devise. Intern werden die blauen Populisten mit Bauchgrimmen betrachtet. Denn keiner kann einschätzen, wie eine AfD-Fraktion das Klima im Bundestag verändern würde.

Klar ist, dass die Newcomer-Partei, die sich erst im Frühjahr gründete, Schattenseiten hat. Sie fordert "Einwanderung nach Qualifikation, nicht in unsere Sozialsysteme", was stark an eine Parole der rechtsextremen NPD ("Einwanderung in unsere Sozialsysteme: Wir sagen Nein!") erinnert. Sie plakatiert ganze Straßenzüge mit Slogans wie "Der Euro ruiniert Europa". Ihre Anhänger verbreiten auf Facebook-Seiten und in Foren zum Teil [islamfeindliche und rassistische Kommentare](#) .

Das Verhältnis zum rechten Rand [bereitet der Partei immer wieder Probleme](#). Zwar stemmte man sich von Beginn an gegen eine Unterwanderung durch ehemalige NPD- oder DVU-Mitglieder. Deren Leute, so erklärte Parteisprecher Konrad Adam, seien in der AfD "nicht willkommen".

Mitglieder der Republikaner können allerdings mitarbeiten. Sie müssen sich vorher einer Überprüfung durch die AfD unterziehen. "Das heißt, wenn da jemand angibt, der war, sagen wir mal, in den achtziger Jahren bei den Republikanern, dann reden wir mit dem und gucken, ob der irgendwelche ausländerfeindlichen Gesinnungen hat", erklärt Lucke die Aufnahmepraxis.

Für linksextreme Kreise ist die AfD mittlerweile ein Hassobjekt. Plakate werden abgerissen, jüngst wurde Lucke auf einer Kundgebung in Bremen [von Vermummten tätlich angegriffen](#), offenbar stammten sie aus dem autonomen Spektrum.

Große Unbekannte für Demoskopen

Anders als die tumbe NPD verfügt die AfD über intellektuelle Köpfe, das hilft. Dank Ökonom Lucke, dem Vorstandsmitglied und Ex-Zeitungsherausgeber Alexander Gauland sowie dem früheren Feuilletonisten Adam strahlt sie Reputation ins bürgerlich-liberale und konservative Lager aus. "Mit der AfD zu sympathisieren gilt nicht als sittenwidrig", so drückt es Schöppner aus.

Die AfD nutzt mit ihrem schlichten Anti-Euro-Kurs eine Lücke. Die Kanzlerin will das Thema weitgehend aus dem Wahlkampf heraushalten. Die SPD ist mit ihrer Griechenland-Strategie in einer Argumentationsfalle: Sie hat die bisherigen Euro-Rettungsprogramme mitgetragen. Ihr fällt es schwer, Alternativen anzubieten.

Das provoziert eine diffuse Unzufriedenheit. Laut Meinungsforschungsinstitut Allensbach ziehen acht Prozent der Befragten in Erwägung, die AfD zu wählen. Auch wenn - nimmt man die Werte aller großen Institute zusammen - durchschnittlich nur 2,8 Prozent der Leute wirklich AfD ankreuzen würden.

Für Demoskopen ist eine präzise Prognose zu diesem Zeitpunkt so schwer wie bei keiner anderen Partei. "Die AfD hat keine Stammwählerschaft, da es sie erst seit kurzem gibt. Bei älteren Parteien kann man Schwankungen herausfiltern. Das funktioniert nicht so gut bei solchen, die neu auf dem Markt sind", so Schöppner.

Auf die Frage, wie wahrscheinlich ein Einzug in den Bundestag sei, sagt der Emnid-Mann: "Das kann ich überhaupt nicht sagen."

Marseille : Valls en appelle au « pacte national »

- Par [Christophe Cornevin](#)
- Publié le 06/09/2013 à 19:18

82,50

Alors que [Marseille](#) s'enlise dans une violence endémique qui gangrène le cœur de ses quartiers, [Manuel Valls](#) tente pour la énième fois d'éteindre l'incendie. Le ministre de l'Intérieur n'en fait guère mystère: le rétablissement de la paix dans la Cité phocéenne exténuée par les [fusillades](#) est devenu pour lui un enjeu personnel. Un des marqueurs de son bilan Place Beauvau. «Je serai jugé sur Marseille», a-t-il déjà confié en petit comité, sachant bien que cette situation délétère risque de mettre à mal sa popularité.

Tout est donc bon pour créer l'électrochoc. Alors que la ville a été endeuillée jeudi après-midi par le quinzième sanglant règlement de comptes depuis le début de l'année, le premier flic de France appelle désormais de ses vœux un «pacte national». Une initiative saluée par [François Hollande](#). «Il faudra du temps, des moyens mais il y aura des résultats. Nous le devons aux Marseillais», a déclaré vendredi le chef de l'État depuis le [G 20](#) à Saint-Pétersbourg.

Dans la foulée, non sans avoir pris la précaution de s'entretenir au préalable avec le maire Jean-Claude Gaudin, Manuel Valls a exhorté «l'ensemble des élus» à se mobiliser pour définir un «travail en commun» pour éradiquer le caïdat local. Les responsables politiques de la ville étaient invités à se réunir dès samedi matin à l'occasion d'une table ronde autour du préfet de région Michel Cadot et du préfet de police Jean-Paul Bonnetain.

Asphyxier le marché des stupéfiants

Manuel Valls espère ainsi l'union sacrée mais rien n'est moins sûr tant les élus semblent mitigés sur cette initiative. Si [Jean-Claude Gaudin](#) a donné son «accord» pour «[essayer d'empêcher les voyous d'acheter des kalachnikovs aussi facilement](#)», de vives réserves se sont d'emblée exprimées au sein même de la majorité. «Je ne sais pas trop ce que veut dire ce pacte national, et je crains que l'on assiste à une réunion de plus où les gens se regardent en chiens de faïence, confie la sénatrice (PS) [Samia Ghali](#), qui avait plaidé pour l'emploi de l'armée dans les cités. Je vais venir mais ce ne sera pas pour faire joli sur la photo de famille. À Marseille, les gens ont besoin de concret. Ils en ont ras-le-bol et certains me disent qu'ils se sont armés pour se défendre contre les cambrioleurs et les agresseurs. On peut redouter une montée en puissance de l'autodéfense. Ici, la République est en train de mourir...»

Hasard du calendrier, la grand-messe est programmée un an quasiment jour pour jour après le comité interministériel prônant une «approche globale» pour éradiquer la violence via l'éducation, l'emploi ou encore l'habitat. En clair, pour éviter que les cités théâtres d'opérations coup de poing ne retombent le lendemain ou le surlendemain entre les mains des «narcocaïds», le préfet de [police](#) y déploie, pendant des semaines, une compagnie républicaine de sécurité ou un escadron de gendarmerie mobile. Objectif: asphyxier le marché en verrouillant l'accès aux lieux de deal et en multipliant les [contrôles d'identité](#) des clients potentiels. «Il s'agit de pourrir la vie des trafiquants de [drogue](#) pour reconquérir leur territoire, desserrer l'étau délinquant et redonner de l'oxygène aux habitants», résume un haut fonctionnaire.

Certains Marseillais me disent qu'ils sont armés pour se défendre

Samia Ghali, sénatrice PS des Bouches-du-Rhône

Une fois le quartier «traité» policièrement, les épaves de voitures sont enlevées et les bailleurs appelés à la rescousse pour repeindre les cages d'escaliers et remettre l'éclairage. Les travailleurs sociaux, épaulés par [Pôle emploi](#), prennent ensuite le relais pour recoudre un tissu social souvent en lambeaux. Ce que les techniciens de la Place Beauvau appellent le «SAV», pour «service après vente».

Depuis décembre 2012, 19 des 40 quartiers dits «à risques» ont bénéficié de cette thérapie de choc. Selon un dernier bilan porté à la connaissance du *Figaro*, pas moins de 1300 personnes y ont été interpellées en dix mois, dont un tiers pour des affaires de stupéfiants. Dans le même temps, quelque 340 épaves de voitures ont été enlevées, 200 kg de [cannabis](#) et une [vingtaine de calibres découverts](#).

Parmi les secteurs ciblés figurent des cités emblématiques, comme le Clos-la-Rose ou encore la [Castellane](#), où 1,2 million d'euros ont été saisis cet été en marge d'une opération coup de poing. «J'habite juste à côté et le business est reparti de plus belle», persifle le député européen (EELV) [Karim Zéribi](#). Brocardant lui aussi le «pacte national» défendu par Manuel Valls, le bouillonnant élu vivant toujours dans les quartiers nord se dit «très perplexe» face à ce qu'il nomme de l'«esbroufe politique». «Au moment où Marseille compte deux morts par mois, cette énième réunion en préfecture n'est pas à la hauteur des enjeux, fustige-t-il. Depuis un an, aucune mesure globale n'a été prise pour répondre aux maux profonds de la ville et les crimes ont repris de plus belle, avec des dealers de 15 ou 16 ans qui gagnent jusqu'à 6000 euros par mois...» «Il faut du temps et du rassemblement (...) Je suis convaincu que nous réussirons», a martelé Manuel Valls lors [d'une visite vendredi dans l'Essonne](#). Le ministre, sans cesse rattrapé pendant ses déplacements par le démon marseillais, demande encore «du temps» sachant que le sablier ne joue pas en sa faveur.

Syrien

Krieg der Parlamente

07.09.2013 · Ohne das Parlament geht es nicht mehr - das scheint das neue Dogma des Westens zu sein. Amerika und Großbritannien machen es bei der Syrien-Frage vor.

Von [Reinhard Müller](#)

82,52

Demokratien sind nicht für schnelle Entscheidungen bekannt. Doch sie müssen getroffen werden. Manchmal sind es einsame, harte Beschlüsse, manchmal widersprechen sie auch der Mehrheitsmeinung. So nimmt Deutschland seit vielen Jahren am Afghanistan-Krieg teil; doch nach den Meinungsumfragen steht die Mehrheit der Deutschen dem Kampfeinsatz am Hindukusch konstant ablehnend gegenüber - sie geht freilich auch nicht dagegen in Massen auf die Straße. Immerhin: Kein Nato-Flugzeug darf mit deutschen Besatzungsmitgliedern einen Auslandseinsatz fliegen, und sei es nur zur Aufklärung, ohne dass der Bundestag zugestimmt hätte.

Ganz anders bei unseren westlichen Verbündeten: Von Großbritannien, dem Mutterland des Parlamentarismus, bis zu den präsidentialen Republiken Frankreich und Amerika - überall darf der Regierungschef in der Praxis eigenmächtig Krieg führen, zumindest als Oberbefehlshaber Militäreinsätze anordnen.

Bundesverfassungsgericht weitblickend

Doch nach den jüngsten Entwicklungen mit Blick auf Syrien ist man versucht zu sagen: Das war einmal. In London ersuchte Premierminister Cameron das Unterhaus um Zustimmung - und unterlag. Der amerikanische Präsident Obama will vor einem Angriff, zu dem er sich schon entschlossen hatte, überraschenderweise doch noch den Kongress befragen. Der französische Präsident zeigt sich davon nicht unbeeindruckt.

Man kann in der Tat fragen, wie es auch deutsche Politiker mit Genugtuung tun, ob unsere Verbündeten je wieder hinter diese Praxis der Parlamentsbeteiligung zurückkönnen. Nun schert man sich in Washington oder London wohl kaum um die Feinheiten deutscher Verfassungsrechtsprechung. Doch tatsächlich hat sich das Bundesverfassungsgericht als weitblickend erwiesen, als es - in seiner üblichen Rolle als Reserve-Regierung - im Jahr 1994 aus der Bundeswehr ein Parlamentsheer machte: Just als die weltpolitische Lage sich gewendet hatte und vom wiedervereinigten Deutschland mehr internationales Engagement verlangt wurde, entschied Karlsruhe, dass Auslandseinsätze im Rahmen des Völkerrechts durchaus möglich seien - aber eben nur mit der „konstitutiven, grundsätzlich vorherigen Zustimmung des Deutschen Bundestags“.

Die Existenz des Staates kann auf dem Spiel stehen

Für diese Festlegung lassen sich sogar historische Gründe finden. Schon die Reichsverfassung von 1871 bestimmte, dass eine Kriegserklärung Sache des Kaisers war. Aber er benötigte - außer im Verteidigungsfall - die Zustimmung des Bundesrates. Auch die Weimarer Verfassung band Kriegserklärungen grundsätzlich an ein Reichsgesetz. Bei Lichte besehen, sieht es in den anderen westlichen Demokratien nicht viel anders aus: Der Begriff Parlamentsheer („Parliament's forces“) stammt aus dem England Oliver Cromwells: Die Truppen, vom Parlament ausgerüstet und befehligt, sollten sich so von denen des Königs unterscheiden.

Auch nach der amerikanischen und der französischen Verfassung hat das Parlament das Recht, den Krieg zu erklären. Im amerikanischen „War Powers Act“ von 1973 ist vorgesehen, dass der Präsident den Kongress über jedes militärische Eingreifen genau zu informieren hat und es gegebenenfalls abbrechen muss. Das haben die Präsidenten natürlich oft anders gesehen. Zudem werden Kriege heute in aller Regel nicht mehr erklärt, sondern gleich geführt. Aber es ist kein Zufall, dass die westlichen Parlamente gerade im Streitfall Syrien so gefragt sind. Krieg oder Frieden? Hier kann die Existenz des Staates auf dem Spiel stehen. Das geht alle an.

Im klaren Verteidigungsfall liegt das auf der Hand. Doch Angriffe auf ferne Länder, das Eingreifen in Bürgerkriege oder militärische Aktionen, die auf völkerrechtlich wackeliger Grundlage stehen, erfordern eine besondere Begründung - und Legitimation. Der Bürger will (und muss) wissen, wofür er, wofür sein Land bluten soll - selbst wenn keine Gefahr besteht, persönlich eingezogen zu werden. Damit verträgt sich die Entscheidung einer einzelnen Person oder eines einzigen Organs nicht - und seien sie noch so gut demokratisch legitimiert.

Natürlich darf das Parlament in Einzelheiten der Kriegführung nicht hineinregieren. Das könnte das Ende jedes Regierens in der Krise bedeuten. Amerikanische Präsidenten fürchten ein Mikro-Management von Kriegen durch den Kongress.

Die Parlamentarisierung des Krieges bleibt richtig

Deshalb hat sich auch das Bundesverfassungsgericht bemüht, der Exekutive Raum zu lassen. Doch ohne das Parlament - das scheint das neue Dogma des Westens zu sein - geht es nicht mehr. Diese Entwicklung sollte man aber nicht kritiklos bejubeln. Denn die Parlamente müssen sich dieser immensen Verantwortung auch gewachsen zeigen. So hat es der Bundestag in der Hand, jeden Schritt auf dem Weg der europäischen Integration zu kontrollieren, ja jede Tranche zur Rettung des Euro zu stoppen - und schon damit ist er an der Grenze der Überforderung.

Auch die Kontrolle der Geheimdienste erfordert - ungeachtet aller Spezialisierungen - den ganzen Abgeordneten. Und doch bleibt die Parlamentarisierung des Krieges richtig. Das Volk muss ihn schließlich ausbaden. Die Volksvertreter müssen deshalb Rechenschaft ablegen. In Führer-Staaten geht vieles schneller. Sie sind aber auch schneller am Ende.

Quelle: F.A.Z.

German election diary

The Alternative scenario

Sep 7th 2013, 14:37 by A.K. | BERLIN

82,54



BERND LUCKE, pictured above, is going around Germany telling people to have "courage for the truth", as the slogan behind him says. And what is his truth? That the euro is not working and must be dissolved in an orderly fashion. This is the central goal of the Alternative for Germany, the party Mr Lucke [co-founded earlier this year](#).

Other European countries may have Eurosceptic parties, but in Germany this was considered taboo until this year. When I spoke to Manfred Güllner at Forsa, a leading German pollster, in March, he thought the Alternative would get maybe 1% at best. Mainly we talked about whether it was more likely to draw voters away from Angela Merkel's Christian Democratic Union (CDU), in which Mr Lucke himself was a member for 33 years, or Mrs Merkel's coalition partner, the liberal Free Democrats (FDP), or even the left parties.

Now, though, something has changed. In the profile of its supporters (as opposed to its platform), Mr Güllner told me this week, the Alternative has morphed into a new version of the Republicans, a right-wing party that gained a steady following in the 1980s and 90s and was being investigated for extremist tendencies. Fans of the Alternative tend to be: male, old, educated, well off but not super-rich, religious but without a denomination, disproportionately from Hesse and Baden-Württemberg, and above all extremely pessimistic about the economy.

They are also prone to conspiracy theories, says Mr Güllner. According to some of them, there is a plot to keep them down, and it contains journalists (that would be me) and pollsters (that would be Mr Güllner). The result is that most of the Alternative's supporters refuse to be polled. That in turn means that they are certain to be undercounted.

And here is the consequence: Mr Güllner currently has the Alternative at 4%. Since he suspects that this must be an underestimate, the real percentage must be higher. And the threshold to get into the German parliament is 5%. So as of this week, I'm working on the assumption that the Alternative, an openly Eurosceptic party, could be in the Bundestag after September 22nd.

What does this mean? First, it does not necessarily change the overall odds, which still favour Angela Merkel as chancellor. If anything the resulting math would make a grand coalition between the CDU and the Social Democrats even likelier.

And what else? My gut instinct is that it would give the Alternative a big boost of legitimacy, which it would ride to a much stronger showing in the election for the European Parliament next May. Since people may feel

that the European Parliament does not matter much anyway, they might be especially likely to register a protest vote.

And then? Contrary to what the conspiracy theorists might expect from me, I *cannot say from personal experience* that Mr Lucke or other members/sympathisers of the party I have talked to have right-extremist tendencies. Instead, Mr Lucke uses liberal reasoning to arrive at his Eurosceptic conclusions. And he is very good at this--on talk shows, in press conferences, in interviews. A soft-spoken professor, he can even seem shy. He refuses to be provoked and always keeps it polite. One thing he insists on clarifying is that his "euro-scepticism" is directed at the currency called the euro, not at the European Union (EU). In fact, he feels that you must ditch the euro to *save* the EU.

Some of the other members of the Alternative see that differently. [Beatrix von Storch](#), a former duchess of Oldenburg, told me this week that she is Eurosceptic in both senses, since Brussels over-regulates. That still doesn't sound extremist, if you've recently listened in on Britain's House of Commons, for example.

Ms von Storch, who is an insolvency lawyer and has also sued the European Central Bank for its bond-purchase programme, gives this analogy to what went wrong with the euro:

It is like a football tournament with 17 teams. If one or two members want to change the rules and have a swimming tournament instead, the remaining 15 or 16 teams could still have a good football tournament. But if all 17, for the purpose of staying together, start having a swimming tournament instead Well, then you're no longer playing football! But Ms von Storch's team signed up for football.

You get the drift. It's about rules--above all, the no-bail-out clause, which she feels has been violated. Like many Germans, she draws the analogy to Germany's domestic transfer union between the states, where rich Bavaria gives money to poor Bremen, say. "In all these years, we still haven't fixed Bremen with our transfer union, why should we be able to fix Greece?"

Prepare to hear much more of this reasoning in Germany's next parliament, and then beyond.

Les 15 articles de la charte de la laïcité à l'école

- Par [lefigaro.fr](#), [Caroline Beyer](#)
- Publié le 08/09/2013 à 16:42

82,56

DOCUMENT - Vincent Peillon dévoile demain «la première charte de la laïcité à l'école». Ce texte rappelle, notamment, que les élèves ne doivent pas contester les enseignements d'une matière au nom de leurs convictions religieuses.

Le Figaro s'est procuré un fac-similié de [la charte de la laïcité à l'école](#) qui sera dévoilée demain par [Vincent Peillon](#). Le document comprend 15 articles et sera affiché dans tous les établissements scolaires publics, du primaire au lycée.

1 | La France est une République indivisible, laïque, démocratique et sociale. Elle assure l'égalité devant la loi, sur l'ensemble de son territoire, de tous les citoyens. Elle respecte toutes les croyances.

2 | La République laïque organise la séparation des religions et de l'État. L'État est neutre à l'égard des convictions religieuses ou spirituelles. Il n'y a pas de religion d'État.

•• LA RÉPUBLIQUE EST LAÏQUE ••

3 | La laïcité garantit la liberté de conscience à tous. Chacun est libre de croire ou de ne pas croire. Elle permet la libre expression de ses convictions, dans le respect de celles d'autrui et dans les limites de l'ordre public.

4 | La laïcité permet l'exercice de la citoyenneté, en conciliant la liberté de chacun avec l'égalité et la fraternité de tous dans le souci de l'intérêt général.

5 | La République assure dans les établissements scolaires le respect de chacun de ces principes.

CHARTRE DE LA LAÏCITÉ À L'ÉCOLE

La Nation confie à l'École la mission de faire partager aux élèves les valeurs de la République.

6 | La laïcité de l'École offre aux élèves les conditions pour forger leur personnalité, exercer leur libre arbitre et faire l'apprentissage de la citoyenneté. Elle les protège de tout prosélytisme et de toute pression qui les empêcheraient de faire leurs propres choix.

7 | La laïcité assure aux élèves l'accès à une culture commune et partagée.

8 | La laïcité permet l'exercice de la liberté d'expression des élèves dans la limite du bon fonctionnement de l'École comme du respect des valeurs républicaines et du pluralisme des convictions.

9 | La laïcité implique le rejet de toutes les violences et de toutes les discriminations, garantit l'égalité entre les filles et les garçons et repose sur une culture du respect et de la compréhension de l'autre.

10 | Il appartient à tous les personnels de transmettre aux élèves le sens et la valeur de la laïcité, ainsi que des autres principes fondamentaux de la République. Ils veillent à leur application dans le cadre scolaire. Il leur revient de porter la présente charte à la connaissance des parents d'élèves.

11 | Les personnels ont un devoir de stricte neutralité : ils ne doivent pas manifester leurs convictions politiques ou religieuses dans l'exercice de leurs fonctions.

•• L'ÉCOLE EST LAÏQUE ••

12 | Les enseignements sont laïques. Afin de garantir aux élèves l'ouverture la plus objective possible à la diversité des visions du monde ainsi qu'à l'étendue et à la précision des savoirs, aucun sujet n'est a priori exclu du questionnement scientifique et pédagogique. Aucun élève ne peut invoquer une conviction religieuse ou politique pour contester à un enseignant le droit de traiter une question au programme.

13 | Nul ne peut se prévaloir de son appartenance religieuse pour refuser de se conformer aux règles applicables dans l'École de la République.

14 | Dans les établissements scolaires publics, les règles de vie des différents espaces, précisées dans le règlement intérieur, sont respectueuses de la laïcité. Le port de signes ou tenues par lesquels les élèves manifestent ostensiblement une appartenance religieuse est interdit.

15 | Par leurs réflexions et leurs activités, les élèves contribuent à faire vivre la laïcité au sein de leur établissement.

Cette charte rappelle que «la Nation confie à l'école la mission de faire partager aux élèves les valeurs de la République». L'article 1 stipule que «la France est une République indivisible, laïque, démocratique et sociale», l'article 2 que «l'État est neutre à l'égard des convictions religieuses ou spirituelles». «Chacun est libre de croire ou de ne pas croire», martèle l'article 3, la laïcité de l'école ne visant qu'à les protéger «de tout prosélytisme et de toute pression qui les empêcheraient de faire leurs propres choix», selon l'article 6.

L'article 7 rappelle lui que «la laïcité assure aux élèves l'accès à une culture commune et partagée» et permet, selon l'article 8 «l'exercice de la liberté d'expression». Le texte rappelle en outre que les élèves ne doivent aucunement contester le programme d'une matière au nom de leurs convictions religieuses ou politiques: «aucun sujet n'est a priori exclu du questionnement scientifique et pédagogique», insiste l'article 12. Il est également mentionné que la laïcité garantit l'égalité entre les filles et les garçons et «implique le rejet de toutes les violences et toutes les discriminations». L'article 14 précise enfin que «le port de signes ou tenues par lesquels les élèves manifestent ostensiblement une appartenance religieuse est interdit».

Un texte de commentaire fourni aux professeurs et chefs d'établissement

Le ministre de l'Education nationale présentera le texte dans un lycée de La Ferté-sous-Jouarre en Seine-et-Marne lundi. Plusieurs personnalités politiques, dont l'ancien président du Conseil constitutionnel [Robert Badinter](#), le président de l'Assemblée nationale [Claude Bartolone](#) ou encore le porte-parole du gouvernement [Najat Vallaud-Belkacem](#), seront présentes.

Dans [un entretien accordé](#) au *Journal du Dimanche*, Vincent Peillon précise qu'«un texte de commentaire de la charte, article par article, sera disponible pour aider les professeurs, les CPE, les chefs d'établissement à se l'approprier». Il est vrai qu'en l'état, certains articles restent abscons. L'article 15 par exemple: «Par leurs réflexions et leurs activités, les élèves contribuent à faire vivre la laïcité au sein de leur établissement».

C'est «un rappel du droit, sous une forme pédagogique et pas dans le jargon juridique», a cependant estimé Jean-Pierre Obin, inspecteur général honoraire de l'Education nationale. La charte «peut paraître molle et peu précise» mais «c'est le propre d'une charte qui rappelle des principes généraux et laisse une large place à la négociation», juge Philippe Portier, directeur du groupe société, religion et laïcité au CNRS, en faisant un parallèle avec la «charte pour la laïcité dans les services publics» établie en 2007, qui n'a été que peu diffusée (à part dans les hôpitaux).

Europe's Destructive Creation: Why the Euro's Biggest Problem is the Flawed Crisis Narrative

Author: [William Oman](#) · September 3rd, 2013 · [Comments \(0\)](#) Share This Print 147 61

82,59

William Oman, Economist for Western Europe and Finance & Banking at RGE, argues that a flawed narrative holds back more than just the euro crisis debate.

What are the causes of the eurozone crisis? As basic as this question may be, European policymakers' typical understanding of the causes of the crisis is incomplete at best. As a result, the approach to solving the crisis has been, and continues to be, inappropriate in several ways. If the crisis has one merit, though, it is that it can serve as a pedagogical opportunity to understand the deeper origins of Europe's troubles.

Europe's Great Deception: Disentangling Symptoms and Causes of the Crisis

Since 2009, a flawed crisis narrative has dominated both the media and politics. After the introduction of the euro in 1999, the dominant diagnosis goes, profligate Southern European countries took advantage of the low interest rates resulting from being thrown into a union with a credible, inflation-averse Germany to embark on private and public spending binges. This caused wages and prices to get out of hand and a decline in competitiveness of Southern European economies vis-à-vis their Northern European neighbors. Southern Europe then reaped the fruits of this irresponsibility when the global financial crisis broke out in 2008.

Given this diagnosis, many Germans understandably feel that "if we were able to do it, southern Europeans should be able to do it too." In other words, if Germans tightened their belts, their Southern European neighbors should be able to do so too.

The conclusion—which is heralded by German policymakers, notably Angela Merkel—that follows from the flawed narrative is that Southern European countries need to slash public deficits and reduce labor costs, notably via "structural reforms" aimed at increasing the flexibility of their labor markets. The idea is that these measures will in time restore Southern European countries' public debt sustainability and competitiveness.

Not only does this narrative distort European leaders' thinking about how get out of the crisis, it threatens the continent's longer term prospects by providing justifications for negative-sum policies. Europe's biggest problem isn't economic or political—it is cognitive.

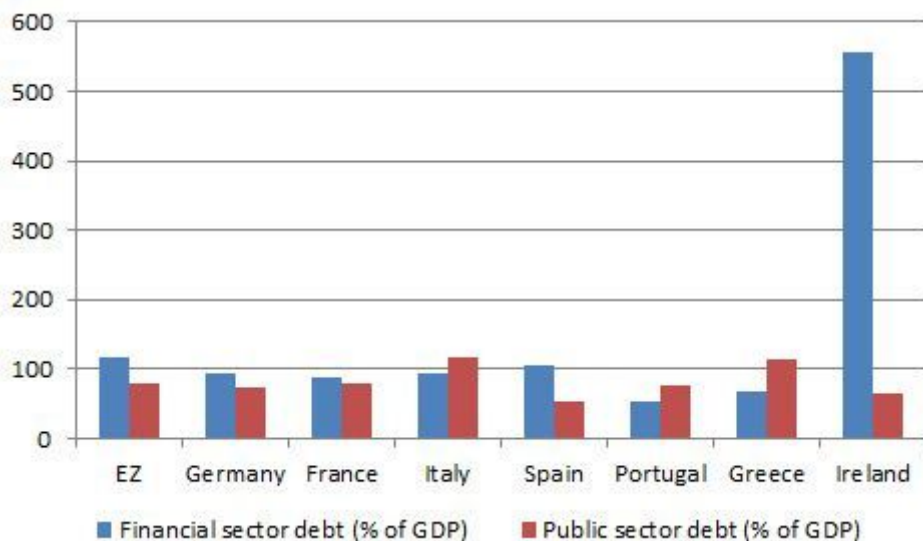
The dominant narrative, summarized above, ignores several aspects of the euro's history. In particular, it turns a blind eye to two crucial elements of the eurozone's institutional DNA: on the one hand, the initial differences in industrial structure that characterized Southern and Northern eurozone countries prior to the creation of the currency area and that made industrial divergence inevitable once these countries were thrown together in a currency union; on the other hand, the wave of financial integration that swept over the continent following the creation of the euro, and which accelerated the industrial divergence among the countries, despite European elites' belief that it would do the opposite.

Blaming lazy and profligate Southern Europeans for their economic woes is convenient and plays to all kinds of clichés. To be sure, the governments of so-called periphery eurozone countries deserve their share of blame for the corruption and lack of regulation that allowed real estate bubbles to emerge in the 2000s. Yet the deeper origins of the crisis are to be found first and foremost in factors that were beyond periphery countries' control. Namely, the huge financial flows that took place after the creation of the euro and the single financial market, and which national governments alone could do little to avoid. The development of eurozone financial markets must be set against the backdrop of the process of financial globalization that took place starting in the 1980s.

The data give a good idea of just how important these financial forces were in causing the euro crisis. They show that the debt that grew the fastest in the 2000s was not public debt, as many politicians and pundits would have you believe, but private—and particularly financial—debt. This debt fueled housing bubbles in Spain and

Ireland that wrecked so much havoc on these economies and, through contagion and the subsequent weakness of the entire European banking system, on the entire eurozone.

One chart (see below) clearly illustrates this: the most egregious sign of financial excess following the creation of the single currency is the astounding growth in financial sector debt in Ireland, which, by 2009, had grown to over 500% of GDP (Luxembourg was in a similar situation, although thanks to the absence of a housing frenzy, it did not suffer the same fate as Ireland).



(Source: National statistics, ECB / Note: Data are for 2009)

What is the flipside of these excesses, which grew between 2000 and 2008? The most important is the huge growth of Europe's newly unified banking system. The cross-border financial flows from (mostly) German, French and British banks to banks and borrowers in Spain, Ireland and other countries helped Germany continuously improve its export competitiveness and Southern Europe to deindustrialize without facing a loss in living standards—until 2008.

A consequence of these dynamics is the economic success of Germany, reflected in its very low sovereign bond yields and unemployment and very high current account surplus today. The country's economic trajectory is in fact quite remarkable: in 1999, *The Economist* famously coined the expression "Europe's sick man" to describe Germany; by 2013, the magazine had re-baptized Germany "Europe's reluctant hegemon."

What accounts for this upgrade? Three points should be made.

First, Germany benefited from improved price and non-price competitiveness. Germany has a centuries-old manufacturing tradition and so it started from a strong "structural" competitive position: it has a deep industrial base, a tradition of employer-trade union cooperation, high-quality vocational training programs, and extensive know-how, notably in manufacturing goods that face high demand from emerging manufacturing giants such as China (e.g., machine-tools).

Second, the integration of satellites (Eastern European economies) into Germany's vertical production chain helped Germany increase its competitiveness. Two forces were at work. First, the "home effect" identified by Paul Krugman in 1979: a country that produces more manufacturing goods than its home market can absorb will tend to become a net exporter of that good. Second, the "lock in" effect: a country that develops an advantage will, through path dependency, tend to maintain and increase that advantage.

These two forces caused the re-industrialization of Germany and its satellite countries in Eastern Europe, as well deindustrialization in Southern Europe and France. These dynamics were largely ignored by European policymakers, especially in the Lisbon Strategy of the year 2000, which envisioned the free movement of capital leading to increased labor productivity and competitiveness in Southern Europe, rather than bubbles,

inflation and deteriorating current accounts, as would make sense given Germany's superior structural competitiveness.

Finally, European policy makers made a grave mistake by failing to endow the newly created currency union with strong regulatory capabilities at the pan-eurozone level. The Lamfalussy process indeed ensured that the coordination of national regulators would remain loose at best. Together with the deregulation of the financial system that preceded and followed the creation of the euro, the rules of the game were set to incentivize German banks to recycle German savings in Ireland and Spain. It should come as no surprise, then, that private debt surged and bubbles emerged in several periphery economies. One of the principal causes of the crisis, therefore, is not profligacy per se, as many politicians believe and argue, but rather the very structure of the eurozone financial system, and the lack of appropriate regulatory powers at the eurozone level.

The tragedy is that not only does the flawed narrative that permeates the euro crisis debate provide the justification for inappropriate policies throughout the region, it is gradually destroying the human capital and hopes of an entire generation of young Europeans—sapping the very foundations of Europe's future prosperity.

- See more at: <http://www.economonitor.com/analysts/2013/09/03/europes-destructive-creation-why-the-euros-biggest-problem-is-the-flawed-crisis-narrative/#sthash.hOOSVIQN.dpuf>

The ECB's OMT Programme and German Constitutional Concerns

by [Guntram B. Wolff](#) on 29th August 2013

82,62

In June 2013, the German constitutional court (Karlsruhe) debated the legality of the European Stability Mechanism (ESM) and the European Central Bank (ECB)'s Outright Monetary Transaction (OMT) programme. After the court had preliminarily approved the ESM in September of last year, Karlsruhe is now evaluating the scope and boundaries of the ECB's monetary policy mandate and the OMT programme and its consequences on the budget right of the Bundestag. While it is very unlikely, the court, in theory, could force the German government to bring the ECB to the European Court of Justice or, even more dramatically, it could request Germany to leave the eurozone as the former constitutional court judge, Udo di Fabio argued in a recent study.

So how should the ECB's programme be evaluated? Is the ECB acting beyond its mandate? Are the potential fiscal consequences of the OMT programme a relevant dimension for the constitutionality of the OMT programme? Or is the OMT programme without fiscal consequences?

read article p 26

La charte sur la laïcité remporte une large adhésion politique

Le Monde.fr avec AFP | 09.09.2013 à 19h11 • Mis à jour le 09.09.2013 à 19h12 | Par [Philippe Euzen](#) 82,63



En installant [la première charte laïque à l'école](#), lundi 9 septembre, à La Ferté-sous-Jouarre (Seine-et-Marne), le ministre de l'éducation nationale, Vincent Peillon, a cru bon de [souligner](#) que la laïcité est "un combat non pas pour [opposer](#) les uns et les autres, mais un combat contre ceux qui veulent [opposer](#) les uns et les autres". Une définition qui lui permet, dans un même élan – bien que son texte remporte une très large adhésion dans la classe [politique](#) –, de répondre aux tenants d'une laïcité offensive, et de [rassurer](#) les communautés qui pourraient se [sentir](#) stigmatisées par ce texte.

UNE DÉMARCHE "PLUTÔT INTÉRESSANTE"

Pour la candidate à la mairie de Paris, **Nathalie Kosciusko-Morizet**, invitée de France Bleu Paris, lundi 9 septembre, "cette démarche est plutôt intéressante". "Le mot laïcité est très présent dans le discours politique mais c'est un mot pas très facile, pas très facile pour les enfants et parfois pour les adultes. Lorsqu'il y a eu le débat sur l'identité nationale, l'une des conclusions avait été de [dire](#) qu'il y aurait un code de la laïcité notamment à l'égard des élus, j'avais trouvé ça bien aussi."

Le président de l'**UDI**, **Jean-Louis Borloo**, déclare quant à lui, sur France Inter, que c'est "un bon texte". "C'est un rappel de principes qui me paraît opportun". "Ils ont évité les pièges principaux, ce n'est pas donneur de leçons et je pense que c'est un bon texte", ajoute l'ancien ministre.

Plus mesuré, **Luc Chatel**, estime que "c'est un pas dans la bonne direction mais [que cela] ne changera pas forcément les choses".

Robert Badinter, ancien président du Conseil constitutionnel et ancien garde des sceaux, a estimé que "la laïcité fait partie de l'ADN de la République". Et **Jean-Louis Bianco**, président de l'Observatoire de la laïcité, a relevé qu'à "plus de 100 ans, elle est incroyablement moderne". La charte à l'école "ne résoudra pas tous les problèmes. Mais les gens ont besoin de repères, qu'on rappelle les principes qui ne sont pas si bien connus que cela", a dit M. Bianco. "Et on a besoin de [rechercher](#) des solutions qui vont dans le sens de l'apaisement, du [vivre](#) ensemble, qui mettent l'école à l'écart des violences qui traversent notre société".

Le défenseur des droits, **Dominique Baudis**, a décidé de [saisir](#) le Conseil d'Etat afin d'[obtenir](#) des "clarifications nécessaires" sur l'application du principe de laïcité. "Il est urgent de préciser la 'règle du jeu'", explique-t-il. Ciblant deux points en particulier : "les collaborateurs bénévoles ou occasionnels du service public", M. Baudis donne l'exemple des mères voilées accompagnant les enfants lors de sorties scolaires, et les "salariés du secteur privé agissant en lien avec les pouvoirs publics", citant l'exemple des crèches privées.

UN "GADGET" POUR LE PARTI DE GAUCHE

A l'opposé des déclarations du Conseil français du culte musulman (CFCM) qui a vu dans ce texte des "allusions" à l'[islam](#) qui risquent de [renforcer](#) le sentiment de "stigmatisation", la présidente du [Front national](#) (FN), **Marine Le Pen**, déplore, dans un communiqué, "qu'aucune mesure véritable n'a été annoncée pour [lutter](#) concrètement contre les avancées du communautarisme". "La laïcité n'est plus à écrire, elle est à faire" en raison du "développement inquiétant du communautarisme et des revendications politico-religieuses", ajoute-t-elle.

"La laïcité n'est pas une valeur qui se proclame, c'est un concept qui se décline concrètement par des prises de décisions courageuses", estime **le Parti de gauche** dans un communiqué. La charte est présentée comme un "gadget" qui ne doit pas [faire](#) oublier les décisions concrètes. La formation de [Jean-Luc Mélenchon](#) plaide ainsi pour le rétablissement de la gratuité de l'éducation ou encore pour la récupération des "18,7 % du budget de l'éducation nationale qui partent chaque année dans les écoles privées".

Pour [Pierre Dharréville](#), Responsable de la commission démocratie au PCF, "la laïcité appelle à une plus grande ambition". Il estime que la charte "a le mérite de [rompre](#) avec l'escalade permanente de ces dernières années. On pourra [discuter](#) la légitimité de ce texte mais il semble [viser](#) un objectif d'apaisement que nous partageons".

Integration Case

Court to Rule on Swim Lessons for Muslim Girls

By Matthias Bartsch, Dietmar Hipp and Maximilian Popp



A German court will rule Wednesday whether Muslim girls can be exempted from co-ed swimming lessons, an issue that has sparked many disputes. The judges must decide what takes precedence: freedom of religion or the state's obligation to educate all.

Aisha, a 13-year-old schoolgirl, is actually an ideal student in the eyes of German politicians who advocate the integration of people from other cultures. Her parents moved to Germany from Morocco; her father is a tradesman and her mother is a housewife. Aisha (not her real name) attended school until the age of eight in Morocco, yet she still managed to do well at Helene Lange High School in Frankfurt. She received top grades in math, English and German. When she grows up, she wants to become a doctor.

Yet for a number of years her family has been locked in a dispute with the central German state of Hesse. This case is about whether Aisha, who has been raised according to the Muslim faith by her parents, can be forced to attend mixed swimming classes with boys. In a broader sense, though, it has to do with the relationship between the state and religion.

This Wednesday, the judges of Germany's Federal Administrative Court in Leipzig, the country's highest court for public and administrative disputes that don't concern the constitution, will examine the case. According to the court, it is necessary "to clarify the conditions under which a pupil, based on his or her basic right to freedom of religion, can, on an individual basis, be exempted from the obligation to attend a school event." The judges will have to make a fundamental decision between the individual's constitutional right to freedom of religion and the state's constitutional obligation to educate all children.

Conflicts repeatedly arise between families and schools when boys and girls are to attend co-ed swimming classes. According to a survey conducted on behalf of the German Islam Conference, a forum of dialogue between Muslim groups and the government, seven percent of Muslim girls don't attend co-ed swimming lessons, and roughly half of their families give religious reasons for this absenteeism. What's more, 10 percent of the girls don't take part in class trips where children spend nights away from home.

In extreme cases, this can mean the children are not allowed to attend certain schools. In the state of North Rhine-Westphalia, for example, middle schools, high schools and secondary schools are allowed to make a child's acceptance dependent on whether the parents consent to their son or daughter attending co-ed swimming

classes. In the northern German state of Lower Saxony, a father recently pulled his daughter out of high school because she wasn't excused from swimming classes.

Conflicts over the point where the state's duty to educate children takes precedence over the right to exercise freedom of religion are not just limited to Muslims. This Wednesday, the judges of the Federal Administrative Court will also consider a lawsuit filed by Jehovah's Witnesses who object to their son having to watch the film "Krabat," based on a book by German children's books author Otfried Preussler, because the story involves black magic.

School Turned Down Family's Request

Aisha's high school is located in the Frankfurt district of Höchst, an old industrial part of town, where over 80 percent of the students come from immigrant families. Many of them are Muslims. When she entered the fifth grade in August 2011, co-ed swimming was already on Aisha's school schedule. Her parents applied for her to be excused from swimming lessons -- and included a pamphlet from a religious association called Islamischer Verein e.V., which stated that Muslim schoolgirls were "not allowed" to take part "in mixed swimming classes and physical education."

School officials turned down the request. Aisha skipped co-ed swimming classes, causing her to flunk physical education on her half-year report card. But she managed to squeeze by with the lowest possible passing grade on her final report card by attending normal gym classes: nearly completely covered from head to toe in a pair of long pants, a shirt with long sleeves and a headscarf.

She could dress similarly for swimming classes. A number of other girls at Aisha's school wear full-length bathing suits called burqinis, which only expose the face, hands and feet. As a rule, the schools usually manage to agree on this or a similar solution by discussing the matter with the parents, says Harald Achilles, a spokesman for the Hesse state Education Ministry.

But Aisha and her family also reject the burqini. The girl says she feels deeply embarrassed when she sees boys with naked upper bodies. What's more, the burqini is "an ugly plastic bag," says the family's Frankfurt lawyer, Klaus Meissner, who contends that the full-body swimsuit leads to ridicule and isolation, making integration even more difficult.

"A modern immigration society has to show consideration for religious sensitivities," argues Meissner, adding that "exempting a devout girl from swimming classes by no means creates a parallel world." Meissner also points out that in the strongly Catholic southern German states of Baden-Württemberg and Bavaria physical education classes for students in upper grades are separated according to gender.

'We Will Continue to Insist on Compulsory Attendance'

The principal of Aisha's high school rejects the idea, though, and Hesse Minister of Education Nicola Beer, who is a member of the business-friendly Free Democratic Party (FDP), the junior partner in Merkel's ruling coalition, agrees: "Even schoolgirls of the Muslim faith have to take part in physical education and swimming classes," she insists, adding: "We will continue to insist on compulsory attendance for all children."

It was 20 years ago, in August 1993, that the Federal Administrative Court exempted a 12-year-old Muslim girl from attending physical education classes if they were not held separately for boys and girls. But times have changed and today many courts have distanced themselves from this position. They now require Muslim girls to at least attend swimming classes dressed in a burqini.

For instance, the Düsseldorf Administrative Court issued the following ruling in the case of a sixth grader in the spring of 2009: The contours of her body could be perceived "only vaguely and thus with no negative impact" underwater, at least when wearing a burqini, the court wrote, noting that the plaintiff could wear a bathrobe at the edge of the pool and change her clothes in a private cubicle. Furthermore, the court ordered the school to make full use of "all pedagogical and organizational options" to prevent a stigmatization.

In Aisha's case, both the Frankfurt Administrative Court and the Hesse Higher Administrative Court have rejected the bid for an exemption -- and decided that the girl will have to tolerate the sight of her fellow male students wearing swimming shorts. According to these courts, an encroachment on the right to freedom of religion is justified here by the state's educational goals.

Mathias Rohe, an Islamic law expert in the Bavarian city of Erlangen, concurs with this approach -- and sees it as a sign of normalcy. Years ago, when relatively few Muslims lived in Germany, it was possible to make exceptions to the rules, says Rohe, "but now Islam has become part of Germany -- with all the rights and obligations that this entails," hargues.

World from Berlin

Germany's 'Cowardly Position' on Syria

As Western leaders scramble to find a common stance on the crisis in Syria, Berlin's back and forth on the issue has become embarrassing, the German press writes on Monday.

Washington continues to try and convince US citizens and the world that limited military action is needed in reaction to Syria's alleged use of chemical weapons, but resistance to the idea appears to be growing.

With Congress set to vote as early as Wednesday on authorizing limited strikes on [Syria](#), President Barack Obama and administration officials have scheduled a media offensive for Monday that will include meetings with skeptical lawmakers and a national television address from the White House. Secretary of State John Kerry also met with his British counterpart William Hague in London, repeating US claims that it has strong evidence to prove that Syrian President Bashar Assad used poison gas against his own people, which Assad continues to deny. The only way Damascus could prevent a military strike would be to turn over these weapons within a week, Kerry said, adding that such a move was highly unlikely.

In Europe, discussion has been focused on the [G-20 summit](#) in St. Petersburg on Friday, when Germany declined to sign a joint declaration on Syria. After the German delegation left, the US and 10 other countries signed the document, including the four European G-20 members Britain, France, Spain and Italy. Germany's failure to fall into line with these countries is widely seen as a [diplomatic blunder](#), and one that Merkel and German Foreign Minister Guido Westerwelle rushed to correct the next day. Berlin agreed to sign a similarly worded statement calling for a "clear and strong response" to Syria on Saturday after it was agreed by foreign ministers from the EU's 28 member states in Vilnius. Merkel, who is trying to avoid scandal just two weeks ahead of national elections, explained the delay by saying that Germany had first wanted to establish a common EU position on Syria.

On Monday, Merkel's spokesman Steffen Seibert once again defended Berlin's actions. "Germany wanted to do everything to ensure that Europe appeared to have a unified position and voice on the Syria conflict," he said. Berlin was not "in disagreement" with the content of the G-20 agreement, he added. "We had a different understanding of the right procedure."

The opposition Social Democratic Party has accused Merkel of disgracing the country on the matter. "Merkel made sure that Europe's largest country is rudderless and lacking a position on foreign policy," SPD general secretary Andrea Nahles said on Monday, calling the situation "embarrassing."

The German press on Monday also laments the situation in Syria, as well as Berlin's response, which some papers call "helpless":

Leftist daily **Die Tageszeitung** writes:

"For fear of once again being branded a deadbeat on the global stage, the European Union has -- in its own words -- agreed on a 'clear and strong response' to the use of poison gas in Syria. The German Chancellor has referred to it as a 'signal of inestimable meaning.' These noble words give the impression that Europe has competently and decisively tackled one of the most difficult foreign policy issues in recent times. But this self-congratulatory stance stinks to high heaven."

"In plain language, nothing is going to happen -- not on the part of the European Union, nor on the part of Germany. The country's ridiculous decision only to sign the G-20 statement on Syria if other EU member states

did so too was the ultimate embarrassment. Germany has taken a cowardly position, and has its tail between its legs at the very moment that leadership is required. A closer examination of Europe's response to Syria reveals that its position is nothing but hot air."

"World leaders seem to be convinced of the fact that a continuation of civil war in Syria is preferable to military escalation, the consequences of which are totally unforeseeable. European politicians lack the courage to express this truth, however, because then they would have to acknowledge their own impotence and failure."

Conservative daily **Die Welt** writes:

"The longer the execution of Obama's stated commitment to military action in Syria is postponed, the higher Assad's chances are of getting away with these atrocious crimes against humanity -- the use of chemical weapons on civilian men, women and children. With every passing day, the danger of the international community simply growing accustomed to the crimes is growing."

"The success of 'limited' military action against the Syrian regime has rightly been met with widespread skepticism. The fact that the democratic world has remained inactive for so long means that putting the Assad regime in its place and preparing for a new political order has become significantly more difficult. The horror scenario of the Syrian opposition being taken over by Jihadists is playing into the hands of Assad, who is positioning his government as the lesser of two evils. Even if one agrees with the former German ambassador to the US, Wolfgang Ischinger, that military intervention is the second worst option, then surely the worst option is leaving Assad unpunished. Not only would the international community be exposing Syrian civilians to further attacks with weapons of mass destruction -- the West would also have to say goodbye to the prospect of a civilized political order in Syria."

Center-left **Süddeutsche Zeitung** writes:

"What the G-20 nations failed to achieve in St. Petersburg, the European Union foreign ministers managed 24 hours later in Vilnius, Lithuania. Usually chronically at odds, the ministers from the 28 member agreed on a common approach to the Syrian crisis. This is a great success."

"Europe is now united behind the United States -- at least in terms of a clear and strong response from the international community to the poison gas attacks in the suburbs of Damascus. This is an unexpectedly strong signal."

"At the same time, the Europeans are demanding the maximum political and substantive legitimacy of any reactions to the use of chemical weapons, which is also right. Their governments can only expect public understanding for a military retaliation if citizens are presented with independent evidence of the use of chemical weapons and the United Nations exhausts all of its options."

"With their demonstrative agreement, the European ministers have certainly bought themselves time, because beneath the surface smolders another conflict: What is the actual European position on military retaliation? There is no discussion, not to mention any agreement, about whether they will support this."

Conservative daily **Frankfurter Allgemeine Zeitung** writes:

"Some problems solve themselves over time, and others get bigger the longer action is delayed. So it is with the question of how (and when) the United States will respond to the use of poison gas in the Syrian civil war. Obama's hesitation means that the concerns about a US retaliatory strike are growing. The population is tired of war, and it remains uncertain whether he can convince the House of Representatives to take this course. Internationally, his tentatively adopted course is being interpreted as weak leadership that reinforces existing doubts. Strictly speaking, the declaration signed by 12 states at the G-20 summit, and then approved by EU foreign ministers the next day, is a minimum consensus. It demands a 'clear and strong response' without express reference to military means. That Berlin, along with the other EU member states, did this a day after the G-20 creates a formal dissonance, but isn't a deviation. This was actually the position on the matter taken by Chancellor Merkel and Foreign Minister Guido Westerwelle from the outset Meanwhile, each passing day

of domestic dispute over the issue increases doubts about America's role as an international peacekeeping power."

Left-wing **Berliner Zeitung** writes:

"One of the most respected and economically strong countries in the world is ducking out when it comes to the search for a way out of the Syrian disaster -- that's the impression being given. Nobody knows what the German position is. The government said there must be consequences for the Syrian leadership if it gave the order for the poison gas attack. But it doesn't say what kind of consequences. It doesn't want to take part in a military strike. And it's unknown if it would politically support such a step by the US."

"The Chancellor's embarrassing maneuvering surrounding the G-20 statement on Syria at the weekend exposed the complete aimlessness of German foreign policy. The only thing discernable in this zigzagging is Merkel's style of policymaking. Don't commit yourself too soon, wait to see where the wind's blowing from. That's a problem when the wind keeps changing. And it's annoying when, as now, her ghostly political style is revealed for everyone to see."

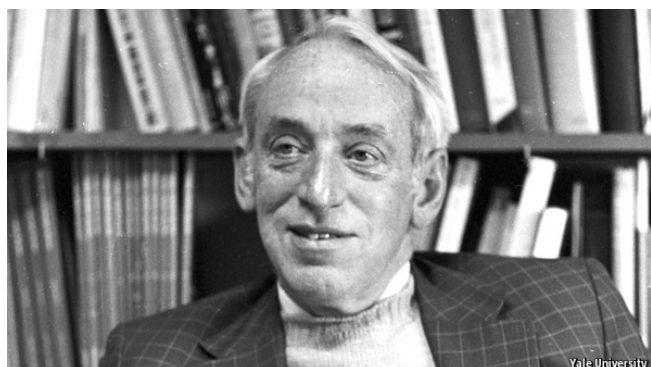
Kristen Allen

The Economist explains

Do Tobin taxes actually work?

Sep 9th 2013, 23:50 by C.R.

82,71



ON SEPTEMBER 2nd Italy became the first country in the world to extend its financial-transaction tax to high-frequency share trading. The Italian government hopes the tax will stabilize markets, reduce financial speculation and raise revenue for the government, as do [ten other Eurozone countries](#) considering similar policies. Such levies have been dubbed “Tobin taxes” after [James Tobin](#) (pictured), a Nobel Laureate in economics, who in 1972 first suggested taxing financial transactions. But do [Tobin taxes actually work](#)?

Tobin originally put forward his idea in a very different context to that faced by the Italian government today. He promoted it as a way of stabilizing currency markets after the Bretton Woods system of fixed exchange rates collapsed in 1971. His proposed tax on currency exchanges was intended to curb de-stabilizing capital flows across borders. **Tobin envisaged a global tax, which was impossible to avoid by moving financial markets offshore.** The proceeds would be donated to developing countries. **But today Italy is implementing the tax on its own in a very different context. Its problems include a debt crisis, an uncompetitive economy and a weak banking sector, rather than exchange rate instability. The aim is not only to reduce stock market volatility, but to use the extra revenue to reduce Italy’s budget deficit.**

The evidence to support Tobin taxes is thin on the ground, however. Most academic studies generally agree that they may not necessarily decrease volatility in financial markets. An experimental study in 2010 by researchers at the University of Innsbruck suggested that a global Tobin tax would have little impact on volatility. **And there is not much evidence at all that unilateral Tobin taxes work.** Although large markets might see a fall in volatility, smaller markets would see a rise due to a fall in liquidity. Even Barry Eichengreen, a supporter of Tobin’s original proposals, [now argues](#) that a European Tobin tax may prove a “distraction” that allows systemic risks and instability to increase in other areas. For instance, according to Harald Hau, an economist at the Swiss Finance Institute and the University of Geneva, “credit misallocation” in the economy as the result of distorting equity and bond prices may make life difficult for small and medium sized business that cannot raise finance from abroad. **In practice Tobin taxes imposed unilaterally have proved unsuccessful as markets have moved abroad to avoid them. Sweden’s experiments in the 1980s with a transaction tax on shares, equity derivatives and fixed-income securities ended in failure as activity moved offshore to avoid the levies. In the first week of the fixed-income tax bond trading volumes fell by 85%; the amount eventually raised from the tax averaged only about 3% of what was predicted. By 1990 over 50% of Swedish equity trading had moved to London.**

Similar difficulties may lurk in Italy. *Il Sole*, a financial daily, has [reported](#) that Italian traders are beginning to move their residency to Malta, which has excluded itself from any such proposed tax. This suggests that the Italian government may not raise as much revenue as it originally thought. **However, by not extending the tax to bonds, the Italians have attempted to avoid the pitfall identified by the International Monetary Fund that a tax on trading government bonds might increase the cost of public borrowing.** This would have been disastrous for Italy, a country faring badly in the European sovereign-debt crisis. But has it avoided all the potential adverse effects of the policy? Current academic opinion suggests that this is unlikely. The rest of Europe will no doubt be watching closely.

Die Polen haben jetzt schon genug

Kein Land hat sich so nach Europa gesehnt wie Polen. Doch jetzt stehen die Zeichen auf Renationalisierung. Was Verteidigung, Energie und Euro angeht, will Polen eher Souveränität statt Solidarität. Von Gerhard Gnauck



Foto: REUTERS Ein Solidarnosc-Poster schenkte Präsident Bronislaw Komorowski (r.) im März 2012 Bundespräsident Joachim Gauck, dessen erste Auslandsreise nach Polen führte. Heute beschäftigt sich Deutschland mehr mit Südeuropa als mit seinem östlichen Nachbarn. Und Polen setzt mehr auf Souveränität als auf Solidarität [Bild teilen](#)

Eigentlich müssten die Großenkenner, die glauben, in ihrer Kristallkugel für Europa den Pfad in die Zukunft zu erkennen, aufschreien. Oder sich zumindest gegenseitig in den Oberarm zwicken. Auguren wie [Jürgen Habermas](#), [Robert Menasse](#) oder [Daniel Cohn-Bendit](#), die auch in der gegenwärtigen Krisenzeit zu "Mehr Europa!" raten, müssten verunsichert sein. Sofern 1989 nicht spurlos an ihnen vorübergegangen ist, müssten sie sich den Kopf zerbrechen darüber, was derzeit in Polen geschieht.

Da hat nun dieses Land, das – wagen wir die These – sich mehr als alle anderen nach der Wiedervereinigung Europas gesehnt und dafür gekämpft hat, seit sechs Jahren eine, wie man so schön sagt, "proeuropäische" Regierung.

Und eine ebensolche Bevölkerung: Hier wurden Projekte mit Brüsseler Stempel lange Zeit sehr ernst genommen. Selbst die EU-Verfassung, die bekanntlich in Frankreich und den Niederlanden via Referendum gekippt wurde, hätte in Polen, allen Umfragen zufolge, eine klare Mehrheit gefunden.

Und ausgerechnet in diesem Musterländle, ausgerechnet in dieser Regierung machen sich Tendenzen der Renationalisierung bemerkbar. Wenn sogar die Polen klammheimlich von der Fahne gehen, ist dann das Projekt Europa nicht verloren?

Drei Felder der Renationalisierung

Auf mindestens drei Feldern ist diese Renationalisierung klar zu erkennen. (Ob Warschau damit in der EU ein Vorreiter ist – oder nur nachholt, was die "alten" Hauptstädte vorgemacht haben, lassen wir dahingestellt sein.) Diese drei Felder sind die Verteidigung, die Energiepolitik und die Frage der Euro-Einführung.

Deutlich hat Präsident Bronislaw Komorowski verkündet, mit der "Expeditionspolitik" des letzten Jahrzehnts (Irak, Afghanistan) müsse für Polen Schluss sein. Ab jetzt habe wieder die traditionelle Landesverteidigung Vorrang – nicht am Hindukusch, wo dieser Tage der 43. polnische Soldat sein Leben ließ, sondern an der Weichsel.

Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak steuert dazu die Details bei, die Einkaufsliste der Streitkräfte ist lang: Für die F-16-Jets sollen Luft-Boden-Raketen angeschafft werden, 70 neue Kampfhubschrauber müssen her, neue Schiffe, kleine Drohnen. Polen müsse wieder "Krallen" haben, heißt es ganz offiziell. Man könnte es Wiederbewaffnung nennen. Diese Modernisierung der Streitkräfte soll im kommenden Jahrzehnt umgerechnet 32 Milliarden Euro kosten.

Wenn man kräftig aufrundet und eine Null dranhängt, kommt man auf die Summe, die Russland in diesem Zeitraum in neues Kriegsgerät investieren will. Zwischen beidem besteht vermutlich – wenn auch unausgesprochen – ein Zusammenhang. So ist Polen eines der wenigen Länder, die mit ihrem Verteidigungshaushalt jenes Sollziel erreichen, das sich die Nato-Partner einst gegenseitig versprochen hatten.

Warschauer Veto gegen Brüssels Energiepläne

Energie und Klima: Längst ist auch dieses Terrain zu einem Feld scharfer Machtkämpfe geworden. Zwar hat nach den zwei russisch-ukrainischen "Gaskriegen" auch die EU mit ihrem entsprechenden Regelwerk begonnen, Energiesolidarität wirklich ernst zu nehmen.

Aber wenn der Eindruck nicht täuscht, orientieren sich Polen und manche seiner Nachbarn zunehmend in Richtung Energiesouveränität. Schiefergas, Flüssiggas und Pläne für neue Kohle- und Atomkraftwerke sind hier die Stichworte. Um die Kohle rentabel zu halten, blockierte Warschau zweimal mit seinem Veto die Fortschreibung der EU-Klimabeschlüsse. Energie und Klima sind heute zwischen Polen und Deutschland das größte Streitthema.

Schließlich der Euro: Zwar haben sich die 2004 und später beigetretenen EU-Länder damals (ohne Datum) verpflichtet, eines Tages diese Währung einzuführen. Aber der Lack des Euro ist ab, bis auf Weiteres zumindest; die sonst so "proeuropäischen" Polen wollen ihn mehrheitlich nicht.

Und die dafür nötige Verfassungsänderung ist bei den Mehrheitsverhältnissen im Parlament derzeit nicht durchzubekommen – und nach den Wahlen von 2015 womöglich auch nicht. In Ungarn und Tschechien herrscht in dieser Frage ebenfalls Stillstand – was nicht im Mindesten tröstet.

Ernüchterung über die USA

So kommt die weitere Vergemeinschaftung in der EU auf zentralen Feldern nicht voran. Bei der Verteidigung mag man Polens nationale Rückbesinnung teilweise auf Ernüchterung über die Politik der USA zurückführen. Premier [Donald Tusk](#) hat zu Syrien vorige Woche spontan gesagt, sein Land werde sich dort in gar keiner Weise beteiligen, mehr noch, er glaube nicht an den Sinn einer Militäraktion.

Da sind die Polen – auch die Bevölkerung – plötzlich geradezu deutsch-pazifistisch. Eine Stärkung der europäischen Verteidigungspolitik resultiert daraus jedoch nicht. Und die Probleme bei Energie und Euro sind nun wahrlich hausgemacht europäisch.

Was nun? Was tun? Weiterwursteln? Von der Politik der kleinen Integrationsschritte hin zur Politik der noch kleineren Schritte? Oder aber "mehr Europa", im Sinne von noch mehr Wasserkopf, noch mehr Kopfgeburt?

Der Schriftsteller Robert Menasse hat in seinem Buch "Der europäische Landbote" die Rolle der Nationalstaaten in der EU (und Angela Merkels) kritisiert und den Brüsseler Apparat gewürdigt.

Ein Europa der tätigen Bürger?

Der Soziologe [Ulrich Beck](#) und der Europapolitiker Daniel Cohn-Bendit haben in ähnlichem Geiste ein "europäisches Freiwilligenjahr" gefordert. Dies solle, schreiben sie in ihrem "[Manifest zur Neugründung Europas von unten](#)", eine Art Gründungsakt für die EU der Zukunft werden. Sie fordern Brüssel, die Hauptstädte und Parlamente dazu auf, so "ein Europa der tätigen Bürger zu schaffen".

Ein neues Europa – und damit: eine europäische Identität und Nation – durch Impulse von oben schaffen? Diese Beispiele zeigen vor allem eins: Der Europa-Diskurs (im alten Westen) und die Wirklichkeit auf dem Kontinent (nicht nur im Osten) sind so weit auseinandergetreten wie nie zuvor. Da darf der Philosoph [Giorgio Agamben](#) mit seinem Appell, ein "lateinisches" Imperium im Süden gegen die deutsche Dominanz zu schaffen, noch als Realist gelten, zumindest was seine Diagnose betrifft.

Aber ein "Europa der tätigen Bürger" durch von oben geplante Freiwillige, die pädagogische Verschickung von Volontären: Das erinnert ein klein wenig an [Bertolt Brecht](#), der einst eine Regierung aufforderte, das Volk aufzulösen und ein neues zu wählen.

10.000 Français se suicident chaque année

Par [Chloé Woitier](#) [Service infographie du Figaro](#) - le 10/09/2013

82,75

INFOGRAPHIE - Notre pays connaît l'un des plus forts taux de suicide de l'Union européenne, avec de grandes disparités en fonction des régions.

Tabou, [le suicide](#) fait chaque année trois fois plus de victimes que les accidents de la route, avec en moyenne 10.000 décès par an. Notre pays fait partie des nations les plus suicidaires d'Europe, avec 16,5 suicides pour 100.000 habitants en 2010, loin devant la moyenne européenne située à 10 pour 100.000 habitants.

Les données, [collectées par l'Institut de veille sanitaire \(InVS\)](#), sont néanmoins parcellaires. Selon une enquête menée par l'Institut en 2010, le nombre réel de suicidés est sous-estimé de près de 10%. La faute aux certificats de décès, qui n'indiquent pas toujours la cause exacte de la mort, soit par incertitude (en cas d'enquête judiciaire ou médico-légale), soit par pudeur. En 2006, 60% des certificats indiquant «mort violente d'intention indéterminée» cachaient en réalité des suicides. Même imprécision pour les données sur les tentatives de suicide: ne sont comptabilisées que celles ayant mené à une hospitalisation.

La dépression et les violences à l'origine des tentatives

Tout en gardant en tête que ces chiffres sont sous-évalués, les données collectées par l'InVS permettent de dessiner un portrait des Français en souffrance. Entre 70.000 et 85.000 personnes sont hospitalisées chaque année après une tentative de suicide. Les femmes sont majoritaires (65%). Près de 80% des hospitalisations pour tentative de suicide sont liées à l'absorption de médicaments, un geste privilégié par les femmes. Les hommes eux plus tendance à se tourner vers des méthodes plus violentes, comme la pendaison (75% des hospitalisations concernent des hommes) ou l'usage d'armes à feu (85%).

Les suicides en France représentent 2 % de la mortalité générale

EN FRANCE

10 371 décès en 2010

60% personnes ayant fait une tentative recommencent

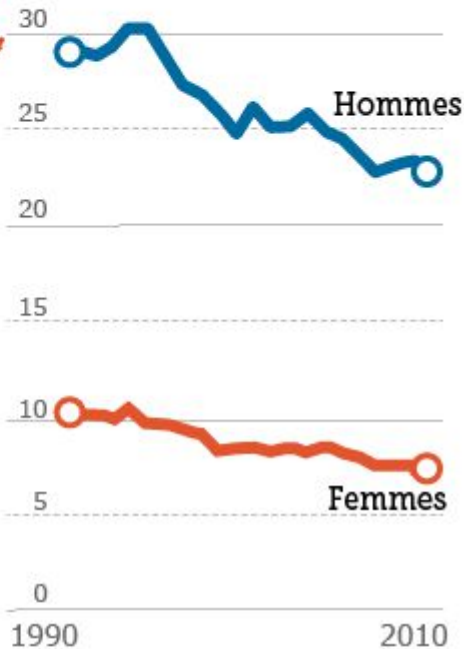
Les 45-54 ans sont les plus touchés - 22% des suicides

Les régions les plus concernées

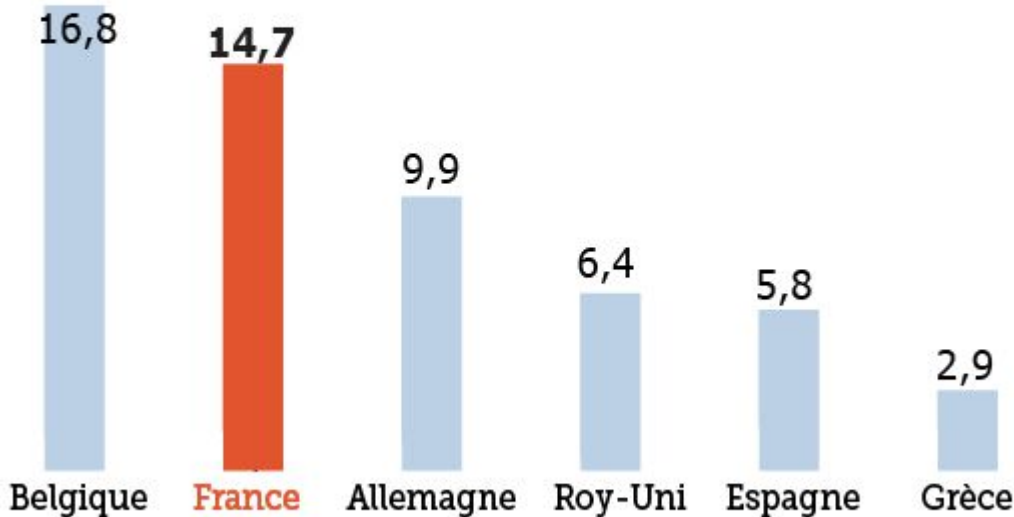
Bretagne (28,1),
Basse-Normandie (25,6),
Nord-Pas-de-Calais (21,8),
Limousin (22,9),



TAUX DE DÉCÈS PAR SUICIDE en % (pour 100 000 habitants)



EN EUROPE : TAUX DE SUICIDE , en 2006, en % (pour 100 000 habitants)



Sources : Insee, Eurostat

10/09/2013

LE FIGARO.fr

Le taux de récurrence est hélas important. 14% des patients sont à nouveau hospitalisés dans l'année après avoir tenté de se donner la mort. Ces taux grimpent à 18% dans les deux années suivantes, et 21,3% sous trois ans. Des troubles psychologiques sont dans plus de la moitié des cas à l'origine du geste: dépression (67%), alcoolisme (33%), troubles anxieux (17%). L'InVS a également détecté d'autres facteurs, comme le fait d'avoir subi des violences (sexuelles ou non) traumatiques, ou, pour les hommes, de vivre seul.

75% des suicidés sont des hommes

Plus de 10.000 personnes ne survivent pas chaque année à leur geste de désespoir, soit 27 décès chaque jour. Si les femmes sont les plus nombreuses à tenter de se suicider, 75% des personnes décédées sont des hommes. Le phénomène concerne toutes les classes d'âge: 9,4% des suicides concernent les 25-34 ans (soit la première cause de décès de cette tranche d'âge), et 28% les plus de 65 ans. La pendaison reste, de loin, le principal mode de suicide en France (52% des décès).

[Le ministère de la Santé note](#) une forte disparité des taux de suicides en fonction de régions. En 2010, le taux de décès par suicide sur 100.000 habitants étaient de 28,1 en Bretagne, 25,6 en Basse-Normandie, 22,9 dans le Limousin, 21,8 dans le Nord-Pas de Calais. Soit bien au dessus de la moyenne nationale de 16,5.

Un espoir, cependant. Le nombre de suicidés est plus bas que dans les années 1980, où les décès ont grimpé de 8761 morts en 1977 à 10.405 en 1980, 12.107 en 1984, et 12.525 en 1986. Les décès par suicide ont commencé à doucement décroître à partir de 1995. Mais ce n'est pas suffisant pour les observateurs, qui militent depuis des années pour une véritable politique publique de prévention des suicides. Leur appel semble avoir été entendu. Le ministère de la Santé vient d'annoncer, à l'occasion de la Journée internationale de prévention du suicide, la création d'un Observatoire du suicide, qui aura «pour mission d'améliorer la connaissance des mécanismes conduisant aux suicides» et de «produire des recommandations, particulièrement dans le champ de la prévention».

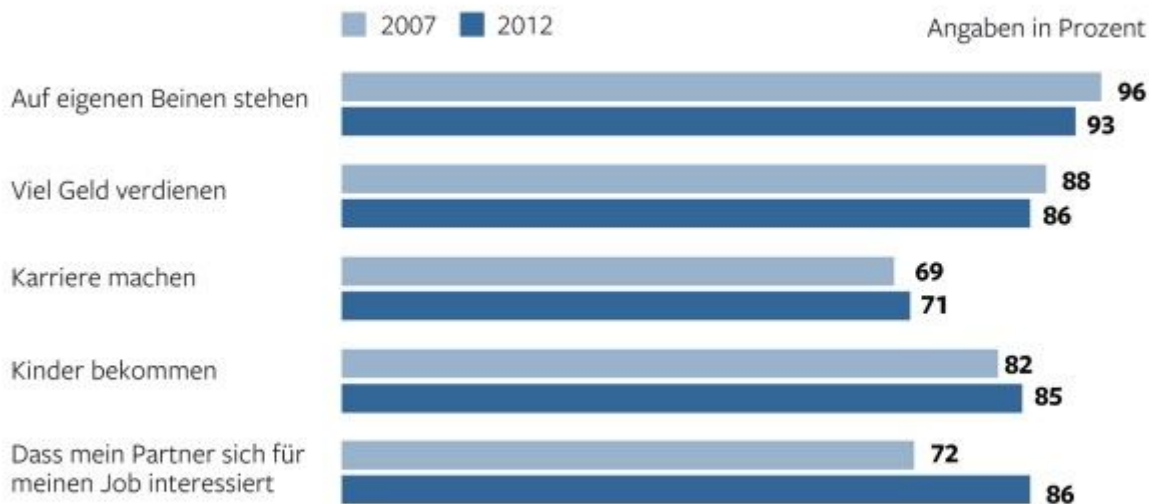
Karriere in jedem Fall – Kinder vielleicht

Die Welt 9. September

82,78

Junge Frauen sind heutzutage so selbstverständlich wie Männer berufstätig. Weil Familie im Gegensatz zum Job gesellschaftlich keine Anerkennung bringt, verzichten viele lieber auf Nachwuchs. Von Dorothea Siems

Karriere, Kinder, Geld: Das ist Frauen wichtig



Quelle: „Brigitte“-Studie „Frauen auf dem Sprung“

Junge Frauen wollen heutzutage alles erreichen: Karriere machen und viel Geld verdienen, Kinder haben und eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit einem Mann, der sie unterstützt. Doch viele der 21- bis 35-Jährigen sind mittlerweile ernüchtert, denn sie stoßen an Grenzen, stellt die Arbeitsmarktforscherin Jutta Allmendinger fest, die im Auftrag der Zeitschrift "Brigitte" die Frauen 2007 und fünf Jahre später noch einmal befragt hat.

"Die jungen Frauen stehen gewaltig unter Druck", sagt die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Berufstätig zu sein, sei in dieser Generation für Frauen ebenso selbstverständlich wie für die Männer.

Sowohl die Gesellschaft erwartet dies, als auch – und das hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt – die Männer, die nicht mehr allein verantwortlich für das Haushaltseinkommen sein wollen. So wünschen sich heute drei Viertel der Männer eine Partnerin, die finanziell auf eigenen Beinen steht. 2007 sagte dies gut jeder Zweite.

"Eine fehlende Offenheit für Familien"

Unter den Zielen rangiert der Job klar vor der Familie. Und so wird der Kinderwunsch, den das Gros der jungen Generation unverändert hat, vielfach spät und mitunter auch gar nicht verwirklicht. "Viele, Männer mehr als Frauen, nehmen in der Gesellschaft einen mangelnden Respekt und eine fehlende Offenheit für Familien wahr", heißt es in der Studie.

Eine Familie verschaffe keine Anerkennung, das tue nur ein guter Job. "Etwas zu wollen, was andere geringschätzen, und dafür in Bereichen zu verlieren, die einem selbst wichtig und von anderen hoch geachtet sind, fällt schwer", stellen die WZB-Forscher fest.

Frauen, die trotz dieses Zwiespalts eine Familie gründen, bleiben dennoch berufsorientiert. Im Schnitt kehren die Mütter nach einer Babypause heute schneller wieder in den Job zurück, wo der Großteil eine Teilzeitstelle hat.

Allmendinger diagnostiziert bei vielen allerdings eine große Frustration. "Sie klammern sich mental an den Karrieregedanken und führen, sobald sie Mütter sind, gleichzeitig ein Leben, mit dem sie ihre beruflichen Träume wohl nicht verwirklichen werden."

Frust in Westen deutlich größer

Vor allem westdeutsche Frauen seien vielfach wütend, weil ihre Partner nicht oder nur wenig im Haushalt mit anpackten. Im Osten sei der Frust geringer. Zwar erledigten auch die ostdeutschen Frauen einen Großteil der unbezahlten Familienarbeit. Doch sei ihnen diese Doppelbelastung von Beruf und Haushalt und die mangelnde Unterstützung durch die Männer in den Familien aus DDR-Zeiten vertraut.

Dank der Möglichkeit für Mütter, beruflich auf Teilzeit zu gehen, klappt heute die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser als früher. Doch es seien in erster Linie die Frauen, die den Preis zu zahlen hätten, stellt Allmendinger fest. Denn es gelinge vielen von ihnen nicht, mit ihrer Mutterrolle und einer Teilzeitarbeit zufrieden zu sein, "weil Teilzeitarbeit gesellschaftlich nicht wertgeschätzt wird".

Verkürzte Arbeitszeiten haben zudem oftmals die Folge, dass es beruflich nicht weiter aufwärts geht. Und so sehen sich die Frauen nach Ansicht der Forscher vor die Wahl gestellt: entweder sie bekommen Kinder und verzichten auf beruflichen Erfolg, oder sie machen Karriere und haben keinen Nachwuchs.

Im Zweifel dann doch Kinder

Für die Studie wurden 2007 gut 2000 Männer und Frauen zwischen 17 und 19 Jahren beziehungsweise zwischen 27 und 29 Jahren ausführlich befragt. 2012 erfolgte bei 500 von ihnen eine Wiederholungsbefragung, um zu sehen, wie sich das Leben dieser Personen und ihre Einstellungen seither verändert haben. Knapp die Hälfte hat mittlerweile ein Kind bekommen, 80 Prozent sind berufstätig.

Während Arbeitsmarktforscherin Allmendinger eine große Unzufriedenheit bei den teilzeitarbeitenden Frauen hervorhebt, kommen andere Umfragen hier durchaus zu anderen Ergebnissen. So stellte das Institut für Demoskopie Allensbach jüngst in einer repräsentativen Befragung fest, dass sowohl in Westdeutschland wie auch im Osten das Familienmodell mit teilzeitarbeitender Mutter und vollzeitberufstätigem Vater mit Abstand von beiden Geschlechtern am häufigsten als ideal angesehen wird.

Und auch in der Brigitte-Studie zeigt sich an den Antworten, dass keineswegs alle Menschen vorrangig Karriere machen wollen. So sagen 63 Prozent der jungen Frauen: "Ich strebe einen gelungenen Ausgleich zwischen Beruf und Familie an, ohne dass einer der beiden Bereiche vernachlässigt wird."

Im Zweifel geben die meisten dann doch den Kindern Vorrang. So sagen 17 Prozent, die Familie stehe für sie klar im Vordergrund. Nur zwei Prozent geben eine Dominanz des Berufs an

Japan's Nuclear Migraine

A Never-Ending Disaster at Fukushima

Von Marco Evers

Japan is stumbling helplessly from one crisis to the next as it battles the ongoing disaster at the Fukushima nuclear power plant. US nuclear inspector Dale Klein is demanding the intervention of foreign experts, but a quick solution is unlikely.

This week, the chief nuclear officers of around 100 American nuclear power plant reactors are taking a field trip. They are travelling to Japan and then taking a bus to Fukushima. There, dressed in protective suits, they will walk through the ruins left behind by the earthquake of the century, the tsunami of the century and the resulting triple [nuclear reactor meltdown](#) that occurred in March 2011.

"I can assure you when they get back from this trip, all of these chief nuclear officers will double their safety precautions," says Dale Klein, who has made the same trip and describes it as "very sobering." Klein, who was head of the United States Nuclear Regulatory Commission until 2009, now serves as chair of the Nuclear Reform Monitoring Committee, which advises Tokyo Electric Power Company (TEPCO), the company that once ran the Fukushima power plant and is now responsible for cleaning up the site. In the eyes of [industry](#) experts and the Japanese public alike, the company has proved one thing unequivocally -- that it is in far over its head in trying to handle the aftermath of the disaster.

Klein is generally a polite man, but he recently announced in public exactly what he thinks of the company that hired him. "You do not know what you're doing," Klein told company president Naomi Hirose in person. "You do not have a plan."

In accordance with Japanese custom, the company head, thus chastised, inclined his head and replied, "I apologize for not being able to live up to your expectations."

TEPCO has been stumbling "from crisis to crisis," Klein says. And with no improvement in sight, it had recently become clear that [Japan](#) would find itself, out of necessity, doing something that is generally considered very un-Japanese: asking for foreign help. Klein said there were signs that the government was planning on inviting experts from Europe and the US in to help. And on Tuesday, TEPCO took what might be a first step in this direction, announcing in a statement that it had hired Lake Barrett, the former head of the US Department of Energy's Office of Civilian Nuclear Waste Management to advise it on decommissioning the plant and dealing with contaminated water on the site. Barrett was also involved in clean-up efforts at the Three Mile Island plant, which suffered a partial meltdown in 1979.

Situation Still 'Tenuous' at Fukushima

Japan had thus far taken the view that it didn't need any help -- certainly not from abroad -- and that TEPCO would take care of things. This is despite the fact that the company is an energy provider, with little more experience in complex disaster management than a commensurate energy company in Germany would have.

Accordingly, the situation at Fukushima two and a half years after the nuclear meltdown can at best be described as tenuous. Rather than implementing a clearly thought-out disaster management plan, TEPCO's approach has been a haphazard patchwork.

Perhaps the most bizarre malfunction in recent months occurred when a rat got into a switchbox and caused a short circuit. This immediately caused the makeshift cooling system for all four spent fuel pools to fail. For almost 30 hours, temperatures rose in these pools, which hold over 8,800 spent fuel rods that TEPCO hopes eventually to be able to store safely. Charred remains were all that was left of the rat.

Every day, TEPCO pumps 400 tons of contaminated cooling water and groundwater out of the radioactive wreckage of Fukushima. This water is too heavily contaminated with cesium, strontium and tritium to be emptied into the ocean. Instead, TEPCO stores the liquid in numerous tanks, the largest of which are 12 meters (40 feet) across and 11 meters high, hastily riveted together rather than welded.

Satellite images show how these behemoths have proliferated at the Fukushima site, with a few dozen of them in mid-2011, then several hundred by mid-2012. Currently, there are over 1,000 such tanks, with plans for over 2,000 of them by 2015. TEPCO is veritably drowning in contaminated water.

Contaminated Water Seeping Out

When one of these makeshift containers recently sprang a leak, it apparently took weeks before the company's two-person foot-patrol passed by and noticed it, by which time 300 tons of highly contaminated water had seeped out of the tank. This event ranks as a level three "serious incident" on the International Nuclear and Radiological Event Scale (INES). In comparison, the catastrophe at Chernobyl and the 2011 Fukushima triple meltdown are both classified at the maximum level, seven.

There's little question that more of these tanks will develop leaks, with a number of them approaching their expiration dates and only some of the tanks outfitted with sensors to provide early warning of leakage. "These are the wrong containers in the wrong place, made of the wrong material and built in the wrong way," declares [nuclear](#) expert Mycle Schneider, one of the lead authors of the World Nuclear Industry Status Report.

Malfunctions, bungling and cluelessness seem to be ongoing themes at Fukushima. Sometimes it's a radioactive cloud of steam rising from the ruined reactors; another time it's a leak plugged with nothing more than a bit of tape. Then there is the radioactive water -- it's difficult to gauge just how much -- that has already entered the groundwater and flowed into the ocean, something TEPCO until recently insistently denied. TEPCO president Hirose has now also apologized for the radiation that has affected fish off the coast near Fukushima.

"The day-to-day catastrophes are so serious that TEPCO never gets a chance to turn its attention to its actual plan," says Michael Maqua at the Society for Plant and Reactor Safety (GRS), in Cologne, Germany. He too is appalled by TEPCO's handling of the situation. "If this were a school and I were in charge of giving them a grade, they would be in danger of failing," he says.

Now, the Japanese government is providing funding for a number of more creative measures meant to turn things around at Fukushima. One plan involves a steel barrier erected between the plant and the ocean to stop radioactive water from flowing into the sea.

'We Can't Assume it will Work'

TEPCO also plans, by 2015, to freeze the ground around the entire reactor complex, creating a subterranean ring of permafrost with a circumference of 1.4 kilometers (0.9 miles) to prevent groundwater near the surface from seeping into the ruined complex and becoming contaminated, as it currently does. This technology has been used in mining, but has never been applied on this scale or as a long-term measure meant to last for years. "We can't assume that it will work," Maqua says. Another German engineer working in the industry criticizes the plan, saying that this sort of permafrost ring will fail to work as a barrier to water if it is not also sealed from below.

As for the contents of the 1,000 radioactive storage tanks, there is only one long-term solution -- the contaminated water must be cleaned, and then emptied into the ocean. It is possible to a large extent to filter out the cesium and strontium. The tritium, although somewhat less of a concern, can't be filtered out. Little by little, the Japanese public is being prepared for the coming release of this water -- much to the horror of fishermen.

TEPCO recently completed a large filtration facility, but even that did little to increase confidence in the company's crisis management abilities -- hardly had the facility gone into operation before it was off-line again, having begun to rust and spring leaks.

Nuclear Reform Monitoring Committee chair Dale Klein will travel to Japan again this week to meet with TEPCO's managers, who have not rejected Klein's help, despite his previous harsh comments. But it's unlikely they will be particularly happy with what Klein has to say to them this time either -- he says Japan should form a new company to apply knowledge from international experts to the cleanup efforts. TEPCO, he believes, is simply not capable of handling the extremely difficult water issue, a problem that, he says, they will be dealing with "for the next decade."

Translated from the German by Ella Ornstein

Sécurité : les mauvais chiffres de Manuel Valls

- Par [Jean-Marc Leclerc](#)
- Publié le 09/09/2013 à 20:08

82,83



INFOGRAPHIE - *Le Figaro* s'est procuré le nouveau tableau de bord du ministre, un an après sa prise de fonction. La violence augmente presque partout, les patrouilles sont moins nombreuses et le taux d'élucidation diminue.

Le Figaro a pu décortiquer le nouveau «tableau de bord» de [Manuel Valls](#). Une centaine de pages de chiffres et de cartes en couleur, qui décrivent l'évolution des crimes et délits en France. Le ministre de l'Intérieur voulait un nouvel outil d'analyse: il a donc bâti son propre instrument de pilotage, avec de nouveaux indicateurs d'activité des forces de l'ordre. Un souci louable de transparence, mais dont la première traduction n'est guère réjouissante...

Dans le baromètre Valls, ce qui grimpe figure en rouge. Or, sur un an, d'août 2012 à juillet 2013, période qui démarre quand la gauche assume pleinement la conduite des affaires, tout ou presque vire à l'écarlate: les atteintes à l'intégrité physique (+2,9%) et, parmi celles-ci, les violences sexuelles (+10,4%) ; les atteintes aux biens (+3,5%), parmi lesquels les cambriolages (+9,3%) ; enfin, les infractions économiques et financières (+5,9%).

Beauvau a défini dans ses «indicateurs cibles» la «grande criminalité». Qui augmente depuis un an (+5,2%). Censé éclairer l'univers des vrais voyous, cet agrégat comprend 17 rubriques, du règlement de comptes (+10%) à la fausse monnaie (+14,5 %), en passant par les attentats à l'explosif contre des biens privés (+33,7%) ou les vols à main armée contre des commerces (+8,4%), à l'instar de l'attaque à la voiture-bélier, lundi, contre une bijouterie située sous les fenêtres de la [garde des Sceaux](#) à Paris. S'y ajoutent les trafics et reventes de stupéfiants (+10,2%), avec 6321 infractions constatées sur l'année écoulée contre 5735 précédemment. Mais là, bonne nouvelle, l'action antidrogue révèle la capacité d'initiative des services. Beauvau entend donc la mettre davantage en avant dans les jours à venir.

Noyées désormais dans les «infractions à la réglementation», celles liées à la police des étrangers connaissent une chute vertigineuse: les constats sur douze mois des infractions aux conditions d'entrée et de séjour sont passés de 79.445 sous Sarkozy à 34.267 aujourd'hui (-56, 8%). «Or, il devient difficile de se retrancher derrière la décision de la Cour de cassation qui avait considéré, en juillet 2012, que le séjour irrégulier d'un étranger ne pouvait suffire à le placer en garde à vue. Depuis janvier dernier, les forces de l'ordre ont obtenu un droit de rétention de 16 heures», explique un haut fonctionnaire. Pour l'ancien ministre UMP de l'Intérieur, [Brice Hortefeux](#), l'affaire est entendue: «C'est le signe que la France a ouvert les vannes de l'immigration.»

Manuel Valls voulait un vrai indicateur d'efficacité. Il a nettoyé celui des années [Sarkozy](#) pour ne garder que les faits significatifs, à ses yeux. Et pourtant, globalement, le taux de réussite passe de 18% à 17,7%. Dans le détail, la plupart des taux d'élucidation baissent: homicides (de 89 à 77%), vols à main armée (de 37 à 36%), vols avec violences sans arme (de 12,3 à 12,1%), cambriolages (de 12 à 11%), vols liés à l'automobile et aux deux-roues (de 8 à 7%), vols simples (de 10,3 à 10,1%). Le taux d'élucidation remonte toutefois pour les coups et blessures volontaires (de 76,2 à 76,7%) et les violences sexuelles (de 76 à 78%). De même, police et gendarmerie mettent

davantage de personnes en cause pour tous ces faits. «Le problème, c'est que lorsque l'élucidation baisse et que les mis en cause augmentent, cela peut signifier que la police n'attrape pas forcément les bons», spécule un haut magistrat.

Autre point noir de taille dans le bilan chiffré de Manuel Valls: les «missions opérationnelles» de la gendarmerie ont chuté de 10,2% et celles de la police en tenue de 2,2% (en millions d'heures cumulées). Pourtant, dans le même temps, les «tâches indues» (transfèrement de détenus, garde des bâtiments publics, escortes diverses, procurations de vote), dont se plaignent depuis toujours les agents, au prétexte qu'elles les distrairaient de leur mission principale de lutte contre la délinquance, ont baissé de 10% côté gendarmerie et de 7,8% côté police.

On aurait pu imaginer que la prévention allait croître sous la gauche. Il n'en est rien: le total de ces missions a baissé de 3,3% chez les gendarmes et de 6,1% chez les policiers. En clair: malgré des «tâches indues» en diminution, malgré des actions de prévention en baisse par rapport aux années Sarkozy, et bien que la police consacre moins de temps à courir derrière les clandestins, les heures épargnées pour s'occuper du «cœur de métier» ne se retrouvent pas dans l'«opérationnel».

Les missions de patrouille ont ainsi chuté de 6% côté police et de 3,4% côté gendarmerie. Au total, les forces de l'ordre ont collectivement diminué leur présence de 2,5 millions d'heures sur le terrain en un an. Se peut-il qu'aujourd'hui plus d'agents revendiqués au tableau d'effectifs aboutisse à moins de missions dans la rue? La pression des années Sarkozy sur la productivité policière ne pouvait durer éternellement. Et le nouveau premier flic de France a été reçu cinq sur cinq quand, le 19 septembre 2012, il claironna, devant toute la hiérarchie de Beauvau, qu'il allait rompre avec la «politique du chiffre». Des chiffres décidément impitoyables. Mais indispensables pour savoir par où et comment remonter la pente.

La carte des violences passe au rouge

[Marseille](#), capitale des violences? Selon le tableau de bord Valls, au-delà du bilan sanglant du banditisme, celles-ci ont diminué de 5,3% sur un an dans les Bouches-du-Rhône (de 29.895 à 28.312 infractions). Ce département détient la troisième place au palmarès des faits commis, juste derrière la Seine-Saint-Denis (29.000). Ailleurs en Ile-de-France, pas un seul département ne déclare moins de 10.000 faits. Le Nord cumule plus de 25.000 infractions, loin devant le Rhône et ses 16.000 agressions. La Seine-Maritime, avec plus de 10.000 affaires, a rejoint la Haute-Garonne, où l'on déplore une hausse de violences de 7%. Seuls 15 des 96 départements métropolitains échappent à la hausse des violences. La dégradation est patente dans toute la zone sud-ouest, tout le Nord, le Languedoc-Roussillon, l'Ouest, l'Est. Les DOM ne figurent pas dans le tableau, mais la délinquance y explose. Seul le Grand Paris connaît une légère embellie, avec une baisse des violences hors vol, souvent intrafamiliales.

Studentenrekord

Akademisierung alarmiert Arbeitsmarktforscher

11.09.2013 · Zum Wintersemester wird es in Deutschland mehr Studierende geben als je zuvor. Ökonomen sehen darin eine Gefahr für das duale Ausbildungssystem.

Von [Johannes Pennekamp](#)

82,85



© dpa Die Hörsäle platzen schon jetzt aus allen Nähten

Der Rekord ist absehbar. Wenn demnächst an den Universitäten und Fachhochschulen das Wintersemester beginnt, wird es in Deutschland mehr Studierende geben als je zuvor. 2,5 Millionen Studierende waren schon vor einem Jahr eingeschrieben, für 2013 rechnet die Kultusministerkonferenz (KMK) auch wegen der doppelten Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern mit 490.000 Studienanfängern.

Die meisten Bildungspolitiker halten den Höchststand für einen Erfolg. Ökonomen jedoch sehen in dem Ansturm auf die Hochschulen eine Gefahr für das duale Ausbildungssystem. „Ich halte den Anstieg für bedenklich. Lange galt die akademische Ausbildung als Nonplusultra, doch die Realität hat uns etwas anderes gelehrt“, sagt Hilmar Schneider, Generaldirektor des luxemburgischen Forschungsinstituts Ceps/Instead. Und Stefan Sell, Arbeitsmarktforscher an der Hochschule Koblenz, prognostiziert „schwere Schäden an der Ausbildungsqualität“, sollte der Anteil der Studienanfänger an einem Jahrgang weiter wachsen.

Akademisierungswahn

Nach Angaben der Industriestaatenorganisation OECD ist der Studentenanteil von 2005 bis 2011 von 36 auf 46 Prozent gestiegen. Arbeitsmarktforscher Schneider hält den häufig behaupteten Zusammenhang zwischen einer hohen Akademikerquote und hohem gesamtwirtschaftlichen Wachstum für nicht erwiesen. Im Gegenteil: „Wenn man sieht, dass mit Deutschland ausgerechnet ein Land mit vergleichsweise wenigen Akademikern und einem starken dualen Ausbildungssystem gut durch die Krise kommt, muss man sich schon einmal Fragen stellen, ob diese Behauptung nicht schlicht falsch ist.“

Schwung bekommen hatte die Debatte über die steigenden Studentenzahlen durch Äußerungen des Philosophie-Professors und früheren Kulturstatsministers der SPD, Julian Nida-Rümelin. In der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung hatte er gefordert, den „Akademisierungswahn“ zu stoppen. Die „besondere Stärke“ des deutschen Bildungssystems sei gefährdet, wenn Studenten Auszubildenden den Rang ablaufen. Ähnlich hatte sich der Ausbildungsexperte des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHK), Markus Kiss, geäußert: „Die Hörsäle an den Hochschulen platzen aus allen Nähten, während Betriebe händeringend Bewerber für Ausbildungsplätze suchen.“

„Sandwich-Position“ für das duale Ausbildungssystem

Ökonom Schneider sieht ein großes Problem darin, dass nach der Bologna-Reform private Hochschulen „wie Pilze aus dem Boden“ geschossen seien. Im vergangenen Jahrzehnt ist die Zahl der staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen um 62 auf 392 gestiegen. „Längst nicht jeder Studiengang ist auch sinnvoll für den Arbeitsmarkt“, sagte Schneider. Während Betriebe immer dort Ausbildungsplätze anböten, wo es auch eine

entsprechende Nachfrage gebe, bestehe diese Koppelung bei Studiengängen nicht. „Wir dürfen einem hoch verschulerten akademischen System nicht den Vorzug vor der beruflichen Ausbildung geben“, warnte Schneider.

Forscher Sell sieht das duale Ausbildungssystem in einer „Sandwich-Position“. Von oben werde Druck ausgeübt, da gute Schulabgänger, die früher eine Lehre gemacht hätten, heute ein Studium vorziehen. Von unten herrsche Druck, da die Anforderungen in der Ausbildung höher werden und die Leistungsschwächeren nicht mehr mitkommen. „Auch wenn das ein heißes Eisen ist, aber manche Studenten wären in der dualen Ausbildung besser aufgehoben.“

Keine Unterrichtsbefreiung aus religiösen Gründen

11.09.2013 · Muslimischen Mädchen kann die Teilnahme am gemeinschaftlichen Schwimmunterricht mit Jungen zugemutet werden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden. Dazu könnten die Mädchen einen Ganzkörperbadeanzug, den Burkini, tragen.



© dpa Eine muslimische Schülerin im Ganzkörper-Badeanzug am Beckenrand

Muslimischen Schülerinnen kann die Teilnahme am gemeinsamen Schwimmunterricht von Jungen und Mädchen zugemutet werden. Um ihren religiösen Bekleidungs Vorschriften gerecht zu werden, könnten sie einen Burkini, einen Ganzkörperbadeanzug, tragen, entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am Mittwoch. Damit scheiterten die Eltern einer 13 Jahre alten Gymnasiastin aus Frankfurt am Main mit ihrer Klage. Sie hatten aus religiösen Gründen ihre Befreiung vom sogenannten koedukativen Schwimmunterricht durchsetzen wollen. (Az.: BVerwG 6 C 25.12)

Nach Ansicht der Richter wird mit dem Urteil einer praktischen Lösung zwischen staatlichem Bildungs- und Erziehungsauftrag auf der einen Seite und grundgesetzlich verankerter Religionsfreiheit auf der anderen Seite Rechnung getragen.

Berufung auf Religionsfreiheit

Auslöser des Rechtsstreits war, dass sich die muslimische Schülerin 2011 aus religiösen Gründen geweigert hatte, zusammen mit Jungen am Schwimmunterricht teilzunehmen. Auch das Tragen eines Burkini kam für sie nicht infrage. Begründet wurde die Weigerung mit der im Grundgesetz geschützten Religionsfreiheit. Die muslimischen Bekleidungsgebote erlaubten einen gemeinsamen Schwimmunterricht mit Jungen nicht. Das aus Marokko stammende Mädchen besucht ein Gymnasium in Frankfurt.

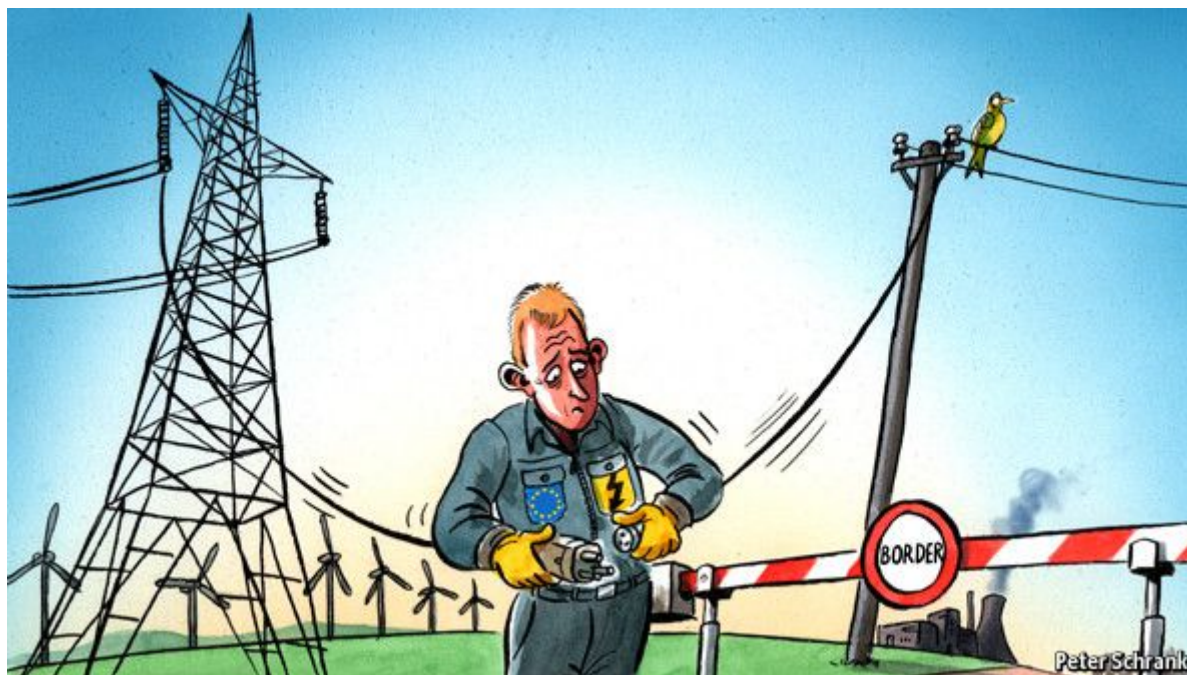
Charlemagne

When the wind blows

The hopes, fears and worries of Europe's quest for renewable energy

Sep 7th 2013 | [From the print edition](#)

82,88



SUNDAY June 16th this year was a Goldilocks sort of day across Germany, not too hot but not too cool, with bright sunshine and a reasonable offshore breeze. Just right for Germany's solar panels and wind turbines to produce, at their peak, a record 60% of Germany's electricity on a slow weekend. But France and Belgium also had lots of nuclear power that could not easily be cranked down. So for several hours, generating companies had to pay customers to take their surplus power.

Negative wholesale prices have become more common as European countries turn to renewables—particularly Germany, with its forced march away from nuclear power, known as the *Energiewende*. If at times Germany has too much of a good thing, at others it must suck power from nuclear plants across the border in France. And German ministers still worry about the risk of blackouts when the weather is cold, the sun does not shine and the wind does not blow.

Neighbours such as Poland and the Czech Republic complain that power surges from Germany are playing havoc with their grids. Across Europe a strange consequence of subsidised renewables is that some governments now want to pay power companies to maintain the capacity to produce electricity from fossil fuels to ensure that backup power is available. More perversely, Europe is burning more heavily polluting coal at the expense of cleaner and more flexible gas, because coal is cheap, the gas market is far from liquid and the carbon-emissions systems is broken.

Another oddity is that Germany pays some of the lowest wholesale prices for electricity in Europe, yet suffers from some of the highest retail prices. Consumers are burdened with all manner of network fees, taxes and ever-growing charges to subsidise renewable energy. And they support heavy users, exempt from some charges. Politicians argue over the mess ahead of the general election this month, but neither the Christian Democratic chancellor, Angela Merkel, nor her Social Democratic challenger, Peer Steinbrück, wants to roll back the *Energiewende*.

The real problem is that neither leader is thinking big enough. Energy policy is best addressed across Europe as a whole. Look across the continent at Spain: it too has abundant renewable power from sun and wind, so much so that subsidies are burning a large hole in its already worrying public finances. Unlike Germany, Spain cannot sell much of this bounty to others because of inadequate interconnectors to France. If the grids were linked up properly, in a large integrated energy market, then the peaks and troughs would be likely to even out. Rather than carpet grey Germany in solar panels, better to install them in sun-kissed Greece.

The benefit of cross-border co-operation was recognised long before the creation of the European Union: in the 1920s France and Italy started trading electricity with Switzerland so that surplus energy could be stored in Alpine reservoirs. But full integration is far off. Eastern Europe still has “energy islands”, especially the ex-Soviet Baltic states, vulnerable to blackmail from Russia. Lithuania, which currently holds the rotating presidency of EU ministerial meetings, pays much more than Germany for its natural gas, though the Russian border is just a short drive from Vilnius. Rarely does the much-abused slogan of “more Europe” make more sense, and solve more problems, than in energy matters. Done properly, an integrated energy market could favour the transition to renewable power, enhance security and promote cheaper energy. The wider the grid, the easier it would be to manage renewables and operate flexible gas plants to provide steady power. And if the grid was “smart”, consumers could more readily be given incentives to use electricity when power is cheap.

If Europe operated as a single energy zone it would also be harder for Russia to pick off individual countries. No wonder Vladimir Putin, Russia’s president, detests the liberalisation of Europe’s gas market, which forces giants like Gazprom to “unbundle”, open up their pipelines to competitors and submit to investigation by EU competition authorities. More liberalisation would, moreover, bring down prices. The European Commission thinks fully integrated gas and electricity markets could yield savings of up to €65 billion (about \$86 billion) a year.

Yesterday’s dream

European leaders once thought that they were leading the way towards the era of low-carbon power. Now they worry more about the cost of energy and of being left behind by America’s cheap-shale-gas revolution. At a summit in May European leaders were horrified to hear that, between 2005 and 2012, according to the commission, gas prices for industry fell by 66% in America but rose 35% in Europe. This threatens Europe’s competitiveness, amid worries that energy-hungry European factories are decamping to America. Whereas America is forecast to become a net exporter of energy in the next few decades, Europe’s dependence on foreigners will only grow.

Yet European leaders only pay lip-service to developing the energy market. It would mean relying on others to provide energy when it is needed, and turning a blind eye to how they produce it. Some of this already happens. The difficulty is that, despite the benefits, a deeper market would create winners and losers, and require expensive cross-border infrastructure. Perhaps most intractable is the growing web of national incentives: power companies may trade even more energy in wholesale markets, but taxpayers do not want to subsidise foreigners.

As with so much else, a lot will depend on Germany. It is Europe’s biggest energy consumer and the biggest producer of renewable energy. Its grids would be at the heart of any upgraded pan-European network. Mrs Merkel and her successors will decide where and how the gas and electricity in Europe flows.

Muslima im Sportunterricht

Integrationsauftrag

11.09.2013 · Auch muslimische Schülerinnen müssen am Schwimmunterricht teilnehmen. So hat es das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Gut so. Das Grundgesetz schützt zwar die Religionsfreiheit, hat aber auch einen Integrationsauftrag. Und dazu gehört, dass sich religiöse Minderheiten nicht abschotten.

Von [Jasper von Altenbockum](#)

82,90



© AFP Islamgerechter Ganzkörperbadeanzug Burkini

Der Streit über die Beteiligung muslimischer Mädchen am „koedukativen“ Sportunterricht, und hier besonders am Schwimmunterricht, hat lange Zeit die Grenzen des Grundgesetzes getestet. Vor zwanzig Jahren hat das Bundesverwaltungsgericht aus der Abwägung zwischen Religionsfreiheit, staatlichem Bildungsauftrag und Elternrecht noch abgeleitet, dass ein zwölf Jahre altes Mädchen nicht am gemischten Sportunterricht teilnehmen müsse. Selbst eine besondere Bekleidung sei keine Gewähr dafür, dass das Kind fremde Jungen oder Männer zu Gesicht bekomme, die es so, womöglich halbnackt, nicht sehen dürfe. Das Gericht wollte es damals nicht gelten lassen, dass die Wirklichkeit, die das muslimische Mädchen außerhalb des Unterrichts in Deutschland „ertragen“ müsse, sich von der in der Schule nicht allzu sehr unterscheidet. Es war vielmehr der Auffassung, dass der Alltag strenggläubiger Muslime sehr wohl eine Abschottung gestatte, die dem Koran gehorche und deshalb von der Schule respektiert werden müsse.

Auf dieses Urteil beriefen sich jetzt die Kläger, die es mit dem Koran auch dann für unvereinbar halten, wenn ihr Kind im „Burkini“ am Schwimmunterricht teilnimmt - eine oft genutzte Verlegenheitslösung im Streit über die Schulpflicht muslimischer Mädchen. Nicht nur die Bekleidungsindustrie hat allerdings in den vergangenen zwanzig Jahren Fortschritte gemacht. **Vor zehn Jahren wies das Bundesverfassungsgericht in anderer Sache auf den Integrationsauftrag des Grundgesetzes hin, der nicht nur darin bestehe, dass die Religionsfreiheit geachtet werde. Der Auftrag gebiete es vielmehr auch, darauf zu achten, dass sich religiöse Minderheiten nicht abschotten und sich einem Dialog mit Andersdenkenden nicht verschließen.** Es ging dabei nicht um Muslime, sondern um die Schulpflicht bibeltreuer Christen. **Wo aber werden Offenheit und Pluralität gelernt, wenn nicht in der Schule?** Wo wird besser gelernt, mit Wertvorstellungen umzugehen, die man für sich selbst nicht gelten lässt?

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof war dem Bundesverfassungsgericht und diesem Integrationsauftrag gefolgt, als es die Burkini-Klage vor einem Jahr abgewiesen hatte. **Die Grenze, die das Grundgesetz setzt, war damit endlich wieder klar. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich deshalb nach zwanzig Jahren aus gutem Grund korrigiert.**

Schwimmunterricht in „Burkini“ für muslimische Mädchen zumutbar

11.09.2013 · Muslimischen Mädchen kann die Teilnahme am gemeinschaftlichen Schwimmunterricht mit Jungen zugemutet werden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden. Dazu könnten die Mädchen einen Ganzkörperbadeanzug, den Burkini, tragen.



© dpa Eine muslimische Schülerin im Ganzkörper-Badeanzug am Beckenrand

Muslimische Schülerinnen haben keinen Anspruch, vom Schwimmunterricht befreit zu werden, wenn sie die Möglichkeit haben, einen sogenannten Burkini zu tragen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht am Mittwoch entschieden und die Revision einer 13 Jahre alten Schülerin des Helene-Lange-Gymnasiums in Frankfurt zurückgewiesen. Um ihre religiösen Gefühle zu wahren, sei ein Ganzkörperbadeanzug als Kompromisslösung angemessen, urteilten die Leipziger Richter. Damit werde sowohl dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag als auch der Religionsfreiheit Rechnung getragen.

Die Klägerin, die bis zu ihrem achten Lebensjahr in Marokko gelebt hatte, wollte aus religiösen Gründen nicht am koedukativen Schwimmunterricht in ihrer Schule teilnehmen. Der Koran in strenger Auslegung gebiete, dass Mädchen vom siebten Lebensjahr an ihren ganzen Körper außer Hände und Gesicht bedecken müssten, argumentierte die Schülerin. Auch das Tragen eines Burkini verweigerte sie, denn der Koran verbiete es Mädchen, sich dem Anblick von Jungen in knapper oder eng anliegender Sportbekleidung auszusetzen. Außerdem müssten körperliche Berührungen mit Mädchen vermieden werden. Auch fürchte sie, stigmatisiert und ausgegrenzt zu werden. Die Schule lehnte den Antrag auf Befreiung vom Schwimmunterricht ab.

Das Bundesverwaltungsgericht gab der Schule recht und bestätigte damit die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Frankfurt und des Hessischen Verwaltungsgeschichtshofs. Die Bundesrichter begründeten dies damit, dass die Schülerin der Pflicht zur Verhüllung durch das Tragen eines Burkini gerecht werden könne. Sie habe nicht dargelegt, warum islamische Bekleidungsvorschriften verletzt seien, wenn sie mit einem Burkini am Schwimmunterricht teilnimmt. Zudem vermittele das Grundrecht auf Religionsfreiheit keinen Anspruch darauf, in der Schule nicht mit den Bekleidungsgebräuchen Dritter konfrontiert zu werden, die außerhalb der Schule im Alltag verbreitet sind. Die Unterrichtsgestaltung müsse die gesellschaftliche Realität nicht ausblenden, auch wenn sie nach individuellen religiösen Vorstellungen als anstößig empfunden werden kann.

Die Gefahr zufälliger Berührungen mit männlichen Mitschülern müssten die Lehrer und auch die Schülerin selbst eindämmen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hatte in der Berufungsinstanz den Integrationsauftrag von Schulen hervorgehoben. Für die Integration sei es wichtig, dass Schüler zur Achtung Andersdenkender erzogen würden. Dabei sei der koedukative Schwimmunterricht förderlich. Das Bundesverfassungsgericht hatte sich im Jahr 2003 ähnlich geäußert und bezogen auf die allgemeine Schulpflicht entschieden, dass die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse daran habe, der Entstehung von religiös und weltanschaulich motivierten Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Im Jahr 1993 hatte das Bundesverfassungsgericht noch entschieden, dass ein muslimisches Mädchen sich vom Schwimmunterricht befreien lassen könne, weil es dort „keine zumutbare Möglichkeit“ habe, „ihre Blöße im Sinne der Bekleidungs Vorschriften des Korans fremden Dritten zu verbergen“. Eine solche zumutbare Lösung sei nun der Burkini. Ein Burkini ist ein Badeanzug für muslimische Frauen; bis auf Gesicht, Hände und Füße sind alle Körperpartien bedeckt. Das Kunstwort setzt sich aus den Begriffen Burka und Bikini zusammen. Jeder Burkini hat auch eine integrierte Kopfbedeckung, an der ein Kopftuch angenäht ist. Sie erinnert an die Haube der Eisschnellläufer. Burkinis ähneln Taucheranzügen, sie sind aber nicht einteilig, sondern bestehen aus mehreren wassertauglichen Kleidungsstücken. Die meisten Burkinis sind weit geschnitten. Selbst wenn die Schwimmerin aus dem Wasser steigt, klebt der Stoff nicht am Körper. (Aktenzeichen BVerwG 6 C 25.12)

Urteil gegen Zeugen Jehovas: Auch der Film „Krabat“ ist zumutbar

Ähnlich urteilte der 6. Senat noch in einem zweiten Verfahren, das am Mittwoch in Leipzig verhandelt wurde. Die Eltern eines inzwischen 18-jährigen Sohnes hatten vor fünf Jahren beantragt, dass der Junge im Rahmen des Unterrichts nicht den Kinofilm „Krabat“ ansehen müsse. Die Kläger gehören der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas an. Ihr Sohn besuchte die 7. Klasse eines Gymnasiums in Bocholt. Im Deutschunterricht wurde das Buch „Krabat“ von Ottfried Preußler besprochen; auch sollte als Unterrichtsveranstaltung eine Verfilmung des Buches besucht werden, in der unter anderem Praktiken schwarzer Magie vorkommen. Die Kläger beantragten, ihren Sohn von dieser Veranstaltung zu befreien: Ihr Glaube verbiete ihnen, sich mit schwarzer Magie zu befassen. Die Schule lehnte die Befreiung ab, der Junge nahm dennoch nicht an der Filmvorführung teil. Die Eltern wollten dann gerichtlich feststellen lassen, dass die Ablehnung der Befreiung vom Unterricht rechtswidrig gewesen sei. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte ihrer Klage stattgegeben; das Bundesverwaltungsgericht gab indes nun dem Land Nordrhein-Westfalen Recht. Die Schule habe mit der Vorführung nicht gegen das verfassungsrechtliche Gebot verstoßen, bei Ausgestaltung des Unterrichts Neutralität in religiöser Hinsicht zu wahren. Das geltend gemachte „religiöse Tabuisierungsgebot“ laufe „der schulischen Aufgabe, die nachwachsende Generation vorbehaltlos und möglichst umfassend mit Wissensständen der Gemeinschaft und ihrem geistig-kulturellen Erbe vertraut zu machen, in ihrem Kern zuwider“. (Aktenzeichen BVerwG 6 C 12.12)

Neuer Appell

Deutsche Ökonomen werfen der EZB Staatsfinanzierung vor

11.09.2013 · Die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank sind besonders in Deutschland umstritten. Sogar das Bundesverfassungsgericht verhandelt darüber. Ein neuer Ökonomen-Aufruf geht hart ins Gericht mit der Politik der Notenbank.

Von [Philip Plickert](#)

82,93

In der Diskussion um die umstrittenen Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) gehen die Ökonomen, die dagegen sind, abermals in die Offensive. In einem von 136 deutschen Wirtschaftsprofessoren unterzeichneten Aufruf (Originaltext siehe unten), der der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vorliegt, werfen sie der Zentralbank „monetäre Staatsfinanzierung“ vor an. „Die Anleihekäufe der EZB sind rechtswidrig und ökonomisch verfehlt“, heißt es in dem Aufruf.

Die EZB hat von Mai 2010 bis Anfang 2012 für mehr als 220 Milliarden Euro Anleihen Griechenlands, Portugals, Irlands, Italiens und Spaniens gekauft. Alle genannten Länder hatten während dieser Zeit mitunter große Finanzierungsschwierigkeiten - mit Ausnahme Italiens bekommen alle mittlerweile Finanzhilfe ihrer europäischen Partnerländer und des Internationalen Währungsfonds. Im Sommer des vergangenen Jahres kündigte EZB-Präsident Mario Draghi dann an, die Euro-Notenbank werde notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Ländern in Not kaufen. Die EZB begründet ihr sogenanntes OMT-Programm mit geldpolitischen Zwecken, nämlich um den beschädigten „Transmissionsriemen“ wiederherzustellen: Die Zinsen und Risikoaufschläge der Krisenländer waren stark gestiegen, obwohl die Zentralbank den Leitzins auf ein Rekordtief gesenkt hatte.

Die nun protestierenden Ökonomen bezweifeln das. „Wenn die Anleihekäufe der EZB geldpolitisch motiviert wären, würde die EZB ein repräsentatives Portefeuille aller Staatsanleihen der Mitgliedstaaten oder auch privater Anleihen kaufen. Das tut sie aber nicht. Sie kauft nur Anleihen überschuldeter Mitgliedstaaten. Das ist monetäre Staatsfinanzierung“, argumentieren sie. Monetäre Staatsfinanzierung sei zu Recht verboten, weil sie die Unabhängigkeit der Zentralbank gefährde.

„Auch die EZB ist ans Recht gebunden“

Initiiert wurde der aktuelle Aufruf vom Mannheimer Ökonomen **Roland Vaubel**. Unterzeichnet haben es zum Beispiel der Präsident des Ifo-Instituts, **Hans-Werner Sinn**, der frühere Vorsitzende des Sachverständigenrats, Jürgen B. Donges, der Bonner Geldtheoretiker **Manfred Neumann**, der Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium war, sowie der Finanzwissenschaftler und frühere Ministerpräsident von Sachsen, **Georg Milbradt** (CDU), der heute an der TU Dresden lehrt.

Die 136 Professoren stellen sich nicht nur gegen die Argumentation der Zentralbank. Sie wenden sich auch gegen einen [anderen Ökonomen-Aufruf](#), indem europäische und amerikanische Wissenschaftler sich vor die EZB gestellt hatten. Dieser Aufruf wurde initiiert von Marcel Fratzscher, dem Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die Ankündigung des OMT-Anleihekaufprogramm sei „eine der geschicktesten und erfolgreichsten geldpolitischen Kommunikationsmaßnahmen seit Jahrzehnten“ gewesen, hieß es darin. Zugleich warnten dessen Unterzeichner das Bundesverfassungsgericht davor, der EZB beim Anleihekauf Beschränkungen aufzuerlegen. Dies wäre „eine Einladung für Spekulanten“ gegen den Euro.

Der neue Aufruf richtet sich gegen die Auffassung, Karlsruhe dürfe nicht in den EZB-Kurs eingreifen. „Wir halten dem entgegen: **auch die EZB ist an Recht und Gesetz gebunden!**“, schreiben die 136 Professoren. Initiator Vaubel hat sich Verfassungsbeschwerden gegen den Euro-Krisenfonds ESM und das OMT-Programm angeschlossen. Ifo-Präsident Sinn und DIW-Präsident Fratzscher traten im Juli als Sachverständige während der mündlichen Verhandlung in Karlsruhe auf.

Wettstreit um die öffentliche Meinung

Das Urteil des Verfassungsgerichts wird für die Zeit nach der Bundestagswahl erwartet. Die Ökonomen-Aufrufe gehört nun zum Kampf um die öffentliche Meinung. Dabei spielt auch eine Rolle, welches Lager mehr und bedeutendere Ökonomen hinter sich bringen kann. Den Fratzscher-Aufruf haben inzwischen mehr als 240 Volkswirte aus Universitäten auf der ganzen Welt, aber auch aus Banken unterzeichnet. Ifo-Chef Sinn sprach dennoch von einer „schwachen Resonanz“, vor allem unter deutschen Ökonomen, die weniger als ein Viertel der Unterstützer ausmachen.

Bemerkenswert sei, dass der Aufruf in den zuständigen geld- und finanzwissenschaftlichen Fachausschüssen des Vereins für Socialpolitik, des Verbandes der deutschsprachigen Volkswirte, keine Unterstützung finde. Vom geldtheoretischen Ausschuss, der 61 Mitglieder hat, hätten nur vier unterschrieben. „Aus dem finanzwissenschaftlichen Ausschuss mit seinen 113 Mitgliedern stellte sich ein einziger hinter den Aufruf“, schrieb Sinn. Der neue Aufruf hat in diesen Ausschüssen sechs beziehungsweise sechzehn Unterzeichner gefunden.

Der Aufruf

Vor wenigen Wochen hat eine beachtliche Anzahl europäischer und amerikanischer „professioneller Ökonomen“ – darunter eine kleine Minderheit deutscher Professoren – in einem öffentlichen Aufruf die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) verteidigt. Wir – 136 deutsche Professoren der Volkswirtschaftslehre – halten die in dem Aufruf vorgebrachten Begründungen für nicht stichhaltig. Außerdem sind die Anleihekäufe nach unserer Einschätzung rechtswidrig.

Artikel 123 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union untersagt der EZB den „unmittelbaren Erwerb von Schuldtiteln“ der Mitgliedstaaten. Damit ist klagestellt, dass eine monetäre Staatsfinanzierung der Mitgliedstaaten verboten ist. Anleihekäufe im Sekundärmarkt sind nur zulässig, wenn sie nicht der monetären Staatsfinanzierung, sondern geldpolitischen Zielen dienen. Wenn die Anleihekäufe der EZB geldpolitisch motiviert wären, würde die EZB ein repräsentatives Portefeuille aller Staatsanleihen der Mitgliedstaaten oder auch privater Anleihen kaufen. Das tut sie aber nicht. Sie kauft nur Anleihen überschuldeter Mitgliedstaaten. Das ist monetäre Staatsfinanzierung.

Die monetäre Staatsfinanzierung ist zu Recht verboten, weil sie die Unabhängigkeit der Zentralbank gefährdet. Die Zentralbank soll das Preisniveau stabil halten. Es ist nicht ihre Aufgabe, die Risikoprämien zu verringern, die die Mitgliedstaaten auf ihre Anleihen am Markt zahlen müssen.

Die Autoren des oben genannten Aufrufs lehnen ein Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts ab. Sie erklären, dies sei unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Zentralbank. **Wir halten dem entgegen: auch die EZB ist an Recht und Gesetz gebunden!** Sie sollte dagegen unabhängig von der Politik sein. Das ist sie aber nicht, wenn sie sich bereitfindet, durch Anleihekäufe die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten zu finanzieren.

Éducation: la France dépense trop pour des résultats médiocres

- Par [Marie-Estelle Pech](#)
- Publié le 11/09/2013 à 20:34

82,95



Masse salariale, agents administratifs, nombre d'écoles : selon une étude de l'Ifrap, la France consacre 30 milliards de plus que l'Allemagne et le Royaume-Uni à ce secteur.

Dans une note inédite et coup de poing, la fondation pour la recherche sur les administrations et les politiques publiques ([Ifrap](#)), un think-tank classé à droite, frappe fort en décidant de **s'intéresser aux raisons pour lesquelles la France dépense tous les ans «30 milliards de plus» que le Royaume-Uni et l'Allemagne pour ses écoles, ses collèges et ses lycées**. Si la fondation a comparé ces trois pays, c'est parce qu'ils comptent environ le même nombre d'élèves scolarisés (10,5 millions) et parce qu'ils obtiennent à peu près les mêmes résultats dans [Pisa](#), une enquête internationale menée tous les trois ans auprès des jeunes de 15 ans et destinée à [évaluer leurs «compétences» scolaires](#) dans diverses disciplines.

La dizaine de personnes qui ont travaillé avec l'Ifrap pour réaliser l'étude ont identifié trois principaux surcoûts. Le premier, c'est **la masse salariale des professeurs**: de l'ordre de 10 milliards de plus par an en France, notamment parce **que l'Hexagone compte 126.000 professeurs de plus qu'en Allemagne et 300 000 de plus qu'au Royaume-Uni**. **«Nos professeurs sont certes moins bien payés qu'en Allemagne, mais beaucoup plus nombreux, ils donnent moins d'heures de cours et leurs pensions sont aussi plus chères»**, détaille Agnès Verdier-Molinié, directrice de la fondation.

Le deuxième facteur de surcoût est moins connu. Là où la France compte **350.000 personnels administratifs payés sur fonds publics travaillant dans le secteur éducatif (cantine, entretien, administration des établissements, etc.)**, l'Allemagne en compte 87.600 et le Royaume-Uni 106.100. Le Royaume-Uni compte toutefois davantage d'assistants d'éducation pédagogiques que la France...

«Très fort monopole étatique»

Le ministère français est légèrement plus fourni en personnel que les autres: Rue de Grenelle, on compte 3143 agents, contre 2780 au Royaume-Uni. L'État fédéral allemand n'en compte certes que 900, mais, faute de données, l'Ifrap n'a pas pris en compte les personnes responsables de l'éducation dans les Länder (régions) alors que ce pays est fortement décentralisé.

Le dernier facteur de surcoût, c'est le **nombre d'établissements scolaires**. La France en compte 48 984, hormis les maternelles, contre 32 803 pour l'Allemagne et 29 955 pour le Royaume-Uni. Cette situation peut s'expliquer par la plus faible densité de population en France. Mais pour l'Ifrap, **le surcoût est lié au très grand nombre d'échelons locaux (communes, départements, régions) qui s'entrechoquent avec l'État déconcentré: académies et inspections d'académie**. Ainsi, si on compte 36.800 intervenants dans la politique éducative en France, ils sont moins de 12.000 en Allemagne et 4500 au Royaume-Uni.

Le nœud du problème, c'est «moins la rationalisation des moyens que l'absence de choix opéré entre décentralisation assumée et tentation de recentralisation»

Fondation Ifrap

La gestion éducative de ces trois pays est en effet très différente. **L'Allemagne et le Royaume-Uni privilégient une gestion locale, alors que la France «maintient un très fort monopole étatique sur l'enseignement national»**, rappelle l'Ifrap. Pour la fondation, le nœud du problème, c'est «moins la rationalisation des moyens que l'absence de choix opéré entre décentralisation assumée et tentation de recentralisation». Les régions françaises sont notamment en charge du foncier et de l'entretien des lycées, des personnels ouvriers et de service, les départements s'occupent de l'entretien des collèges, des transports ; les communes, des écoles primaires. **Au fur et à mesure des différentes vagues de décentralisation, elles ont multiplié les services de gestion pour assumer ces nouvelles responsabilités, mais elles n'ont aucun contrôle sur le recrutement des enseignants.**

«Dans les faits, on assiste à un véritable écheveau inextricable de services à tous les niveaux», affirme l'Ifrap. Entre autres exemples, la note évoque les «nombreuses missions qui se greffent sur les directions au ministère, souvent en parallèle de leurs services (mission rythmes scolaires, mission éducation prioritaire, etc.), sans compter les futurs conseils des programmes ou de l'évaluation» ou encore «les services déconcentrés en charge de la formation dans les rectorats que l'on retrouve doublonnés dans les régions.» Et les auteurs de l'étude se demandent aussi en quoi une direction des relations internationales et européennes et de la coopération a-t-elle une utilité, alors que le Quai d'Orsay pilote la plupart des actions éducatives à l'étranger...

L'Ifrap avance des propositions: l'État doit selon elle «assumer la décentralisation du système éducatif vers un échelon plus compétent, comme les communes, qui gérerait les questions d'éducation sur leur territoire comme cela se pratique déjà au Royaume-Uni (autorités locales) et [en Allemagne \(communes\)](#)». Cette décentralisation s'opposerait néanmoins à une **spécificité française: son très grand nombre de communes, plus de 36.700.**

«Il faut limiter cet éparpillement comme cela a été organisé en Allemagne dans les années 1970, avec la fusion des communes et au Royaume-Uni dans les années 2000 avec l'abolition des échelons intermédiaires comme les régions et **la promulgation d'un nouveau paysage administratif simplifié**».

September 11, 2013

A Plea for Caution From Russia

By *VLADIMIR V. PUTIN*

82,97

MOSCOW — RECENT events surrounding Syria have prompted me to speak directly to the American people and their political leaders. It is important to do so at a time of insufficient communication between our societies.

Relations between us have passed through different stages. We stood against each other during the cold war. But we were also allies once, and defeated the Nazis together. The universal international organization — the United Nations — was then established to prevent such devastation from ever happening again.

The United Nations' founders understood that decisions affecting war and peace should happen only by consensus, and with America's consent the veto by Security Council permanent members was enshrined in the United Nations Charter. The profound wisdom of this has underpinned the stability of international relations for decades.

No one wants the United Nations to suffer the fate of the League of Nations, which collapsed because it lacked real leverage. This is possible if influential countries bypass the United Nations and take military action without Security Council authorization.

The potential strike by the United States against Syria, despite strong opposition from many countries and major political and religious leaders, including the pope, will result in more innocent victims and escalation, potentially spreading the conflict far beyond Syria's borders. A strike would increase violence and unleash a new wave of terrorism. It could undermine multilateral efforts to resolve the Iranian nuclear problem and the Israeli-Palestinian conflict and further destabilize the Middle East and North Africa. It could throw the entire system of international law and order out of balance.

Syria is not witnessing a battle for democracy, but an armed conflict between government and opposition in a multireligious country. There are few champions of democracy in [Syria](#). But there are more than enough Qaeda fighters and extremists of all stripes battling the government. The United States State Department has designated Al Nusra Front and the Islamic State of Iraq and the Levant, fighting with the opposition, as terrorist organizations. This internal conflict, fueled by foreign weapons supplied to the opposition, is one of the bloodiest in the world.

Mercenaries from Arab countries fighting there, and hundreds of militants from Western countries and even Russia, are an issue of our deep concern. Might they not return to our countries with experience acquired in Syria? After all, after fighting in Libya, extremists moved on to Mali. This threatens us all.

From the outset, [Russia](#) has advocated peaceful dialogue enabling Syrians to develop a compromise plan for their own future. We are not protecting the Syrian government, but international law. We need to use the United Nations Security Council and believe that preserving law and order in today's complex and turbulent world is one of the few ways to keep international relations from sliding into chaos. The law is still the law, and we must follow it whether we like it or not. Under current international law, force is permitted only in self-defense or by the decision of the Security Council. Anything else is unacceptable under the United Nations Charter and would constitute an act of aggression.

No one doubts that poison gas was used in Syria. But there is every reason to believe it was used not by the Syrian Army, but by opposition forces, to provoke intervention by their powerful foreign patrons, who would be siding with the fundamentalists. Reports that militants are preparing another attack — this time against Israel — cannot be ignored.

It is alarming that military intervention in internal conflicts in foreign countries has become commonplace for the United States. Is it in America's long-term interest? I doubt it. Millions around the world increasingly see America not as a model of democracy but as relying solely on brute force, cobbling coalitions together under the slogan "you're either with us or against us."

But force has proved ineffective and pointless. Afghanistan is reeling, and no one can say what will happen after international forces withdraw. Libya is divided into tribes and clans. In Iraq the civil war continues, with dozens killed each day. In the United States, many draw an analogy between Iraq and Syria, and ask why their government would want to repeat recent mistakes.

No matter how targeted the strikes or how sophisticated the weapons, civilian casualties are inevitable, including the elderly and children, whom the strikes are meant to protect.

The world reacts by asking: if you cannot count on international law, then you must find other ways to ensure your security. Thus a growing number of countries seek to acquire weapons of mass destruction. This is logical: if you have the bomb, no one will touch you. We are left with talk of the need to strengthen nonproliferation, when in reality this is being eroded.

We must stop using the language of force and return to the path of civilized diplomatic and political settlement.

A new opportunity to avoid military action has emerged in the past few days. The United States, Russia and all members of the international community must take advantage of the Syrian government's willingness to place its chemical arsenal under international control for subsequent destruction. Judging by the statements of [President Obama](#), the United States sees this as an alternative to military action.

I welcome the president's interest in continuing the dialogue with Russia on Syria. We must work together to keep this hope alive, as we agreed to at the Group of 8 meeting in Lough Erne in Northern Ireland in June, and steer the discussion back toward negotiations.

If we can avoid force against Syria, this will improve the atmosphere in international affairs and strengthen mutual trust. It will be our shared success and open the door to cooperation on other critical issues.

My working and personal relationship with President Obama is marked by growing trust. I appreciate this. I carefully studied his address to the nation on Tuesday. And I would rather disagree with a case he made on American exceptionalism, stating that the United States' policy is "what makes America different. It's what makes us exceptional." It is extremely dangerous to encourage people to see themselves as exceptional, whatever the motivation. There are big countries and small countries, rich and poor, those with long democratic traditions and those still finding their way to democracy. Their policies differ, too. We are all different, but when we ask for the Lord's blessings, we must not forget that God created us equal.

Vladimir V. Putin is the president of Russia.

September 11, 2013

Linking Hands, Catalans Press Case for Secession

By [RAPHAEL MINDER](#)

82,99



BARCELONA, Spain — Hundreds of thousands of people waved flags and joined hands across Catalonia on Wednesday, in a show of popular force that Catalan leaders hope will revive their push for Spain’s economically most powerful region to secede from the rest of the country.

The human chain was formed on what Catalonia’s 7.5 million inhabitants celebrate as their national day. Last year, hundreds of thousands gathered on the same day in Barcelona, in northeastern Spain, in what was the largest separatist event to date.

Organizers of this year’s event insisted that even more people joined the demonstration, but official government figures were not immediately available. The chain on Wednesday ran for 250 miles through villages in the Pyrenees, close to the border with France, all the way to resorts on the Mediterranean Sea.

The turnout served as a stinging reminder for the central government of Prime Minister Mariano Rajoy that **the separatist push in Catalonia remains one of Madrid’s main domestic challenges, even though Mr. Rajoy has repeatedly warned Catalonia that any independence referendum would violate Spanish law.**

Having regrouped after a [setback in regional elections](#) in November, [Artur Mas](#), the president of the Catalan government, now appears as determined as ever to push his secession agenda. On Wednesday he told a briefing of foreign correspondents that “there is a Catalan road map that is perfectly established and that we’re following step by step,” all the way toward forming a new state. That road map “goes through the ballot box,” he added.

Mr. Mas shot to the forefront of Spanish politics with last year’s demonstration, organized as a show of popular discontent and separatist aspiration after **Mr. Rajoy refused to grant Catalonia the favorable fiscal treatment it demanded. Catalonia’s leaders, who in conversation talk about Spain as if it is a separate country,** remain determined to succeed in their separatist push.

Mr. Mas’s setback in November, when voters punished him for shifting attention away from his government’s unpopular austerity measures and other pressing economic issues, gave him unexpected breathing space. It also forced Mr. Mas to focus on Catalonia’s messy internal politics and form a coalition with lawmakers who share his separatist ambitions but not his economic agenda.

He and his parliamentary coalition partners say they are committed to holding a referendum next year, but their ability to stick to that pledge is far from certain, as is the shape that vote will take.

Many participants in Wednesday's human chain, some wearing the red and yellow flag of Catalonia, said they trusted that their politicians would eventually force a referendum on the region's independence.

"I want my first-ever vote to be one for independence," said Judit Buxeda, who recently turned 18, the minimum voting age in Spain. **"We want to be in charge and decide how to promote our own history, language and culture without being told by Spain how to do it."**

Mr. Mas has recently left the door open for further negotiations with Madrid, despite Mr. Rajoy's refusal to cede any ground. This month, after holding what was meant to be a secret meeting with Mr. Rajoy in Madrid, Mr. Mas suggested that a Catalan vote might end up taking place as late as 2016, in the form of a regional election, rather than meeting the 2014 referendum deadline to which he agreed with his pro-independence coalition partners.

While couched in high-minded ideals, much of the recent feuding between Madrid and Catalonia has centered **on the more mundane issue of whether relatively affluent Catalonia's somewhat oversize share of the national budget should be reduced.**

At the same time, Catalonia's own financial mismanagement has come under the spotlight. **Catalan politicians are entangled in corruption scandals linked to the construction bubble that burst in 2008.** Last year, the government of Mr. Mas failed to meet the budget deficit target set by Madrid. It has also been struggling to reduce about \$66 billion in public debt.

In Catalonia's largest city, Barcelona, there were two separate human chains, one circling the Sagrada Familia, the unfinished basilica built by Antoni Gaudí. Large crowds also gathered in some of Barcelona's main squares.

"Some people in Spain and around the world were saying that the separatist impulse of last year was dying down or changing, but this is a very visual way to show that this is far from being the case," said Alfred Bosch, leader in the Spanish Parliament of the left-leaning Esquerra Republicana de Catalunya party, which has long pushed for independence.

While the mass gathering came to a peaceful end in Catalonia, a group of extremists, using tear gas, attacked a Catalan cultural center in Madrid in the early evening, leaving five people lightly injured, according to Spanish news reports.

Burqini Ruling

Court Says Schools Can Require Co-Ed Swims

Germany's top federal administrative court has ruled that schools can require Muslim girls to participate in co-ed swimming classes. The judges argue they can wear a burqini to address any concerns about religious dress codes.

Germany's highly anticipated "burqini ruling" is out. The federal administrative court in Leipzig, the highest in the country for such issues, ruled on Wednesday that schools can demand that Muslim school girls participate in co-ed swimming classes. The court stated that in order to respect their religious dress codes, girls are allowed to wear a full-body bathing suit known as a "burqini."

The ruling sparks the end of a legal challenge by Aisha, a 13-year-old girl from a high school in Frankfurt. The parents of the girl, who is of Moroccan origin, had sought to have their daughter exempted from a co-ed swimming class at the school. They argued that mixing girls and boys in swimming courses could not be reconciled with Muslim dress codes. Two years ago, however, the high school refused to exempt the girl.

In a first ruling in the case, an administrative court in Kassel in the state of Hesse affirmed the school's refusal to exempt her from the swimming class and rejected the case, arguing that it was okay to order the girl to participate in the class wearing a burqini. At issue in the current appeal was a fundamental decision between the individual's constitutional right to freedom of religion and the state's constitutional obligation to educate all children.

No Right To Avoid Seeing Boys in Swim Trunks

The girl at the [center of the case](#) had attended school in Morocco until she turned eight. Later, she earned good grades at school in Germany and was accepted into one of the country's university-track high schools. After the school rejected her exemption from the swimming class, she simply stopped attending it. This caused her to flunk physical education on her half-year report card. But she managed to get the lowest possible passing grade on her final report card by attending normal gym classes, nearly completely covered from head to toe in a pair of long pants, a shirt with long sleeves and a headscarf.

The federal administrative court in Leipzig also rejected arguments that a girl should not be exposed to male students in swimming suits during gym class for religious reasons. The judges said she had no other choice but to be in the same place with them because, "The constitutional right to freedom of religion does not convey any fundamental right in the context of school to not be confronted by the behavioral patterns of third parties, including those relating to the area of clothing, items that are part of everyday life outside of school and in many places, particularly during certain times of the year."

In Germany, a country that is home to around 4 million Muslims, it is becoming an increasingly more common sight to see Muslim girls wearing burqinis at school and public swimming pools. With the exception of the face, hands and feet, the bathing suit covers the entire body and also includes an integrated headscarf. Although burqinis resemble diving suits, they are actually comprised of several pieces with generously cut cloth, guaranteeing that, even when wet, the material doesn't stick to the skin to reveal a girl or woman's curves.

September 12, 2013

European Lawmakers Expand Power of Central Bank

By [JAMES KANTER](#)

82,102

BRUSSELS — European Union legislators on Thursday overwhelmingly approved a law that puts about 150 of the euro zone’s largest banks under the scrutiny of the European Central Bank.

The vote on the legislation, which contains provisions that would give the European Parliament greater oversight of the E.C.B. when the bank assumes its newly won authority, is **an important but not final step in a winding process that began in early 2012, during one of the most fevered periods in the euro zone financial crisis.**

On the heels of the approval, the so-called **Single Supervisory Mechanism** is expected to start work during the autumn of 2014 after the European Central Bank conducts a “stress test” on the lenders coming under its aegis. European Union governments still must give the law one final approval though that is expected to be a formality.

The idea is that the central bank would do a better job than national supervisors of nipping financial problems in the bud so that governments do not need to resort to bank bailouts that destabilize the euro and penalize taxpayers.

The approval also was the **first step in a multistage process** toward a broader, pan-European vision of banking being referred to as a **banking union**. **The next stage of that effort — creation of a single system for shutting down or restructuring banks — is under way.** But progress has been slowed by the **reluctance of Germany to commit to a unified banking system that could lead to euro zone member nations being responsible for one another’s debts.**

Even so, Thursday’s approval was among the “most important votes of this parliamentary term,” Michel Barnier, the European Union commissioner overseeing financial services, told lawmakers after the vote. The law will help to “improve and restore confidence our citizens have in our system, as well as the confidence of the rest of the world in our system,” he said.

Lawmakers had delayed the vote, originally scheduled for Tuesday, amid demands for more power to oversee the central bank.

The approval came only after the president of the Parliament, Martin Schulz, told members that Mario Draghi, the president of the European Central Bank, had agreed to “strong parliamentary oversight” resulting in “a high degree of accountability.”

The Parliament said the central bank had agreed to share detailed records of meetings of the bank supervisory board.

The European Parliament also would share power with European Union governments over the selection of the head and the deputy head of the supervisory board. And the Parliament’s influential economic and monetary affairs committee would have the right to summon the supervisory board’s head for hearings.

The demands by the Parliament, the democratically elected arm of the European Union, were signs of its growing assertiveness.

The new Single Supervisory Mechanism will be compulsory for banks operating in the euro area. European Union countries that are not part of the single currency bloc can still opt to put their banks under the system.

The lawmakers, meeting in Strasbourg, France, voted 559 in favor of making the central bank the single supervisor. Sixty-two members voted against the measure and 19 abstained.

In a separate development on Thursday, a senior European Union court official said in an opinion that one of the rules devised by E.U. officials to stem the euro crisis should be rolled back.

Niilo Jaaskinen, an advocate-general at the European Court of Justice in Luxembourg, said the agency based in Paris that oversees the European Union's financial markets **should not be allowed to ban short-selling in any member state**. The British government had challenged the rules, saying they went beyond the jurisdiction of the European Securities and Markets Authority.

Opinions handed down by advocates-general are not binding on judges. But judges do follow the advice in a majority of cases when they make a definitive ruling several months later.

Britisches Magazin empfiehlt Wiederwahl Merkels

Die Welt 12. September

82,104

Das britische Wirtschaftsmagazin "Economist" hat eine klare Botschaft: Deutschland sollte Merkel wählen. "Stick with Mutti", also "Halte dich an Mutti", lautet die Aufforderung von der Insel. Von Thomas Vitzthum



Foto: The Economist "One woman to rule them all": Der Economist hebt Angela Merkel auf die Titelseite – und empfiehlt die Wahl der Kanzlerin.

Es sind Diskussionen, die in deutschen Redaktionsräumen meist mit einem klaren "Nein, machen wir nicht" enden. Auf die vor einer Wahl immer wieder aufkommende Frage, ob man denn eine Wahlempfehlung aussprechen sollte, entspinnt sich immer eine lebhafte Debatte, bei der allerdings meist nur die verschiedenen Gründe für eine Ablehnung aufeinander getürmt werden.

Es gab natürlich schon Medien, die eine Wahlempfehlung abgegeben haben und es gibt Medien, bei denen ist die Ausrichtung so klar, dass ihre normale Berichterstattung schon Empfehlung genug ist; aber zu schreiben: Wählen Sie diesen oder jenen, das ist in Deutschland – zum Glück? – sehr ungewöhnlich. Man fühlt sich der Neutralität doch einigermaßen verpflichtet.

Empfehlungen haben im Ausland Tradition

Anders in den angelsächsischen Staaten. In den USA und Großbritannien sind Wahlaussagen Usus, ja sogar Pflicht. Da werden Sender und Blätter sogar bisweilen klar Parteien zugeordnet. So spricht man vom republikanischen Sender "Fox News", als handle es sich bei dem US-Sender um nichts anderes als den Parteirundfunk.

Ungewöhnlich ist es allerdings, was ein britisches Magazin nun getan hat. Denn in Großbritannien steht keine Wahl an. Eine Wahlempfehlung sprechen die Briten dennoch aus: Die Deutschen sollen doch bitte Angela Merkel wählen.

Deutsche sollen "Mutti" wählen

"Stick with Mutti" – "Halte Dich an Mutti" – schreiben die Autoren und weiter: "Wir glauben, dass Frau Merkel die richtige Person ist, um ihr Land zu führen und folglich auch Europa."

Der "Economist" spricht sich zugleich für eine Neuaufgabe der bestehenden schwarz-gelben Koalition und gegen eine große Koalition von Union und SPD aus. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sei unter Merkel zwar ein "ausgezeichneter Finanzminister" gewesen, seine Partei seither aber deutlich nach links gerückt. **Das Magazin wird als wirtschaftsliberal eingestuft.**

Auf dem Cover der Ausgabe, die am 14. September erscheint, steht die Bundeskanzlerin in ihrer bekannten Haltung, bei der die Daumen sich berühren – exakt ist die Merkel-Raute nicht getroffen – auf einer Säule und wird aus dem Himmel herab von einem Sonnenstrahl illuminiert.

"One woman to rule them all", so lautet der Titel. Das heißt nicht etwa "Eine Frau, die über alle herrscht". Vielmehr handelt es sich um eine literarische Anspielung auf Tolkiens "Herr der Ringe". Dort ist von dem magischen – und gefährlichen – Ring als "One ring to rule them all" die Rede. Das wird gemeinhin übersetzt als **"Ein Ring, sie alle zu knechten"**.

Merkel landet immer wieder auf dem Titel

So ganz schmeichelhaft ist dies dann also doch nicht. Zumal die Säulenheilige über einer Landschaft thront, die von den desolaten Symbolen Europas bestanden wird: einem im Morast versunkenen Big Ben, der halb abgesoffenen Akropolis, einer verrutschten Büste Platons, einem noch schiefere Turm von Pisa und einem Eiffelturm, dessen Spitze sich neigt wie der Kopf einer verdorrten Blume.

Damit bleibt der "Economist" dem vieldeutigen Stil seiner bisherigen Merkel-Cover treu. Die setzten sich durchaus kritisch mit der Europa-Politik der Kanzlerin auseinander. Mal posierte Merkel im Militär-Gewand vor der Akropolis und gab die Losung aus "Acropolis now".

Im August vor einem Jahr wurde Merkel an einem Schreibtisch gezeigt, in der Hand eine Mappe mit der Aufschrift: "How to break up the Euro" – "Wie man den Euro auseinanderbrechen kann". Sie wurde durch die Überschrift "Tempted Angela?" als Versuchte dargestellt, die insgeheim an einem Ausstiegsszenario aus der gemeinsamen Währung arbeite.

Seither hat Merkel sich wohl in den Augen der Briten nicht als diejenige bewährt, die den Euro zerbrechen lassen will. Gerade die Euro-skeptischen Briten haben daran offenbar kein Interesse. Und auch wenn Merkel alle knechtet, so ganz falsch scheint ihre Politik in den Augen des Nachrichtenmagazins wohl nicht gewesen zu sein.

Italy floated plans to leave euro in 2011, says ECB insider

By [Ambrose Evans-Pritchard Economics](#) Last updated: September 12th, 2013

82,106



So, we now know: Silvio Berlusconi seriously floated plans to pull Italy out of the euro in October/November 2011, precipitating his immediate removal from office and decapitation by EMU policy gendarmes.

Ex-ECB insider Lorenzo Bini-Smaghi has quietly dropped a few bombshells in his new book *Morire di Austerita* (Dying of Austerity), worth a read if you know Italian.

Mr Bini-Smaghi – until recently on the ECB's six-man executive council, and for many years Italy's man in Frankfurt – states that Silvio Berlusconi was toppled as Italian premier in November 2011 as soon as he began to rattle the EMU cage in earnest.

Specifically, he discussed (threatened?) Italian withdrawal from the euro in private meetings with other EMU governments, presumably with Chancellor Angela Merkel and France's Nicolas Sarkozy, since he does not negotiate with underlings. (*"L'ipotesi d'uscita dall'euro era stata ventilata in colloqui privati con i governi degli altri paesi dell'euro"*).

We have long suspected this. Now it is confirmed.

Mr Bini-Smaghi also reveals that Merkel continued to think that Greece could be thrown out of the euro safely as late as the early autumn of 2012, when the *Pfennig* finally dropped that all hell would break loose, with chain reactions engulfing the whole system. She then switched tack abruptly, rushing to Athens to praise the new government for its heroic efforts. *"Merkel l'ha capito sole nell'Autunno del 2012"*.

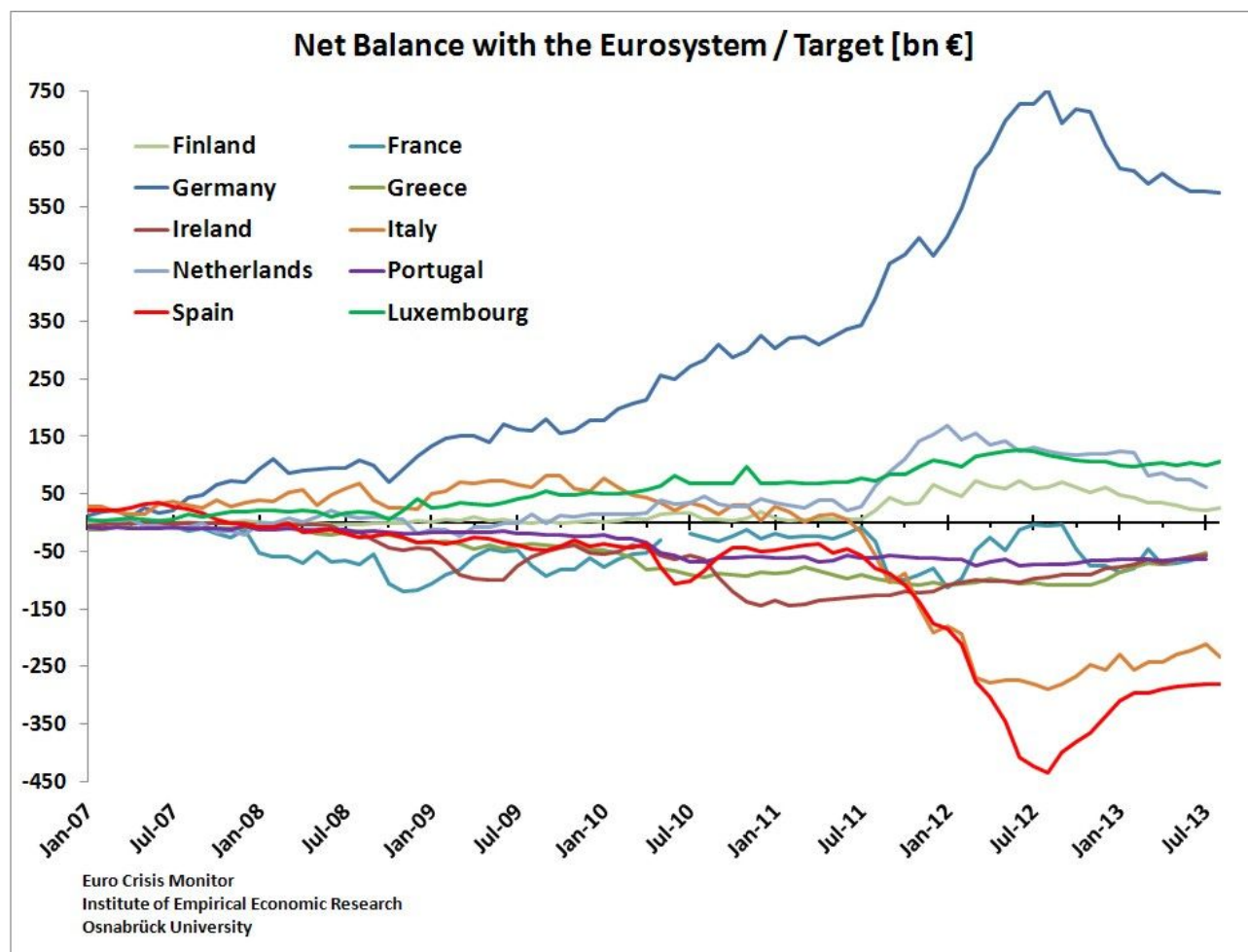
He confirms that Germany is indeed on the hook for €574bn of credits from the Bundesbank to the central banks of Greece, Portugal, Ireland, Italy, Cyprus, and Slovenia.

We have always been assured that the so-called Target2 credits within the ECB's internal payments system is a technical adjustment, without significant risk.

Mr Bini-Smaghi states that any EMU state leaving the euro would face likely default on external obligations. "The national central bank would not be able to repay liabilities accumulated in relation to other members of the euro system, which are registered in the internal payments system of the Union (known as Target2). The insolvency would provoke substantial losses for counter-parties in other eurozone countries, including central banks and states."

German voters may wish to know this before the elections on Sunday week, since they are told otherwise by their own leaders. The anti-euro AfD party – now running at 4pc in the polls, with a shot at the Bundestag – might also find this to be of interest.

As I understand it, the Bundesbank (and the central banks of Finland, Holland, and Luxembourg, likewise) offsets the Target2 claims on the Club Med bloc by selling securities to banks registered in Germany. It does this for monetary policy reasons.



This means that if the euro blows up, the Bundesbank still owes this money to the same private banks, which could be Deutsche Bank, but could also be Nomura, Citigroup, or Barclays. This is not fictitious. The Bundesbank cannot default on these securities.

Perhaps I am a bear of very little brain, but I have yet to hear a satisfactory explanation as to how this can be conjured away painlessly, as we are told by a long list of illustrious economists that it can be. I have never seen them answer this issue. They publish long papers, blinding everybody with science as economists are prone to do (usually bluffing), but never get to the core point.

The fast is that Target2 is the flipside of intra-EMU capital flight. Private investors have pulled out of Club Med, dumping their claims onto the taxpayers of Germany and the northern creditor states. Dress this up any way you want, but that is the reality.

Yes, the Bundesbank could print money with gay abandon in such a crisis – and would have to do so to avoid a deflationary shock, and on a much larger scale than anything suggested so far within the EMU construct. Germany would no doubt muddle through, but its monetary doctrines would be shredded.

The Bundesbank's official position is that the Target2 controversy is a storm in a teacup. In fact, they don't believe it themselves. A Bundesbanker with direct responsibility for Target2 said in my presence that he "worries about it every night". The bank's own president Jens Weidmann testified last year that the imbalances are an "unacceptable risk".

I suspect that somebody is trying to pull the wool over the eyes of the German people, and it is not the splendidly outspoken Jens Weidmann. I disagree with his monetary theories: his intellectual honesty is magnificent.

One woman to rule them all

German voters should re-elect Angela Merkel as their chancellor—and Europe's leader

Sep 14th 2013 | [From the print edition](#)

82,108



EVER since the euro crisis broke in late 2009 this newspaper has criticised the world's most powerful woman. We disagreed with Angela Merkel's needlessly austere medicine: the continent's recession has been unnecessarily long and brutal as a result. We wanted the chancellor to shrug off her cautious incrementalism and the mantle of her country's history—and to lead Europe more forcefully. She is largely to blame for the failure to create a full banking union for the euro zone, the first of many institutional changes it still needs. She has refused to lead public opinion, never spelling out to her voters how much Germany is to blame for the euro mess (nor how much its banks have been rescued by its bail-outs). We also worry that she has not done enough at home: in recent years no country in the European Union has made fewer structural reforms, and her energy policies have landed Germany with high subsidies for renewables and high electricity prices.

And yet we believe Mrs Merkel is the right person to lead her country and thus Europe. That is partly because of what she is: the world's most politically gifted democrat and a far safer bet than her leftist opponents. It is also partly because of what we believe she could still become—the great leader Germany and Europe so desperately needs.

Politically, few can match Mrs Merkel. As other leaders have soared and dipped (Barack Obama and David Cameron spring to mind) or not taken off at all (poor François Hollande), she has remained both popular and trusted. And do not underestimate her achievement in holding Europe together. Greece has not fallen out of the euro; northern Europeans have paid for bail-outs; Spain and others have made reforms few thought possible; she helped get rid of clowns like Italy's Silvio Berlusconi. The euro's survival so far was not inevitable.

The German election campaign has been another episode in Merkelvillianism (see [article](#)). She has barely talked about domestic, European or foreign policy, but rather about trust. Her message is that Germany is prospering, unemployment is at a 20-year low and she has handled the euro crisis well—so this is no time for a change. Her party's steady 40% poll rating suggests that the message is working. She is far more popular than her main opponent, Peer Steinbrück. He is an engaging politician from the liberal wing of the Social Democratic Party who was an excellent finance minister in Mrs Merkel's 2005-09 grand coalition, and his party has at times suggested braver answers to the euro crisis than Mrs Merkel has. But the Social Democrats have veered sharply left, with a redistributive manifesto of tax rises on the rich, a new wealth tax and a high

minimum wage. The party has become anti-reform, to the extent of largely disowning the Agenda 2010 labour-market reforms made by the previous Social Democratic chancellor, Gerhard Schröder.

In a straight contest between Mrs Merkel and Mr Steinbrück, she would clearly have our vote. But Germany rules by coalition. Since Mr Steinbrück has no chance of winning with the Greens, his preferred partner, only three outcomes are plausible: Mrs Merkel's current coalition with the Free Democrats; another grand coalition with the Social Democrats, with Mrs Merkel staying as chancellor; and worst of all, a "red-red-green" coalition of Social Democrats, Greens and the Left party. This last, which Mr Steinbrück rejects but some in his party are tempted by, would be dangerous and unstable.

We favour a continuation of the present coalition. But most Germans prefer another grand coalition. Mrs Merkel herself is comfortable with the idea. The opposition parties control the upper-house Bundesrat, so their consent is already needed for big legislation. Yet a grand coalition would still be a bad outcome. The Social Democrats were bruised by their previous coalition with Mrs Merkel, so would be more recalcitrant. Voters would be pushed towards fringes, including a new anti-euro party, Alternative for Germany, that could well join the Left in parliament. The Free Democrats back economic reform and tax cuts, where a grand coalition would do little.

Angela's Agenda 2020

If Mrs Merkel is re-elected, what will she do? There are two reasons to think that she might become a more forceful proponent of reform at home and abroad. The first is that her instincts are generally on that side. In 2005 she put forward some bold ideas for reforms and tax cuts, though the fall in her party's share of the vote then reinforced her natural caution. In 2009 her enthusiasm was soon crushed by the onset of the euro crisis. But as the crisis fades and growth in Europe picks up, a third-term Merkel, with an eye on her legacy, might push harder to make Europe's economies more competitive.

The second reason for hope is that her cautious approach increasingly looks the more dangerous option for both Germany and Europe. Complacent Germans may be surprised to be told they need more reform. Yet despite today's strength their economy has many underlying weaknesses. A mix of poor demography, excessive reliance on exports, low productivity growth and too many low-paid jobs has led the OECD, a rich-country think-tank, to rank Germany joint last, with Luxembourg, in its growth projections for the next 50 years. The service sector should be opened to more competition. Higher education needs an overhaul: Germany has only one university in the world's leading 50. More investment is required, especially in infrastructure and research and development. Energy prices must be cut. And the public sector needs to become more responsive and productive.

This adds up to a formidable domestic agenda. But in the end Mrs Merkel's real legacy lies in reshaping the EU. Again her instincts are promising: she wants to build a stronger financial union, to push more liberal policies, to complete the single market, to cut welfare and to trim regulation. She wants to keep Britain in the club, though not at any price. Assuming she wins the chancellorship, she will be Europe's dominant politician. Our bet is that she will want to be remembered as a decider not a ditherer.

Angela Merkel

A safe pair of hands

Perceptions of Germany's chancellor, who is likely to win re-election on September 22nd, are completely different at home and abroad

Sep 14th 2013 | BERLIN | [From the print edition](#)

82,110



SUPERSIZED and without commentary, a pair of hands went up the other day on the side of a building just outside Berlin's main train station, with Germany's parliament and government buildings in clear view. The idiosyncratic bracing of thumb and fingers made the digits on the poster instantly recognisable as belonging to Angela Merkel, who is up for re-election as chancellor on September 22nd. The "Merkel rhombus" has become something of a symbol.

Asked about it, she replies, in a disarming and characteristic deadpan, that she adopted the position to solve a practical problem, as any trained scientist would (she earned her PhD with a dissertation on quantum chemistry). The problem was what to do with those hands. The solution was to neutralise them against each other, which happens to be pleasingly symmetrical and also pushes the shoulders up, improving posture.

The explanation is pure Merkel—unpretentious, pragmatic, artfully plain. With a similarly choreographed candour she has let it be known that she likes to cook potato soup for her husband (a scientist who otherwise stays out of public view). She does her own shopping, occasionally getting lost in the supermarket aisles. Mrs Merkel "fits the cliché that we Germans have of ourselves: frugal, sombre, awkward and a bit unpolished in a likeable way," says Ralph Bollmann, author of one of a ream of biographies published this year. That common touch, he thinks, is why the Germans identify so much with their chancellor that in the past few years they have started to call her *Mutti*—"Mum".

The rhombus makes for a striking poster. As telling, though, is what the huge poster lacks. There is only one tiny bit of text: the initials CDU, tucked in the corner. They stand for the Christian Democratic Union, the centre-right party that Mrs Merkel leads, a big tent of churchgoers, conservatives and free-market liberals. Parties and platforms, not personalities, are supposed to play the lead role in German parliamentary elections. But this time, for the CDU, Mrs Merkel's person is the platform.

What is that platform's content? Outside Germany, Mrs Merkel is identified above all with a particular stance in the euro crisis, one which says it can only be solved with "austerity" (meaning brutal budget cuts) on the part of formerly profligate governments and wider economic reforms to make the entire euro zone competitive

again. This explains the cheeky banners Irish football fans held up during last year's European championship: "Angela Merkel thinks we're at work". It also accounts for the odious posters of Mrs Merkel defaced with a Hitler moustache brandished by demonstrators in Greece.

Ganz, Schön, Lustig

Germans see things differently. Mrs Merkel has achieved close to nothing of what she promised in previous election manifestos. There has been no overall tax simplification, for example, only a few giveaways to special interests. She has undertaken no big reform—the last one, liberalising Germany's labour market, occurred a decade ago under her predecessor, Gerhard Schröder. Where she has made bold domestic changes, above all in deciding to give up nuclear power after the 2011 disaster at Fukushima in Japan, she has been adopting policies already favoured by the opposition parties. To Germans, therefore, Mrs Merkel is the opposite of ideological. She is a caregiver, like a *Mutti*, not a taskmaster, like her Irish or Greek caricatures.

By temperament, Mrs Merkel tries to slow political processes down. She also tries to break down problems into discrete units, observing and testing each solution separately before moving on to the next, as a good scientist would. That is what she has done in successive Brussels summits dealing with the euro crisis. Where the world saw a dogmatic Prussian forcing others to be disciplined, the Germans saw a chancellor giving ground to demands from crisis countries and France (on bail-outs, rescue funds and banking union), but cautiously and in the smallest possible increments. As taxpayers, Germans felt she was protecting them even as they understood that more concessions might follow. Mr Bollmann sees this ability to accustom the Germans gradually to new realities, and to know when they are ready to accept more, as Mrs Merkel's particular genius.

Her "politics of small steps" is communicated in a way her countrymen appreciate and foreigners find baffling. Mrs Merkel speaks with soothing tones and simple, reassuring phrases which often have little content—a "sanitised Lego language, snapping together prefabricated phrases made of hollow plastic," as Timothy Garton Ash at Oxford University describes it. In part, Mr Garton Ash allows, this is just the modern German fashion. "Because of Hitler, the palette of contemporary German political rhetoric is deliberately narrow, cautious, and boring." But Mrs Merkel has taken it to new extremes of moderation.

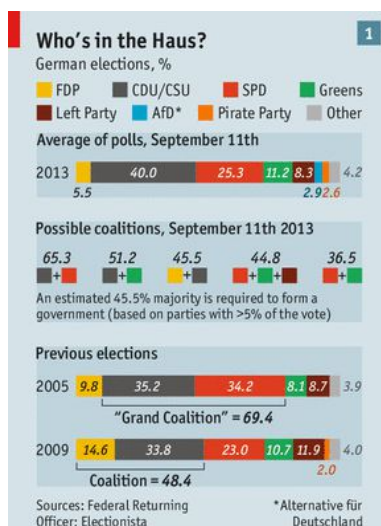
Peer Steinbrück, who as leader of the Social Democrats (SPD) is her main rival in the elections, parodies her well. When he says, "A good foundation is the best precondition for a solid basis in Europe, ladies and gentlemen," it usually brings the house down because it really does sound like Mrs Merkel. In so doing it allows Mr Steinbrück to position himself, in contrast, as one who dishes out "straight talk"—*Klartext*. To Mr Steinbrück's frustration, however, his straight talk often leads to gaffes. When he says that he would not pay less than €5 (\$6.63) for a bottle of Pinot Grigio the German public spends a few days affecting outrage that a Social Democrat with blue-collar interests at heart would say such a thing. But when Mrs Merkel does her *Mutti*-talk, she gets away with it.



dpa Picture-Alliance. Once and future chancellors

A more personal lunge at Mrs Merkel over the euro crisis missed the mark. Trying to make her incrementalism into a shortcoming, Mr Steinbrück suggested that Mrs Merkel lacked "feeling" for the European project because she spent the first 36 years of her life in East Germany, outside the European Communities from which the EU grew. It is true that she has a different (though not necessarily lesser) emotional connection to the EU than that felt, say, by Helmut Kohl, the pro-French CDU chancellor who oversaw German reunification and the

conception of the euro and who brought Mrs Merkel into national politics. But as Mr Steinbrück discovered, a lot of people were offended that he could suspect Mrs Merkel of insufficient euro-passion merely because she grew up an *Ossi* (easterner).



A good bit of what passes for campaign fisticuffs between these two politicians is in fact kabuki. They know and respect each other. In Mrs Merkel's first term, from 2005 to 2009, she led a "grand coalition" between the CDU and the SPD (see chart 1) with Mr Steinbrück as her finance minister. They worked well together. When the financial crisis struck in 2008, the two gave a joint press conference to assure German savers that their bank deposits were safe. That image endures as the moment when the German public calmed down.

Both are also known for a wry sense of humour. In Mr Steinbrück's case, it is broadly ironic (he blames his Danish grandmother for teaching it to him). Mrs Merkel's humour tends nowadays to be low-key and reserved for private occasions, or at least situations removed from the public glare. The block of flats in which she lives has fewer tenants than it did, for security reasons; so her doorbell, marked discreetly with her husband's name, Sauer, sits in a row with others marked Ganz, Schön, Lustig, Schön, Ganz (roughly translated: really quite funny, quite really). She is also a woman of culture and emotion. The risk of controversy does not stop her attending the Wagner festival in Bayreuth every summer; while she will sit through and enjoy the Ring Cycle, her particular favourite is said to be "Tristan and Isolde", with its morbid and tragic beauty.

A good foundation

One of the problems for the SPD and the other large opposition party, the Greens, in running against Mrs Merkel is that, in an admirable display of responsibility, they both voted with her at every step in the euro-rescue. Yes, the Greens, in particular, would have liked to go faster and would have been open to Eurobonds (issued separately by each euro-zone government but guaranteed by all), which Mrs Merkel has ruled out. Bolder action at the beginning might have nipped the crisis in the bud, says Jürgen Trittin, a leading Green; instead Mrs Merkel "always delays, then eventually does what we said". But to most Germans, this just sounds like nitpicking.

More annoyingly for Mr Trittin, voters now have the same blurred view of the parties' differences in energy policy. For most of the 30 years since the Greens entered parliament, their signature demand was for Germany to say *Nein, Danke* to nuclear power. Having previously backed nuclear power, in the days after Fukushima, Mrs Merkel made the most abrupt volte-face of her career. She decided to start turning the plants off and to exit nuclear power altogether by 2022.

For the Greens, this should have been a huge victory. Instead, it allowed Mrs Merkel to neutralise the entire subject. The *En ergiewende* ("energy turn"), which also encompasses a large and generously subsidised push into renewable energy, means putting up prices when in competitors such as America energy is getting cheaper; this looks worrying to some businesspeople. But there is a consensus behind it among all the main parties. Mr Trittin is reduced to bickering about operational details (power lines and so forth) rather than attacking Mrs Merkel head-on.

This is part of a pattern that has been called Merkelvillianism. By small, sly moves, Mrs Merkel has inched the CDU leftward, poaching one policy after another from her centre-left rivals. For decades the CDU favoured military conscription. Then Mrs Merkel abolished the draft, as the left wanted. When the SPD and Greens promised a minimum wage, Mrs Merkel quickly put forth a similar idea (albeit with flexible wage floors across regions and industries). When old-age poverty became the issue earlier this year, she promised to provide higher pensions for older mothers. When the left called for rent controls this summer, she supported them, too. On only one weighty subject does she squarely oppose the left. They want to raise taxes; she does not.

Mr Steinbrück reaches for every available metaphor to paint Mrs Merkel as a plagiarist lacking any conviction. Living in a country run by her is like driving endlessly round a roundabout—few fender benders but also no direction; her finger doesn't point the way but only measures which way the wind is blowing: and so forth. Mrs Merkel drives some people in her own centre-right camp just as batty. A book by a veteran CDU adviser calls her Germany's "godmother"—in the mafia, not the maternal, sense—a person with no values who betrays the ones held by the CDU whenever it suits her. Peter Kohl, the estranged son of the former chancellor, has said that he will abstain from voting because Germany now has, in effect, three social-democratic parties: the SPD, the Greens and Mrs Merkel's CDU. Outside Germany, she is seen as unbending. ("*Austerit ät*, that new word: it sounds so evil," Mrs Merkel jokes in her aw-shucks way.) Inside Germany, she looks as stiff as a plateful of spaghetti.

The best precondition

There is strategic method in her flexibility. By creeping into the political terrain of the opposition parties, Mrs Merkel hopes to reduce their supporters' readiness to go to the polls. In doing so she knows that she will induce some CDU supporters to stay at home, too. But as long as she dampens turnout more for the parties of the left than for her own, she wins. Her political consultants call it "asymmetric demobilisation".

It is not an elegant or very principled strategy, but it seems a workable one. The CDU is the strongest party, with about 40% in most polls. Though it will not secure an absolute majority, most coalition scenarios play out well for Mrs Merkel. One possibility is a continued partnership between the CDU, its Bavarian sister party (the CSU) and the liberal Free Democrats (FDP), her current coalition partner. Another possibility, which would provide a bigger majority but trickier internal politics, is a grand coalition between the CDU and the SPD like the one that Mrs Merkel ran in her first term. Mr Steinbrück has said that he would not serve in such a government again, but that is not in itself a deal breaker.

A third option is a pact with the Greens. This is less likely because the Greens are at the moment further to the left than the SPD on such issues as tax hikes. But there are moderate greens, especially in south-western Germany. And the party, which shares power in six states, and has shared it with the CDU at state level in the past, is hungry for a return to federal government.

By contrast, an SPD-Green coalition, the only one that Mr Steinbrück has said he would accept, has almost no chance of winning a majority. The only remaining risk to Mrs Merkel is thus an alliance between all the parties of the left, including the party called the Left. But the Left is a pariah in mainstream politics because of its roots in East Germany's communist party and its goal of leaving or dissolving NATO. Mr Steinbrück wants no part in such a "red-red-green" pact, though others in his party could enter one without him.

Mrs Merkel thus has a good chance of staying in power. A victory would not be an endorsement of her domestic record, since that record is muddled. Instead, it would show that Germans forgive her for not having clear visions at home because she has governed during such unusual times. The global financial crisis began in her first term and spilled over into the euro crisis in her second. Disaster management took precedence over domestic reform.



And Germany has without question managed the crisis well (see chart 2). Tax revenues are gushing; the federal government could start repaying its debt in 2015. Youth unemployment is the lowest in Europe. Part of this is down to luck. Germany happens to be good at making the industrial goods that strong economies like China have been demanding. Part of it is down to Mr Schröder’s reforms, which made Germany’s labour market more flexible. But what Germans see is that, while many of its EU partners are struggling, Germany under Mrs Merkel looks strong.

If Mrs Merkel has a vision, it is that the euro zone and the entire EU should become strong, too. “I experienced the collapse of the German Democratic Republic, I don’t want to see the EU falling behind,” she has said. Her advisers believe that the trauma of 1989 informs her view of the euro zone today. Mrs Merkel often adds a statistic: that Europe has 7% of the world’s population, 25% of its output and 50% of its welfare spending. This is her way of warning that the status quo may not be affordable for much longer.

A solid basis in Europe

Europe “has no legal right to be leading in world history,” she says. “So we have to be careful that solidarity also leads to results, lest we all get weak together.” This message is aimed in part at France, Germany’s longtime partner, which is not reforming as fast as Mrs Merkel would like. In part, she is addressing Spain, Portugal and Greece, to encourage them to keep reforming. And in part she is talking, softly but sternly, to the Germans, lest they forget that as recently as the 1990s, Germany was called “the sick man of Europe”.

Keeping the European family healthy takes never-ending hard work and forbearance, says the Protestant pastor’s daughter and *Mutti* of her nation. For an otherwise protean woman, such sentiments probably do come from conviction.

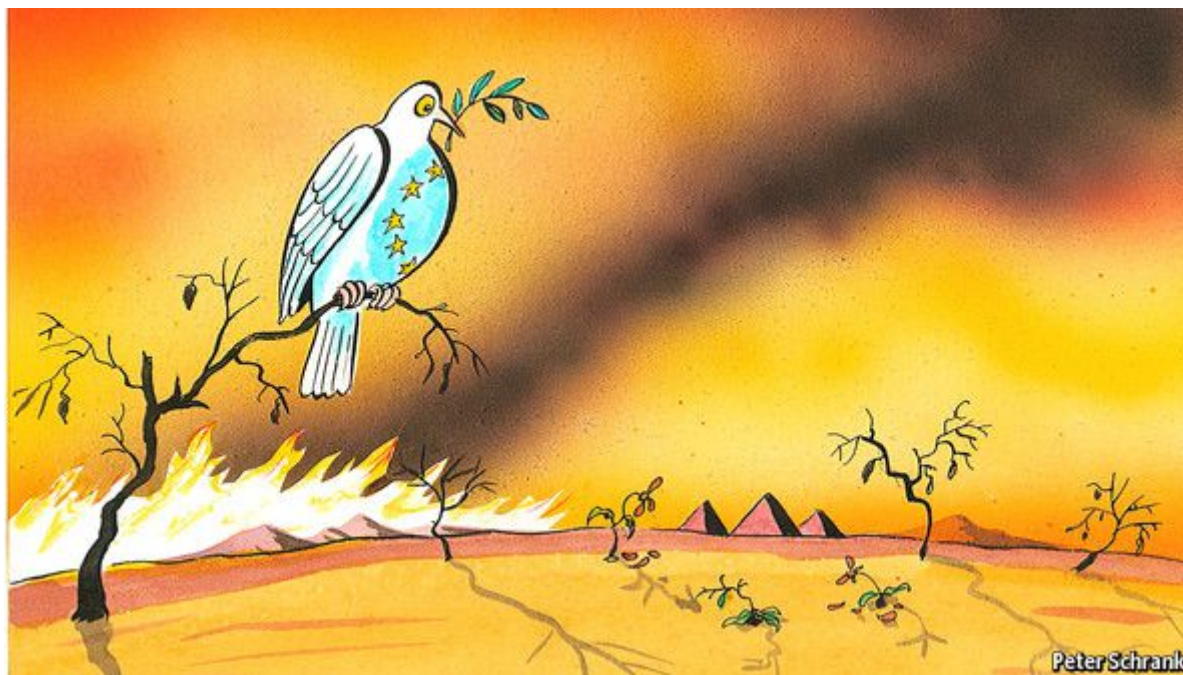
Charlemagne

A post-war continent

Europe cannot decide the course of the Arab spring, but it still matters

Sep 14th 2013 | [From the print edition](#)

82,115



AFTER the butchering of soldiers in the first world war and of civilians in the second, one should not be too hard on Europeans—especially Germans—for losing their love of killing. Post-war Europe is, increasingly, past wars. To judge from the parliamentary vote in Britain and the debate in France over military action in Syria, even the more martial countries are now less warlike. Yet pacifism can be too much of a good thing. When news of the chemical-weapons attacks in Syria broke on August 21st, European foreign ministers were holding an emergency meeting in Brussels. The gassing of civilians was barely discussed; the topic of the day was the military coup in Egypt. Eurocrats claimed that information was too scant; cynics said many ministers wanted to ignore the horror lest they were forced to act.

The European Union only formally got around to Syria on September 7th, at a long-planned meeting in Vilnius, after an embarrassing flip-flop by Germany. The day before the Germans had refused to sign a declaration by Western leaders at the G20 summit demanding “a strong international response”. They reversed course when a softer version, with an exhortation for UN action and peace talks, was agreed on in Vilnius. Angela Merkel, the German chancellor, clearly did not want a repeat of 2011, when she was isolated among Western leaders in rejecting military intervention in Libya. But nor did she want, just before a German election, to allow the Social Democrats to repeat their feat of 2002, when Gerhard Schröder came from behind to win the election partly by strongly opposing military intervention in Iraq. The odd thing is that nobody has even asked Germany, or most other Europeans, to take part in strikes against Syria. Only Britain and France have the wherewithal to fire cruise missiles from a safe distance. There was no pressure to arm the rebels, a cause of previous divisions. Yet still the Europeans havered.

All of which raises questions about Europe’s declared wish to be a “global player”. The Arab world is where the EU should make its influence felt. Thanks to its growing energy independence America may one day feel less burdened by the region. Not so Europe: the Middle East is next door. France and Britain took the lead in Libya (with much American help). But for Jan Techau, director of Carnegie Europe, a think-tank in Brussels,

the vacillation over the chemical attacks in Syria shows that “the Europeans have never been able to get out of the passenger seat to become the driver—and silently they are quite happy with that.”

For decades the Middle East has been a region where, as an old cliché puts it, “America plays, Europe pays”. This remains true in the Israeli-Palestinian conflict. The EU is a huge financial supporter of the Palestinian Authority. But it was the Americans who got the two sides to start talking again. Now the EU stands accused by Israel of prejudging the talks by issuing formal guidelines to prevent any funding of projects in territories that were occupied by Israel in 1967.

When the Arab spring began in 2010, the EU thought it had something special to offer: its experience of helping the democratisation of eastern Europe. Its strategy was based on the “three Ms” of money, markets and mobility and a principle known as “more for more”. The more Arab countries democratised, the more Europe would support them financially, open its market and facilitate visas for students, businessmen and workers. Two years on, only Morocco has started negotiating a “deep and comprehensive” free-trade deal with the EU.

The European offer is also less generous than advertised. In the midst of its economic crisis, the EU has little money to offer, southern members want to keep out cheap agricultural imports and nobody wants more migrants from poor countries. The states of eastern Europe were driven by their hopes of joining the club. No such prospect is open to southern neighbours. To some in the Arab world, the EU’s conditionality is an affront not an incentive, especially when the likes of Saudi Arabia and Qatar are offering far more money with fewer strings attached.

Weak, but still there

The Americans cannot claim to have done much better in nursing Arab democracy. It is unclear how far any outsider can influence events. For one Eurocrat, the Arab spring is not a replay of the fall of communism in 1989, as some hoped, but more like Europe’s messy revolutions of 1848. And the EU has, for now, made itself part of the diplomacy. Cathy Ashton, the much-criticised EU foreign-policy chief, speaks to the American secretary of state, John Kerry, more often than other European foreign ministers do. She leads the negotiations with Iran over its nuclear programme. And she is the only foreigner to have seen Egypt’s deposed president, Muhammad Morsi, after his imprisonment.

Too often the EU’s highest ambition is to speak with “a single voice”, even if only to issue a mouse-like squeak. And yet the world still cares something for what the Europeans say and do. The Americans turn to Europe when they need friends (Mr Kerry flew to Vilnius to lobby EU ministers). Syria’s Bashar al-Assad busily woos European opinion to try to avert military strikes. The Israeli foreign ministry has conducted an internal inquiry to find out who failed to spot the EU’s new guidelines. Egypt’s factions still want the Europeans on their side.

Why? The EU has the biggest single market and its sanctions can have real bite, as in Iran. The EU, as a club of democracies, is also a court of international opinion. Though some members are former colonial powers (France and Britain carved up the Middle East), the EU collectively is less antagonising. In short, Europe still matters: so it should stand tough on the use of chemical weapons. After all, it is just a short drive from Brussels to the battlefields of Ypres and the horrors of poison gas.

Ayrault est fier de sa réforme des retraites «à la française»

Par [Guillaume Guichard](#) Publié le 13/09/2013 à 14:03

82,117



Le premier ministre ne veut pas «de réforme à l'anglaise ou à l'allemande». La sienne, «de gauche», est juste mais surtout «structurelle», se défend-t-il.

Comment transformer une critique en louange? [Jean-Marc Ayrault](#) a tourné à son avantage la sortie lundi, [dans une interview au Figaro, d'Olli Rehn](#) qui voyait dans la réforme des retraites du premier ministre... «une réforme à la française». Pas vraiment donc un compliment, pour qui connaît les idées libérales du commissaire européen aux Affaires économiques. Et bien non! Jean-Marc Ayrault, lui, y a vu «un hommage» de Bruxelles. C'est en tout ce qu'il a affirmé vendredi matin, devant plus de 70 membres de l'association des journalistes de l'information sociale (AJIS). «Je ne veux pas faire de réforme à l'anglaise ou à l'allemande, a insisté le chef du gouvernement. C'est une réforme équilibrée, avec des mesures dans le sens de la justice, et des efforts équitablement répartis. Mais ce n'est pas seulement une réforme juste, de gauche. C'est aussi une réforme structurelle, qui a pour but de sauver le système par répartition.»

Une réforme qui s'appuie principalement sur des hausses de cotisation pour diminuer le déficit du système d'ici 2020 et reporte à l'après 2020 tout allongement de la durée de cotisation. Et encore, à un rythme (un trimestre de cotisation en plus tous les quatre ans) et dans des proportions (l'allongement de la durée de cotisation rapportera deux fois moins en 2040 - soit 5,6 milliards exactement par an - que les mesures de redressement à court terme) qui laisse Bruxelles sur sa faim. Pour Olli Rehn, qui s'exprimait, ironie de l'histoire, au même moment à son arrivée à l'Eurogroupe qui se tient aujourd'hui à Vilnius, la France a en effet «encore beaucoup à faire en termes de réformes économiques».

Départ à 68 ans en Allemagne en 2044

Une chose est certaine: [la réforme «à la française»](#) des retraites ne ressemble pas à celles menées outre-manche ou sur l'autre rive du Rhin. Mais alors vraiment pas. Au Royaume-Uni, l'âge légal de départ à la retraite va reculer de 60 à 65 ans pour les femmes d'ici à 2020 (les hommes y sont déjà). Ensuite, Cette borne sera repoussée pour les deux sexes jusqu'à 68 ans à horizon de 2044. En Allemagne, il faut avoir cotisé 45 ans pour partir à la retraite à taux plein à 65 ans (contre 41,5 ans en France aujourd'hui, et 43 ans en 2035). Les autres devront cotiser jusqu'à 67 ans en 2031, contre 65 ans aujourd'hui.

Il n'y a pas que les critiques qui se transforment en compliments dans la bouche du premier ministre. Ainsi, le gel de six mois des pensions l'année prochaine, qui ne seront augmentés suivant l'inflation qu'au 1er octobre au lieu du 1er avril habituellement, se métamorphose «un léger retard de revalorisation». Gains pour la branche vieillesse? 600 millions. Mieux, les salariés des régimes spéciaux n'avaient pas vocation à être plus frappés que les autres puisqu'ils ont déjà subi une réforme des retraites en 2008. Réforme que la gauche, soit dit en passant, avait à l'époque violemment combattue et qui n'était en fait qu'un rattrapage des réformes de 1993 (salariés du privé) et 2003 (fonctionnaires). Quant aux retraités, personne - sauf les intéressés, qui vont supporter en 2014 la moitié de l'effort financier exigé par le gouvernement pour «sauver les retraites» - n'aurait compris qu'ils soient laissés de côté. De l'usage de la litote...

The Economist Falls Under Merkel's Spell



REUTERS Mutti being Mutti.

09/13/2013 | By [Charles Hawley](#)

82,118

There's a reason Germans affectionately refer to Merkel as Mutti, or "mommy." She's like a matriarch who can be strict at home, and might even make you clean your room. But you're not going to get spanked and you will always get dessert. And she will bend over backwards to protect you from the evils of the outside world. You will never, ever want to move out.

It is hardly surprising, then, that the chancellor is likely to get re-elected. More unexpected, however, is that there seem to be some abroad who would like to be adopted. Like the *Economist*, for example. The current edition of the British newsmagazine includes [an impassioned appeal](#) to German voters to hand the chancellor a third term. The argument? It is essentially a truism adhered to by children the world over: [Mommy](#) knows best.

"We believe Mrs. Merkel is the right person to lead her country and thus Europe," the magazine writes. "That is partly because of what she is: the world's most politically gifted democrat and a far safer bet than her leftist opponents. It is also partly because of what we believe she could still become -- the great leader Germany and Europe so desperately needs."



The Economist

This week's Economist cover.

Could. But will she? Merkel has now been in the Chancellery for eight years. Indications that she seeks to become the kind of visionary leader that the *Economist* so yearns for [have been, to put it mildly, rare](#). Instead, Mutti prefers to sit at the hearth and let others make dangerous forays. When they come back in need of warmth and comfort, she will provide it. But there is always a price: submission.

Shuns Ideology

The strategy has served her well. Not only has she been able to clear away potential rivals from within her own party, but she has also managed to win over a majority of Germans. In 2007, Merkel uttered one of her most famous quotes: "Pounding your head against the wall won't work. In the end, the wall always wins." The no-risk approach means that the German electorate almost always gets what it wants.

Indeed, Germany has never had a leader who shuns ideology to the degree that Merkel does. Ever since 2005, when she campaigned on a pledge to raise the VAT by two percentage points [and nearly lost](#) as a result, she has preferred consensus over creed -- and shunned vision. Her government's celebrated abandonment of nuclear power in favor of renewables is just the best-known example of the chancellor opening her arms wide to embrace as many Germans as possible. There are many others.

Outside of Germany's borders, however, it is a different story. Merkel has never shown any indication that she sees Europeans as being a part of her constituency. She has, to be sure, been instrumental in preventing the collapse of the euro. But she has been careful to ensure that sacrifices are made elsewhere. Indeed, it's not even clear that she shares a commitment to Europe, insisting as she has recently that not too much power be handed over to Brussels.

Remembering Mutti

Rather than being a powerful leader of Europe, Merkel has more often merely been at the helm by default -- as the leader of the most powerful country in Europe.

The *Economist* has long noted the difference between the two. Merkel has been a frequent fixture on the magazine's cover in recent years -- most famously as the captain of a "World Economy" ship already halfway to the bottom of the ocean -- and the accompanying articles have rarely been flattering. This week's endorsement uses the first paragraph to acknowledge that fact.

And yet, the magazine still falls victim to the pleasant, Mutti-induced lethargy that has gripped Germany during this entire campaign season. Understandable. Who doesn't like the political equivalent of chocolate chip cookies and a glass of milk -- particularly in a country like the UK where politicians offer neither?

But there is little to indicate that Merkel will force Germans to move out of the house anytime soon. The *Economist* piece ends by saying: "Our bet is that she will want to be remembered as a decider not a ditherer." There is a third possibility that goes unmentioned: It may just be that Merkel wants to be remembered as Mutti.

The Economist explains

How does Germany's electoral system work?

Sep 11th 2013, 23:50 by A.K. | BERLIN

82,120



SOME of our coverage of the German election on September 22nd has focused on something that sounds obscure, forbidding and boring to many of our readers around the world: coalition mathematics. For that, blame the voting system for Germany's Bundestag, or lower house, which is either sophisticated or complicated, depending on your point of view. Its basic architecture comes out of [Germany's post-war wish to combine the advantages of two systems](#). One is the "winner takes all" model used in most Anglo-Saxon countries, where voters in each district send a representative to parliament with a simple plurality of votes. This leads to few, large parties and a tight relationship (at least in theory) between voters and their representatives. But it means that votes for the losers are, well, lost. The other is a proportional-representation system. Here no votes are lost, because all parties are seated in relation to their share of the vote. One downside can be political fragmentation, of the sort that Germany experienced during the Weimar Republic of the inter-war years. So how did Germany combine these two voting systems?

It devised a method in which voters make two choices. On the left side of the ballot, they vote for an individual in their district (as though voting for an American congressman, say). There are 299 districts, so 299 members of parliament are directly elected. On the right, they vote for a party. Once these "second votes" are tallied, the parties get to fill another 299 seats from candidate lists until each party's share of the Bundestag's 598 representatives matches the proportion of second votes that it won. To deal with the Weimar problem, parties that fall below a threshold of either 5% of second votes, or three directly elected candidates, do not enter parliament at all. (The other parties' shares are then rebased accordingly.)

There was a problem, however. Many voters "split" their ballots, voting for a candidate from one party with their first vote and for a different party with their second. The directly elected candidates (known as direct mandates) entered the Bundestag, but a given party might then have more candidates than its share of the second votes would imply. This also meant that the Bundestag swelled from its theoretical size of 598 seats to 620. The constitutional court in Karlsruhe ruled that this was unfair.

So the parties haggled out a new system, which is in force now. If direct mandates for any party exceed its second-vote ratio, then all the other parties get compensated so that the ratios again reflect the second votes exactly. In practice, that could make the Bundestag bigger again, with perhaps more than 700 seats. Crucially, it also hurts one party by withdrawing an advantage it has enjoyed in the past: most of the excess direct mandates went to the Christian Democratic Union (CDU), the party of Angela Merkel, the chancellor. As a result, the CDU is likely to fare worse than it would have done under the previous system.

Eine Alternative für Deutschland

[Charles B. Blankart](#), 29. Aug. 2013

82,121



*« Wir müssen aus dem Euro so hinaus, wie wir in ihn hineingegangen sind: Über Parallelwährungen. »
Kann Deutschland aus der Währungsunion austreten? Die «öffentliche Meinung» sagt nein, deshalb herrscht
Schweigen. Über das Verbot, in Alternativen zu denken. Ein Kommentar von Charles B. Blankart.*

Zum Autor: Charles B. Blankart ist emeritierter Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und Ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern.

Deutschland steht vor der Wahl. Doch wenn es nach der Kanzlerin geht, so gibt es gar nichts zu wählen. Diskutieren könne man über Kindergartenplätze, nicht aber über Fragen wie den Euro. Denn der Euro ist „ohne Alternative“. Er ist das Schicksal der Deutschen. Alternativen sind nicht gefragt. Sie sind politisch unkorrekt; denn sie untergraben den Euro. Jede Diskussion um die Währungsunion würde von Spekulanten als Schwäche ausgelegt. Sie würden massenweise Euros verkaufen und damit den Euro tatsächlich zu Fall bringen. Durchhalten angesagt, auch wenn die verfolgte Politik perspektivlos ist. Dieser Ansicht hat sich die Opposition von SPD und Grünen weitgehend angeschlossen.

Doch Denkverbote sind töricht. Denn wenn der Euro doch zusammenbricht, dann fehlen die vorher unterdrückten Ideen. Woher kommt dann Hilfe? Aus einem freien Land wie Grossbritannien. Als Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in Trümmern lag, stellte Winston Churchill in seiner Zürcher Rede die Idee eines vereinten Europas auf. Heute ist es der britische Premierminister **David Cameron**, der dem Wahn des Euroschicksals entgegentritt. Ohne Merkel zu nennen, bemerkt er in seiner Neujahrsansprache 2013: **„Die grösste Gefahr für die Europäische Union kommt nicht von jenen, die für eine Änderung plädieren, sondern von jenen, die neues Denken als Häresie verunglimpfen. Einheit sichert die Zukunft der Eurozone nicht. Einheit wird die Europäische Union nicht näher zu ihren Bürgern bringen. Mehr Einheit bringt lediglich mehr Gleiches – weniger Wettbewerb, weniger Wachstum, weniger Arbeitsplätze.“**

Die öffentliche Meinung und die Schweigespirale

Doch warum haben es fortschrittliche Ideen wie die von Cameron in Deutschland so schwer? Die kürzlich verstorbene Allensbacher Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann erklärte dies mit dem Begriffspaar der **„öffentlichen Meinung“** und der **„Schweigespirale“**. Niemand liebt es von den strafenden Blicken der öffentlichen Meinung getroffen zu werden. Besser ist es zu schweigen, und wenn immer mehr Menschen schweigen, so kommt es zur Schweigespirale.

Umgekehrt stellen sich nicht wenige in den Dienst der öffentlichen Meinung, weil sie vom Staat Geld erhalten. Die deutsche Industrie profitiert, weil die Euro-Rettungskredite den deutschen Export am Laufen halten, die Landwirte weil sie vom Euro stabile Preise und sicheren Absatz erwarten, Forschungsinstitute müssen sich mit der Regierung gut stellen, damit sie Fördergelder erhalten. So veranstaltete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Einklang mit der Bundesregierung einen Aufruf, die EZB solle in ihrem neuen

OMT-Programm Staatsanleihen von finanziell kranken zu Lasten von finanziell gesunden Euro-Staaten kaufen (eine schwerlich begründbare theoretische Ansicht). 233 Ökonomen haben unterschrieben. Doch was steht hinter den Unterschriften? Wollten die Unterstützer sagen, der Kauf sei richtig und damit ihre theoretischen Kenntnisse offenlegen, oder ist zwischen Ausländern (vier Fünftel) und deutschen (einem Fünftel) zu unterscheiden, von denen nur die letzteren als Steuerzahler zur Finanzierung des Programms herangezogen werden, während die ersten sich sagen: Soll doch die EZB Euro-Lasten umverteilen; mich trifft es nicht. Es ist wohl kaum zufällig, dass von den etwa 100 angeschriebenen Angehörigen des renommierten deutschen „Finanzwissenschaftlichen Ausschusses“ kein einziger unterschrieben hat.

Erst wenn Deutschland glaubwürdig drohte aus dem Euro auszutreten, käme Bewegung in die Diskussion. Da aber Bundeskanzlerin Merkel von der Alternativlosigkeit nicht abrückt und hierbei von ihren bezahlten Paladinen unterstützt wird, wäre eine solche Umkehr erst unter einem neuen Kanzler oder einer neuen Kanzlerin möglich. Erst dann könnten die von Ministerpräsident Cameron aufgerufenen „Häretiker“ erfolgreich auftreten und neue Ideen in die Politik einbringen. **Vorerst werden aber die Wähler von der Kanzlerin und von Bundesfinanzminister Schäuble mit dem Opium niedriger Arbeitslosigkeit und derzeit noch geringer Inflation betäubt. Dass die deutschen Rettungskredite, die das Exportwunder erst ermöglicht haben und nun auf ewig verloren sind und schliesslich vom deutschen Steuerzahler bedient werden müssen, wird verschwiegen.**

Die öffentliche Meinung von Merkel, Schäuble und Cie. hat aber eine Schwachstelle. Das Gift von Camerons Botschaft lässt sich nicht aufhalten. Irgendwann findet es eine Lücke und frisst sich immer tiefer in das marode Establishment ein. Einige Mutige haben sich um den Hamburger Ökonomieprofessor Bernd Lucke geschart, die langfristige Wirksamkeit von Camerons Gift erkannt und eine neue Partei gegründet. Sie sagen: Es gibt eine Alternative zu Merkel, und darum heisst die Partei „Alternative für Deutschland“. Die Deutschen sollen nicht verzagen und sich nach Merkels Willen dem Euro-Schicksal unterwerfen, sondern sie sollen ihre Zukunft selbst an die Hand nehmen und ihre Währung selbst gestalten.

Wie 17 Radfahrer

Der Euro krankt an fixen Wechselkursen. Fixe Wechselkurse im Euro sind wie 17 Radfahrer die sich gegenseitig halten, damit sie nicht umfallen. Aber gerade weil sie sich halten, fallen sie um. Folglich greift die neue Partei die verbotene Euro-Frage auf und zeigt auf, wie sich die Völker Europas aus den Fesseln starrer Wechselkurse befreien können. Das ist ein grosses Forschungsprojekt, das gegenüber den Abermillionen subventionierter Euro-Forschung derzeit auf verlorenem Posten steht. Doch die Alternativen Deutschen lassen sich nicht entmutigen. Sie sagen: Wir müssen aus dem Euro auf dem gleichen Weg heraus, wie wir ihn hineingekommen sind, nämlich über Parallelwährungen. Das bedeutet rückblickend: In der Übergangszeit der Euro-Einführung von 1999 bis 2001 gab es in allen Eurostaaten Parallelwährungen: die alte nationale Währung für Bartransaktionen und den Euro für Banktransaktionen. Bei der Euroauflösung muss umgekehrt vorgegangen werden: In der Übergangszeit bleibt es weiter beim Euro für Bartransaktionen, während für Banktransaktionen die (neue) nationale Währung gilt. Die nationale Geldpolitik sorgt für Stabilität zwischen den beiden Währungen. Sichtguthaben von Bankkunden bleiben erhalten, damit es nicht zu einem Bankrun kommt. In Abwertungsstaaten müssen Banken rekaptalisiert und in eine Badbank überführt werden.

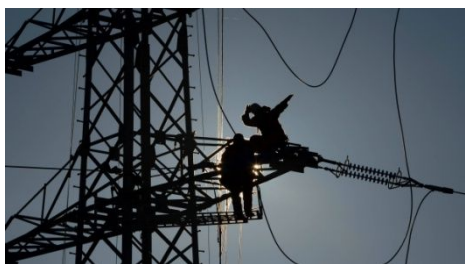
Die offizielle Forschung weigert sich, sich mit dieser Frage überhaupt zu befassen. Doch sie verfehlt den Punkt. **Denn dass das Euro-Modell mit den 17 verbundenen Fahrradfahrern nicht funktioniert, braucht schwerlich nachgewiesen zu werden. Umgekehrt hat der Vorgänger des Euro, das Europäische Währungssystem EWS mit festen Wechselkursbandbreiten und von Zeit zu Zeit erforderlichen Alignements von 1979 bis 1998 über zwanzig Jahre (also länger als der Euro) gut und mit der Zeit immer besser funktioniert. Nur aus politischen Gründen ist es zugunsten des Euro aufgegeben worden.** Wenn aber der Gegenwartswert des EWS grösser ist als der Gegenwartswert des Euro, so zieht das Argument zu hoher Ausstiegskosten nicht mehr. **Herausfinden ist, welcher Ausstiegsweg der kostengünstigste ist.** Das sollten die Forschungsinstitute berechnen. Doch derzeit ersticken solche Ideen unter dem Mehltau der öffentlichen Meinung. Die Schweigespirale dreht sich nach oben. Dennoch bleibt Hoffnung: In der Wahlkabine ist jeder Mensch bei sich selbst. Er muss sich nicht mehr vor der öffentlichen Meinung rechtfertigen. Die Schweigespirale bricht in sich zusammen, und die geächtete «Alternative für Deutschland» hat doch noch eine Chance.

Energiewende

Zu viel ist zu viel

14.09.2013 · Die Energiewende wird zur Umverteilungsmaschine. Die Förderung läuft aus dem Ruder. Es gibt viel mehr Grünstrom als geplant. Die Preise für Emissionszertifikate verfallen. Kohle erlebt eine Renaissance. Und die Welt stößt mehr CO₂ aus als jemals zuvor.

Von [Holger Steltzner](#)



© dapd Strom für Deutschland: Arbeit an einer neuen Hochspannungsleitung

Der Strompreis spaltet Deutschland. Die Mehrheit der Bevölkerung fürchtet weiter steigende Energiepreise. Aber das kümmert die wachsende Schar von Profiteuren der Energiewende nicht. Denn wer mit einem Windrad, einer Solar- oder Biogasanlage auf das Subventionskarussell aufgesprungen ist, versorgt sich selbst mit Strom und kann obendrein so viel Strom produzieren, wie er möchte, weil Ökostrom im Netz immer Vorrang hat und auch noch zum Vorzugspreis abgenommen wird. Da man in Deutschland sich nur so vor ständig steigenden Strompreisen schützen kann, schrumpft die Zahl der „normalen“ Stromverbraucher, die als Mieter oder Gewerbetreibende für den Förderwahn aufkommen müssen.

Die Kosten für die Energiewende bezifferte Umweltminister Peter Altmaier im Gespräch mit dieser Zeitung auf eine Billion Euro. Das ist die Hälfte der deutschen Staatsschulden. Kein Wunder, dass Angela Merkel eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ihr dringendstes Vorhaben nennt – sollte sie Bundeskanzlerin bleiben. Sie will „den rasanten Anstieg“ der EEG-Umlage begrenzen. Das hat Merkel schon einmal versprochen – aber nicht gehalten. Vor zwei Jahren kündigte sie in ihrer Regierungserklärung nach der Atomkatastrophe in Japan an: „Die EEG-Umlage soll nicht über ihre heutige Größenordnung hinaus steigen; heute liegt sie bei etwa 3,5 Cent je Kilowattstunde.“

Gut ein Jahr später stand die Anhebung auf 5,3 Cent an, und man unkte, Merkel müsse bei ihrem Versprechen wohl ein Zahlendreher unterlaufen sein. Heute, da die nächste Anhebung auf rund 7 Cent bevorsteht, macht keiner mehr Witze. **Denn damit wird allein die EEG-Umlage doppelt so teuer wie das Gut Strom, das an der Börse zu weniger als 4 Cent gehandelt wird.** Für Otto Normalverbraucher kommen in der **Ökoplanwirtschaft** noch Stromsteuer, Mehrwertsteuer, Konzessionsabgabe, Kraft-Wärme-Kopplungs-Aufschlag und die Kosten für Stromerzeugung sowie Transport und Vertrieb hinzu, **so dass der Stromkunde am Ende bis zu 30 Cent je Kilowattstunde zahlt.**

Mehr deutscher Grünstrom als geplant

Weil die Förderung des Ökostroms völlig aus dem Ruder läuft, wird die Energiewende zu einer gigantischen Umverteilung. Durch ein Windrad erzielt ein kleiner Acker an der Küste eine jährliche Pacht von 30.000 Euro, während in der Pension daneben der Rotorlärm die Gäste vertreibt. **Auf dem Land verdienen Hausbesitzer mit ihren Solardächern glänzend, zahlen tun dafür die Mieter in den Städten.** Für die Umverteilung von unten nach oben stehen auch die riesigen Solarparks in Bayern. Großzügig gerechnet, bekommt Bayern das Geld, was es in den Länderfinanzausgleich einzahlt, über den EEG-Solarausgleich von Nordrhein-Westfalen zurückerstattet.

Das EEG ist ein Musterbeispiel dafür, wie ein Staatseingriff in den Markt den nächsten nach sich zieht. Weil durch den zu schnellen Ausbau von Solar- und Windanlagen das Stromnetz an sonnigen und windigen

Sommertagen die Last nicht tragen kann, bekommen Solar- und Windparkbetreiber Geld vom Staat fürs Nichtstun, für das Abklemmen vom Netz. **Wenn der im Überfluss produzierte deutsche Ökostrom ins polnische oder holländische Stromnetz drückt, zahlen wir mit negativen Strompreisen dafür.** Polen will sich künftig mit technischen Barrieren (Phasenschiebern) gegen unerwünschten deutschen Windstrom wehren. **Was bleibt da vom europäischen Binnenmarkt?** Man stelle sich vor, Frankreich sperrte im Verkehrswesen die Autobahnbrücke über den Rhein, weil in der Urlaubszeit zu viele deutsche Autos darüber rollen. Im Energiebereich ist das die Antwort unserer Nachbarn auf **die deutsche Energiewende, die in ganz Europa die Strompreise grotesk verzerrt.**

Auch weil viel mehr deutscher Grünstrom als geplant in die Netze drängt, **sind in Europa die Preise für Emissionszertifikate verfallen und damit der Anreiz, Kohlendioxid zu vermeiden.** Als Folge werden **an Tagen, an denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, alte Braunkohlekraftwerke für den Lastenausgleich eingesetzt. Das ist verrückt: Die Förderung von Ökostrom ist so erfolgreich, dass der für das Klima gefährliche Ausstoß von Kohlendioxid wieder steigt.** Und weil im Winter an schattigen oder windstillen Tagen Solar- und Windparks nicht genug Strom für den Bedarf von Industrie und Haushalten liefern, müssen die Versorger Kraftwerke vorhalten, die sich nicht rechnen. Der Staat soll diese Konzerne künftig ebenfalls fürs Nichtstun bezahlen. Subvention folgt auf Subvention. Wo soll das enden?

Hat sich Deutschland selbst gefesselt?

Höchste Zeit, dass sich Ökostrom dem Markt und dem Wettbewerb stellt. **Im heutigen Fördersystem ergibt sich die Höhe der EEG-Umlage aus der Differenz zwischen dem staatlichen Garantiepreis und dem Börsenpreis. Wenn viel Grünstrom ins Netz drückt, sorgt das nicht für sinkende, sondern für steigende Strompreise für den Normalverbraucher.** Zugleich drückt der Ökostrom den Börsenstrompreis für Großverbraucher, was die EEG-Umlage nach oben treibt. **Kurzum: Je mehr Ökostrom, desto teurer die Umlage.**



© dapid Immer noch gefragt: Strom aus Braunkohle

Die unzähligen **Profiteure der Energiewende** (Landwirte, Hausbesitzer, Handwerker, Investoren, Industrie, Lobbyisten und andere) sind inzwischen so mächtig, dass sich kein Politiker mehr traut, an den Besitzständen zu rütteln. Da schon zu viele von den Subventionen profitieren, ist das Drehen an kleinen Stellschrauben wahrscheinlicher. **Dabei ist das Kernproblem des EEG ist nicht irgendeine Stellschraube, sondern seine Konstruktion. Eigentlich müsste nach der Wahl das EEG abgeschafft und der Ökostrom an den Börsenpreis gekoppelt werden, auch dann könnte Grünstrom weiter gefördert werden, etwa über Zuschläge. Aber dazu fehlt den Politikern der Mut.** Bundeskanzlerin **Merkel** hat auf der Energietagung des CDU-Wirtschaftsrats eingestanden, dass schon zu viele an dem Gesetz verdienen: „**Sie können daran studieren, wie es ist, wenn Mehrheiten zu Subventionsempfängern werden und damit nicht mehr bereit sind, die eigene Subvention abzuschaffen.**“

Hat sich Deutschland aus Begeisterung über die Energiewende mit Subventionen abermals selbst gefesselt? Findet es ohne Brüssel aus dem Subventionssumpf wieder nicht heraus? Vor Jahren musste die EU-Kommission Deutschland zwingen, die Steinkohlesubventionen wieder abzuschaffen. **Der Ärger der Nachbarn in Europa über die ebenso überstürzte wie unabgesprochene Energiewende ist groß.** Auch in Frankreich, Österreich, den Niederlanden oder der Schweiz müssen Versorger Milliarden auf ihre Kraftwerke abschreiben, weil durch die Überproduktion des deutschen Ökostroms sich selbst modernste Gaskraftwerke nicht mehr rechnen. Zudem ist dem EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia die **Befreiung von der EEG-Umlage für 1691 deutsche Unternehmen** ein Dorn im Auge. Er wittert wettbewerbswidrige Subventionen und

wird, wenn sich das nicht ändert, ein Verfahren wegen illegaler Beihilfen gegen Deutschland einleiten. Aus Sicht nicht nur der Euro-Krisenländer hätte es seinen Reiz, wenn der große Produktivitätsvorsprung der deutschen Industrie über schlagartig steigende Stromkosten abgeschmolzen werden könnte.

Das EEG konterkariert die Ziele des Klimaschutzes

Deutschland sitzt in der Zwickmühle. Die nächste Regierung muss einerseits ein Beihilfeverfahren verhindern, kann andererseits aber den energieintensiven Unternehmen die Kosten für die EEG-Umlage nicht aufladen, weil diese sonst das Weite suchen werden. Schließlich sind die Stromkosten oft höher als die Personalkosten und **Industriestrom hierzulande schon 40 Prozent teurer als in Frankreich.** Nicht nur die Chemie- und Metallindustrie investiert wegen der Energiepreise lieber in Amerika. Auch manches Rechenzentrum am Internetknotenpunkt Frankfurt überlegt, ob es nach Amsterdam oder Paris umziehen soll. Die Abwanderung energieintensiver Betriebe trifft unsere Volkswirtschaft im Kern, weil dadurch Wertschöpfungsketten reißen.

Die Prämisse der deutschen Energiewende, durch steigende Preise für fossile Energie reche sich Ökostrom wie von selbst, stimmt nicht. In den Vereinigten Staaten werden mit ökologisch strittigem **Fracking** aus Schiefergestein Gas und Öl gefördert. Amerika wird dadurch vom größten Verbraucher zu einem der größten Lieferanten von Öl und Gas in der Welt – mit gravierenden geostrategischen und wirtschaftlichen Folgen. **Niedrige Energiepreise sind der Motor für die Reindustrialisierung Amerikas.** Der Gaspreis ist dort schon um 75 Prozent gesunken. **Da Kohle durch Gas ersetzt wird, ist der Ausstoß von Kohlendioxid in den Vereinigten Staaten auf den tiefsten Stand seit zwanzig Jahren gefallen.**

Das ist pervers. Amerika erreicht durch Fracking Klimaziele, die es nie unterschrieben hat, während der selbsternannte Klima-Musterschüler Deutschland mehr Kohlendioxid als im Vorjahr ausstößt. Offenbar stimmt auch die zweite Prämisse der Energiewende nicht, dass durch deutschen Wind- und Sonnenstrom weniger CO₂ emittiert werde. Auch durch die übermäßige Netzeinspeisung von Grünstrom sind im europäischen Handel mit Emissionszertifikaten die Preise so verfallen, dass sie keine Lenkungswirkung mehr haben. Aber auch die Rezession in Südeuropa und der Lastenausgleich mit China tragen ihren Teil dazu bei. Beide Prämissen des EEG gehen nicht auf. „**In den nächsten drei bis vier Dekaden wird es keine Knappheit fossiler Energieträger geben**“, prognostiziert Ottmar Edenhofer, Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. „**Wir befinden uns in der größten Kohle-Renaissance seit der Industrialisierung.**“ Der Kohlepreis sinkt noch stärker als der Gaspreis, seit Amerika viel Kohle exportiert. **Der ungebremsst steigenden Kohlenstoffintensität der Weltwirtschaft ist nur beizukommen, wenn es einen Knappheitspreis für den CO₂-Verbrauch gibt.**

Das EEG darf nicht länger die Ziele des Klimaschutzes konterkarieren. Das ursprüngliche Ziel war doch nicht, ohne Sinn und Verstand den Ausbau von Solar- und Windstrom in Deutschland zu fördern. **Die Energiewende sollte doch den Ausstoß von Kohlendioxid verringern.** Wem dieses Ziel immer noch wichtiger ist als die Befriedigung möglichst vieler Subventionsritter, der braucht keine Angst vor dem Ende des EEG zu haben.

Quelle: F.A.Z.

German elections 2013:

Energy, an election issue and luxury

13 September 2013

[Der Spiegel](#) Hamburg

82,126



A wind farm near Wilster in northern GermanyAFP

The “energy transformation” is getting more and more costly for the Germans, who are increasingly unwilling to go along with it. Der Spiegel explains why electricity prices are rising and what have been the main mistakes made till now. Excerpts.

[Frank Dohmen](#) | [Michael Fröhlingsdorf](#) | [Alexander Neubacher](#) | [Tobias Schulze](#) | [Gerald Traufetter](#)



Long journeys start with small steps. That’s not merely German folk wisdom. Federal Environment Minister Peter Altmaier knows it too. And so the CDU politician has marshalled into a handy guide some tips on how everyone can promote the energy transition a little bit more in their everyday life, this “project of the century” that the Chancellor so likes to talk about.

And so one must ensure that the citizens are informed in good time of ways to trim their electricity bills: according to government forecasts, the share of eco-electricity costs, which is stated in every bill, is [going up](#) from its current 5.3 cents per kilowatt hour to between 6.2 and 6.5 cents. This is an increase of about 20 per cent on what are already the highest electricity costs in Europe.

The price hike can be traced back in the most part to new levies, surcharges and taxes dreamt up by the state. Yet neither pension nor Hartz IV [unemployment] payments are automatically adjusted for rising electricity costs, and every year power is cut off to more than 300,000 households because of unpaid bills. Caritas and other social organisations have invented a word for it: *Stromarmut*, or “voltage poverty”.

For society as a whole, the costs have already reached a magnitude similar only to that for the euro bailouts. Consumers this year are being forced to [pay](#) more than €20bn for electricity from solar, wind and biogas plants, the market price of which barely tops €3bn. And when one takes into account the collateral damage and follow-on costs of the chaotic expansion of eco-power into the system, the power cannot be worth even this much.

The wrong kind of power

Because the [solar panels and wind turbines](#) sometimes generate a great deal of power and sometimes very little, depending on the time of day and the weather conditions, there is no shortage of absurd cases of too little, too much, and the wrong kind of power. If there is too much power in the grid, wind turbine propellers must be slowed down and brought to a stop – and yet the theoretically generated phantom power must be paid for. In the event of a sudden slowing of the wind and when darkness falls, on the other hand, the lights go out. And that’s when antiquated oil and [coal-burning power plants](#) have to be fired up to turn them back on, which is why Germany's energy producers have pumped out more climate-damaging carbon dioxide into the air last year than the year before.

The return of brown coal

Astonishingly, this drama can best be seen at the moment in tranquil Großkrotzenburg in Hesse. There, Germany's largest energy provider, Düsseldorfer E.on AG, has been running a large hard-coal-burning plant for many years. There are five blocks at the Staudinger power station, the oldest of which dates back to 1965 and operates with a degree of efficiency of a laughable 32 per cent. Even E.on considers it a “totally unacceptable power plant, economically and environmentally”.

This is one of the most curious developments in the curiosity-rich energy transition: the largest spewers of the nation’s pollution are at the same time the most profitable – old, written-off brown coal-fired power plants.

It’s leaving a dirty footprint in Germany’s environmental statistics. While in year one of the energy transition, 2012, 10.2 per cent more power came from renewable energy, electricity production from coal and lignite each grew by a good five per cent. Ill at ease, Federal Environment Minister Altmaier commented: “This development must not become a trend.”

The problem with wind energy

The government is placing high hopes in the development of wind parks off the coasts. At the construction sites in the sea, though, chaos reigns. Off the North Sea island of Borkum, the wind turbines turn without any link to a network. The cable will not be fully laid until next year; until then, the system will be run on diesel to save it from rusting.

The government is going all-out with the expansion. The plans are breathtaking. By 2020, offshore wind turbines should be capable of feeding in up to 10 gigawatts – theoretically as much as eight nuclear power stations. To attract investors, the government has drawn up the most enticing subsidy terms: each kilowatt hour of offshore electricity is to be remunerated with 19 cents – about 50 percent more than for wind power on land. And the government has also taken away the liability risks for the wind farm operators. If something should go wrong, the electricity consumers will have to bear the losses.

Parties try to shift the blame

During the election campaign the parties have accused each other of being responsible for the disaster, and the Federal Government would prefer to stop talking about the energy transformation altogether. However, the subject is indeed edging forcefully onto the agenda.

On [September 5] the Monopoly Commission set up by the government handed in a [special report](#), “Competition in the era of the energy transformation,” which denounces these undesirable developments. The system, it concludes, is rewarding the most inefficient plants, contributing nothing to climate change, threatening the power supply, and putting the poor at a disadvantage. An [urgent] change to the entire system is recommended.

Appeal

Call a halt to renewable energy’

On September 10, chief executives from nine of Europe’s biggest electricity suppliers were in Strasbourg — where the European parliament sits this week — “to protest against Europe’s current energy policy,” [reports La Croix](#). The group also proposed what their press release describes as “concrete measures to rebuild Europe’s energy policy.”

“We have to reduce the speed at which Europe is building new wind farms and solar panels. At the moment, it is not sustainable,” declared Gérard Mestrallet, CEO of French energy giant GDF Suez, [who is quoted in the columns of *The Financial Times*](#).

While insisting that they were not opposed to renewable energy, the executives —

... argued that some renewables no longer required public subsidies, and government support should be ‘limited to technologies that are not mature today, such as tidal and wave power’.

